links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

D 1600 E
Offenbach Nr. 249 Februar 1991
23. Jahrgang **W: DM 6,—/O: DM 4,—**

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

die Eskalation des Golfkrieges, die weltweiten Anti-Kriegsdemonstrationen und die vor allem in der Bundesrepublik zutage getretenen Gegensätze in den Auseinandersetzungen darüber beherrschen — wie könnte es anders sein! — die vorliegende Ausgabe der *links*. Die kontroversen Einschätzungen und Positionen, die in den einzelnen Beiträgen aufgenommen und in großer Ausführlichkeit dokumentiert werden, lassen sich offenbar nicht mehr in dem vertrauten Schema von ,,links" und ,,rechts" verorten. Es scheint, als manifestiere sich hier der Verlust eines Zusammenhangs gesellschaftlicher Erfahrung (und Wahrnehmung), der argumentativ nicht mehr oder jedenfalls nicht mehr ohne weiteres einzuholen ist. Die Raketen auf Israel haben diese Problematik noch einmal kompliziert und verschärft. ,,Nie wieder Krieg", dieser aus der Erfahrung des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges entstandene, *unbedingte* Grundkonsens der sozialen Bewegung in der Bundesrepublik scheint jetzt und an diesem Punkt zu zerbrechen: Geschichte als Gegenwart?

Am 22. Juni 1991 jährt sich zum 50. Mal der Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion. Für die Nazis ging es dabei nicht allein um ein territoriales Eroberungsprogramm, sondern es begann zugleich der Rassen- und Vernichtungskrieg gegen die europäischen Juden. Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe hat aus diesem Anlaß der amerikanische Historiker Raul Hilberg in Frankfurt einen Vortrag gehalten, dessen Mitschrift wir in diesem Heft publizieren und mit einem anschließenden Interview vertiefen. Darin nimmt Hilberg u.a. auch zu den furchtbaren Ereignissen im Nahen Osten Stellung.

Während die Augen der Weltöffentlichkeit wie gebannt dorthin gerichtet waren, haben die brutalen Einsätze sowjetischer Militäreinheiten im Baltikum die UdSSR an den Rand des Bürgerkrieges gebracht, dessen bisherige Vermeidung das Ansehen Gorbatschows in aller Welt begründet und erhalten hat — und das nun auf dem Spiel steht. Die Perestrojka hat ihre vermeintliche Unschuld verloren. Die autoritäre Wende in der Sowjetunion bildet einen dritten Schwerpunkt dieser Nummer. Der gewohnte Aufbau der *links* ist durch die aktuellen Ereignisse gründlich durcheinandergeraten. Dafür bitten wir um Verständnis.

Nachtrag: Bei dem Beitrag ,,Was ist links?" von Niko Diemer in *links,* Nr. 247/248 fehlte der Hinweis, daß es sich dabei um einen Vorabdruck aus der — ebenfalls hier erscheinenden — Zeitschrift *Widersprüche* gehandelt hat. Das versäumte holen wir mit dem Ausdruck des Bedauerns hiermit nach.

Die Redaktion

Das **Sozialistische Büro (SB)** sucht zum baldmöglichen Eintritt engagierte(n)

Geschäftsführer/in

welche/r nicht nur den Überblick über unsere Finanzen behält. Darüber hinaus erwarten wir vor allem die Befähigung für die Akquirierung von Projektgeldern, Unterstützungen und Spenden für gezielte politische Vorhaben. Der/die neue Kolleg/in muß daher verhandlungsgeschickt, überzeugend, durchsetzungsfähig und hartnäckig die verschiedenen Vorhaben des SB und Verlag 2000 GmbH nach innen und außen vertreten.

Wir zahlen DM 3 000 brutto, plus Kindergeld und Aufwandsentschädigung. Bewerbungen mit Aussagen über bisherige politische Arbeitserfahrungen (Initiativen, Gewerkschaften, Parteien, Kirchen etc.) an:

SB, Verlag 2000 GmbH, Postfach 10 20 62, W — 6050 Offenbach

IMPRESSUM

HERAUSGEBER- UND REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1,
Telefon 069/88 50 06, Fax 069/82 11 16

REDAKTION: Natascha Apostolidou, Diethard Behrens, Petra Bonavita-Lindloff, Helmut Burgwinkel, Detlev Claussen, Dan Diner, Josef Esser, Christoph Görg, Heinrich Grün, Joachim Hirsch, Peter-Erwin Jansen, Peter Kern, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Ludi Lodovico, Rüdiger Pusch, Sebastian Reinfeldt, Felix Schneider, Rainer Staudhammer, Andreas Werle.

STÄNDIGE MITARBEITER: Lothar Baier (Notizen aus Frankreich), ,,Sovieticus"

REDAKTIONSSEKRETÄR: Gerhard Krum
Peter-Erwin Jansen

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

SATZ: Undine Büch, Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH

TITELGESTALTUNG: Martin Glomm

LAYOUT: Gerhard Krum, Birgit Letsch

DRUCK: Scholl & Klug GmbH
Mörfelden-Walldorf

ERSCHEINUNGSWEISE: monatlich,
11 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die März-Ausgabe 1991 ist der 13.2.1991

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplar W: DM 6,—/O: DM 4,—
Jahresabonnement W: DM 62,—/O: DM 40,—
incl. Versand,
Luftpostpreise auf Anfrage

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ,,Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

KOMMENTAR

Detlev Claussen
Deutschland ein Friedensmärchen **4**

AKTUELL: Golfkrieg

Joachim Hirsch
Krieg gegen die Dritte Welt **5**

Thomas Voss
Irrational, antiamerikanisch und antisemitisch für den Frieden? **7**

Paul Ciupke u.a.
Pazifismus ohne historische Verantwortung?
Kein Frieden ohne Israel! **8**

Petra Bonavita-Lindloff
Sachzwänge als Kriegslegitimation? **10**

Die internationale Aufrüstung des Irak **11**

Liste der bundesdeutschen Lieferanten **11**

Mohssen Massarrat
Krieg ohne Sieger **12**

Felix Schneider
Der Krieg ist keimfrei geworden **13**

Ingo Zander
Keine Weltpolizisten-Rolle für die Bundeswehr **14**

DOKUMENTATION

Dritte Welt-Solidaritätsgruppen
Solidarität ja — aber wie! **16**

DOSSIER

Raul Hilberg
Wer waren die Täter? **19**

Peter-Erwin Jansen u.a.
Gespräch mit Raul Hilberg **23**

Die Vernichtung

„Der Vernichtungsprozeß war eine Kombination aus genau berechneter physischer Gewalt und psychologischer Steuerung. Jeder Schritt — von der Entladerampe bis zu den Gaskammern — wurde von den Bewachern mit einer Abfolge präziser Befehle gelenkt. Massive Gewaltandrohung sollte den Opfern deutlich machen, daß man Widersetzlichkeit und Ungehorsam nicht dulden werde; zugleich wurde ihre Angst vor der neuen und fremdartigen Umgebung durch irreführende Erklärungen beschwichtigt...“

(Raul Hilberg: „Die Vernichtung der europäischen Juden“, Bd. 2, S. 1034.)

INTERNATIONAL

Klaus Segbers
Das autoritäre Intermezzo **27**

Jochanan Shelliem
Eine Kehrseite der Perestrojka **32**

THEORIE

Eike Hennig
Vom Ende der Zivilgesellschaft **35**

Joachim Hirsch
„Sozialistische Marktwirtschaft“ — eine Alternative zum Kapitalismus? **37**

NACHRUF

Ludi Lodovico
Aufklärung durch Komödien. Zum Tode von Friedrich Dürrenmatt **40**

RUBRIKEN

Editorial **2**
Lektüre **34 / 39**
Termine **42**
Kontaktadressen **42**
Buchläden **44**

KOMMENTAR

DETLEV CLAUSSEN

Deutschland, ein Friedensmärchen

Die Lehre von den Volkscharakteren entpuppt sich in diesen Tagen als das, was sie schon immer war: ein Vorurteil. Wo ist er geblieben, der gefürchtete furor teutonicus? Mit der friedlichen Übernahme der ehemaligen DDR scheint der einst gefürchtete und bewunderte Wille zur Macht eingeschlafen zu sein. Nach dem Fall der Mauer 1989 plapperten angstvoll-fasziniert noch ein paar Wahlstrategen aus dem grün-alternativen Lager von der „Weltmacht Deutschland". Doch die Realität des heißen Krieges im Nahen Osten stutzt das neue Deutschland auf sein Maß zurück — das Maß einer europäischen Mittelmacht. Glücklicherweise fehlen ihm zu einem befürchteten Vierten Reich die militärisch-ökonomische Power und die erforderliche Sozialpsychologie. Bis in hartgesottene rechte Kreise hinein wünscht niemand eine beherrschende Rolle Deutschlands. Die öffentliche Debatte um Krieg und Frieden allerdings wird mit einer aggressiven Verbissenheit geführt, als ob der Krieg nicht am Golf, sondern an der Elbe geführt würde.

Das öffentliche Klima ist seit den Zeiten der Nachrüstung in den frühen achtziger Jahren auf Frieden programmiert. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes war der Friedensbewegung, die Deutschland im Zentrum eines Nuclear War Theatre sah, der Boden unter den Füßen weggezogen. Nicht nur aus dieser Zeit, sondern auch aus der Zeit des Vietnamkriegs existieren noch viele unbeglichene Rechnungen. Sie werden der neuen Friedensbewegung jetzt präsentiert, die zumeist hilflos und politisch naiv reagiert. Die alten Linken verstecken sich hinter einem rigorosen Pazfismus, der nicht mehr auf Argumente, sondern auf das Gefühl setzt. Sensenmänner, Knochengerippe und Fässer voller Schweineblut gehören zu Grundausstattung einer jeden ordentlichen Friedensdemonstration.

Es gibt gute Gründe, den Einsatz kriegerischer Mittel gegen Saddam Husseins Raubpolitik am Golf zu befürworten, aber legitimerweise lassen sich auch Argumente denken, die den Abbruch der Sanktionspolitik für verkehrt halten. Nur argumentiert wird in Deutschland kaum noch, sondern es wird Flagge gezeigt. Der unpolitische Kern der Friedensbewegung wird von Kindern im Schulalter gebildet, die bei den Straßendemos die Massen stellen. Sie werden von dem Erschrecken vor einer fast surealen Wirklichkeit getrieben: Im Zeitalter der ost-westlichen Vernichtungsdrohung schien der Krieg unmöglich geworden; doch nun ist er über die Medien ganz nahe gerückt. Die Zensurpolitik der Medien spielt eine unglück. elige Rolle. Sie befördert irrationale Reaktionen und verstärkt das Gefühl, niemandem glauben zu können. Eine wohlfeile Medienkritik verschwistert sich mit einer antiamerikanischen Grundstimmung, die Ventil für eine ohnmächtige Wut wird.

Antiamerikanismus scheint im linksalternativen Milieu die moralisch legitimierte Form des Fremdenhasses zu sein, der zum integralen Bestandteil der wohlstandschauvinstischen Festung Europa geworden ist. In ihm äußert sich in Deutschland ein frustierter Negativ-Nationalismus und ein Neid auf das bundesrepublikanische juste milieu, das im Zerfallsprozeß des Realsozialismus zum Friedensgewinner wurde. Das Ganze wird garniert mit einem populären Vulgärmarxismus des Kampfes von Arm gegen Reich, das in Abstraktion von den Tatsachen in den Nahen Osten projiziert wird. Die beschworene Angst verhindert Reflexion — dem israelischen Volk wird eine berechtigte Angst vor dem militärisch hergesellten Linkage Saddam Husseins nicht zugestanden. Auf diesem Hintergrund ist ein Krieg der Gefühle entbrannt, der sich in Pro und Contra für die Kriegsparteien äußert. Um das Friedensimage aufrechtzuerhalten, wird Saddam Husseins Aggression verniedlicht und mit der allgemeinen Schlechtigkeit der Welt entschuldigt. Der Irak erscheint als unschuldiges Opfer amerikanischer Weltmachtinteressen, die in billigem Öl bestehen sollen. Wenn einem die Argumente ausgehen, müssen politische Zauberformeln herhalten. Unbewußt wie bewußt werden deutsche Kontinuitäten hergestellt: Die Erfahrung des großen Weltkrieges, des letzten Krieges in Deutschland, wird mißbraucht, um eine abstrakte Ablehnung jeglicher Gewalt zu begründen. Aber so unschuldig, wie der Protest sich gibt, ist er meistens nicht: Hamburg und Dresden werden mit Bagdad verglichen, nicht aber mit Tel Aviv.

Saddams Ausweitung des Krieges auf Israel könnte zu einer neuen Nachdenklichkeit führen. Dagegen steht allerdings eine offensive Rechte, die das moralische Vakuum nutzt, das eine Linke hinterläßt, die sich hinter einem abstrakten Pazifismus versteckt. Auf dieser Seite tut sich eine bellzistische Begeisterung auf, die sich mit einem spezifischen deutschen Verantwortungsimperialismus legitimiert. Auf dieser Ebene treffen sich deutsche Rechte und Linke, Etablierte ubd Alternative. Aus der deutschen Geschichte werden Lehren gezogen, die auf jeden Fall eine besondere deutsche Verantwortung begründen — sei es für die Juden, sei es für die Palästinenser. Beide Seiten koppeln sich von der realen Politik ab, wenn sie sich auf das moralische Kampffeld begeben. Im Positiven wie im Negativen wird das falsche Weltbild entworfen, der Kampf um den Kuwait sei in Wirklichkeit ein Kampf um das Existenzrecht Israels. Von den öffentlich streitenden Parteien unbemerkt, ist Saddam Hussein in der deutschen Diskussion schon jetzt gelungen, was ihm für die Weltöffentlichkeit vorschwebt: Aus seinem Hazard um Kuwait entsteht eine Meinungsschlacht um Israel. ■

JOACHIM HIRSCH

Krieg gegen die Dritte Welt

Den euphorischen Hoffnungen auf eine friedlich-demokratische Weltperspektive nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und des Kalten Krieges war nur kurze Dauer beschieden. Der ,,Nord-Süd''-Konflikt zwischen den reichen, militärisch hochgerüsteten kapitalistischen Zentren und ihrer abhängigen, ausgebeuteten und unterdrückten Peripherie entgleitet nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion den bis dahin wirksamen hegemonialen Kontrollmechanismen und wird die Entwicklung der Welt am Ausgang des 20. Jahrhunderts bestimmten. Der Krieg am Golf ist nur der Auftakt dazu.

Sowohl von den USA als auch vom Irak wurde der kriegerische Konflikt von Anfang an gewollt und als nur zu bekannt erscheint das Muster, nach dem er inszeniert wurde. Die propagandistische Aufplusterung von Mini-Diktatoren und martialischen Prahlhänsen zu Bedrohern von Weltfrieden und Demokratie zwecks Rechtfertigung militärischer Schläge wie im Falle von Panamas Noriega ist nicht neu. Saddam ist damit zwar nicht zu vergleichen, aber seine Stilisierung zum verrückt gewordenen Terroristen hat darüber hinweggetäuscht, daß sein militärischer Trumpf vor allem die Fähigkeit und Bereitschaft ist, die *eigene* Bevölkerung bedenkenlos zu opfern, und das passiert ja nun auch. Der Zweck des gut inszenierten Kriegsvorbereitungstheaters war, die schnelle Militäraktion zu rechtfertigen, ohne die Wirkung der Sanktionen abzuwarten. Die politische und moralische Qualität des irakischen Regimes wird dadurch nicht berührt, aber man erkennt die propagandistische Konstruktion des Bedrohungsszenarios, der wir alle aufgesessen sind. Der Kriegsverlauf beweist, wie gerechtfertigt ein gewaltloserer, auf internationale Isolierung, militärische und wirtschaftliche Embargopolitik gestützter Druck auf den Irak gewesen wäre, um diesen zum Rückzug aus Kuwait zu zwingen.

Die USA haben die hier wohl zum ersten Mal real gegebene Chance einer international regulierten Konfliktbereinigung von Anfang an verhindert. Dort hat sich innenpolitisch die ,,geostrategische'' Option durchgesetzt, deren Ziel darin liegt, die ökonomisch angeschlagene Hegemonialposition durch die Demonstration der absoluten militärischen Weltüberlegenheit und ihrer Fähigkeit, jeden Störfaktor der ,,Weltordnung'' auszuschalten, zu stabilisieren. Und diese ist eben vor allem ein weltweiter Ausbeutungs- und Unterdrückungszusammenhang. Es geht nicht nur um ,,billiges Öl'', sondern sehr viel umfassender um die strategische Sicherung globaler ökonomischer und politischer Kontrollpotentiale zwecks Stabilisierung eben dieses Verhältnisses. Daß die niedergehende Weltmacht USA ihre Rettung nur noch in der militärischen Aktion sieht, beleuchtet die künftigen Chancen, die ,,zivilgesellschaftliche'' Entwicklungen und Hoffnungen auf eine friedlichere Welt tatsächlich haben.

Die USA trifft die Verantwortung, gerade das Instrument für ihre Zwecke funktionalisiert und politisch geschwächt zu haben, das derzeit am ehesten geeignet gewesen wäre, friedlichen internationalen Kompromiß-, Ausgleichs- und Regulierungsprozessen einen Rahmen zu geben und einer Weltbürgerkriegs,,ordnung'', in der nichts als das Recht des Stärkeren gilt, ein anderes polisches Prinzip und zivilisiertere politsche Mechanismen entgegenzusetzen: die Vereinten Nationen. Die breite Zustimmung auch vieler Drittweltländer zu den vom Sicherheitsrat beschlossenen Sanktionen kann nicht einfach als Kotau vor der Weltmacht begriffen werden, sondern speiste sich auch aus der Erwartung, eine kooperative und politische Konfliktbewältigung wäre jetzt möglich. Die Menschen in der Dritten Welt werden weniger schnell als die Menschen hier vergessen, daß es halt ein Unterschied ist, ob die USA Panama oder der Irak Kuwait

Worum geht es den Amerikanern?

Aus: Washington Post

überfällt und es bleibt die Erkenntnis, in welchem Umfang diese internationale Organisation ein Spielball der Großmächte ist und bleibt.

Die Weltbürgerkriegsunordnung, vor der wir stehen, macht die unvermittelte Verknüpfung moralischer Prinzipien mit Politik noch schwerer. Der Golfkonflikt ist ein imperialistischer Konflikt, wodurch aber Saddam Hussein noch längst nicht zum Antiimperialisten wird. Der weltumspannende Ausbeutungs- und Unterdrückungszusammenhang deformiert die sozialen und politischen Verhältnisse gerade in der Dritten Welt auf grauenhafte Weise. Sie sind jedenfalls selten demokratisch und zivilisiert. Aber man verkennt die Realität, wenn man die Ursachen dieser Zustände vergißt, die zu einem guten Teil daran liegen, daß diese Regionen seit vielen Jahrzehnten Objekt metropolitaner Kontrolle und Intervention sind. Ohne Unterstützung der Großmächte haben sich Despoten und Tyrannen noch selten lange gehalten. Irak ist ebenso ein Beispiel dafür wie Kuwait.

Daß der Irak ein menschenverachtendes Terrorregime ist, wissen wir ebensosehr wie, daß es den USA bei der ,,Befreiung" Kuwaits in erster Linie weder um Völkerrecht noch um Demokratie ging. Deren Mißachtung prägt ihre internationale Politik schon lange. Statt um die höchst scheinheilige Postulierung moralischer Prinzipien wäre es gerade in diesem Konflikt tatsächlich um Konzessionen an den irakischen Agressor gegangen, wie einige vernünftigere Politiker sie ja auch vorgeschlagen hatten. Dies, um Chancen für politische Prozesse und Strategien zu dessen Kontrolle und Entmachtung offen zu halten. Und diese gab es trotz aller zwanghaften Beteuerung des Gegenteils. Regierungen, die nicht in der Lage und auch gar nicht Willens sind, Waffenlieferungen an den Irak noch während des Embargos zu unterbinden, haben keinen Grund, sich zu dessen Erfolgsaussichten zu äußern. Dies gilt zuvorderst für die deutsche. Und schließlich ist auch bezüglich Israels die Lage komplizierter, als manche meinen. Daß bei jedem Nahostkonflikt das Lebens- und Existenzrecht der Israelis auf dem Spiel steht und dies vorbehaltlos zu verteidigen ist, steht außer Frage. Aber eben gerade dies zwingt zur Kritik an der Politik der amerikanisch-israelischen Allianz, die eben dieses Existenzrecht immer stärker gefährdet.

Eine diplomatische und politische Lösung der Nahostkonflikte hätte allerdings die Voraussetzung und Folge gehabt, die militärische Vorherrschaft der metropolitanen Allianz aus dem Spiel zu lassen. Und gerade dies durfte nicht sein. Daß große Teile der arabischen Bevölkerungen (und nicht nur diese) den irakischen Diktator zur Identifikationsfigur erhoben haben, kann nur dann verwundern, wenn man die lange Geschichte von Unterdrückung, Ausbeutung und Demütigung vergißt, denen diese von Seiten der ,,westlichen Demokratien" unterworfen waren. Und wer die Gefahr eines unberechenbar gefährlichen islamischen Fundamentalismus an die Wand malt, muß wissen, daß dieser nun geradezu herbeigebombt wird. Es braucht nicht noch einmal darauf hingewiesen zu werden, daß Saddam Hussein auch ein Geschöpf der Mächte ist, die ein rivalisierendes Interesse an der politisch-militärischen Kontrolle des Nahen Ostens haben. Ohne diese Mächte — darunter nicht zuletzt die Bundesrepublik — hätte er weder das Giftgas noch die Raketen. Der nun gemeinsam gegen ihn gestartete ,,heilige Krieg" ändert daran nichts.

Daß es zum Krieg gekommen ist, bedeutet einen schweren und nachhaltigen Rückschlag für all diejenigen, die für vernünftige, gerechtere und friedlichere Verhältnisse auf der Welt kämpfen. Und sicher ist, daß ein militärischer Sieg der amerikanisch-europäischen Alliierten die Agressions- und

Ein Rückschlag für die Vernunft

Konfliktpotentiale in der Nahostregion weiter verschärfen wird. Daß die Lage nach dem Krieg noch gefährlicher und noch komplizierter sein wird, ist sicher. Ob und wie lange die rivalisierenden Mächte der Nahostregion durch militärische Gewalt in Schach gehalten werden können, ist fraglich. Schon jetzt drohen die Auseinandersetzungen um die irakische Beute.

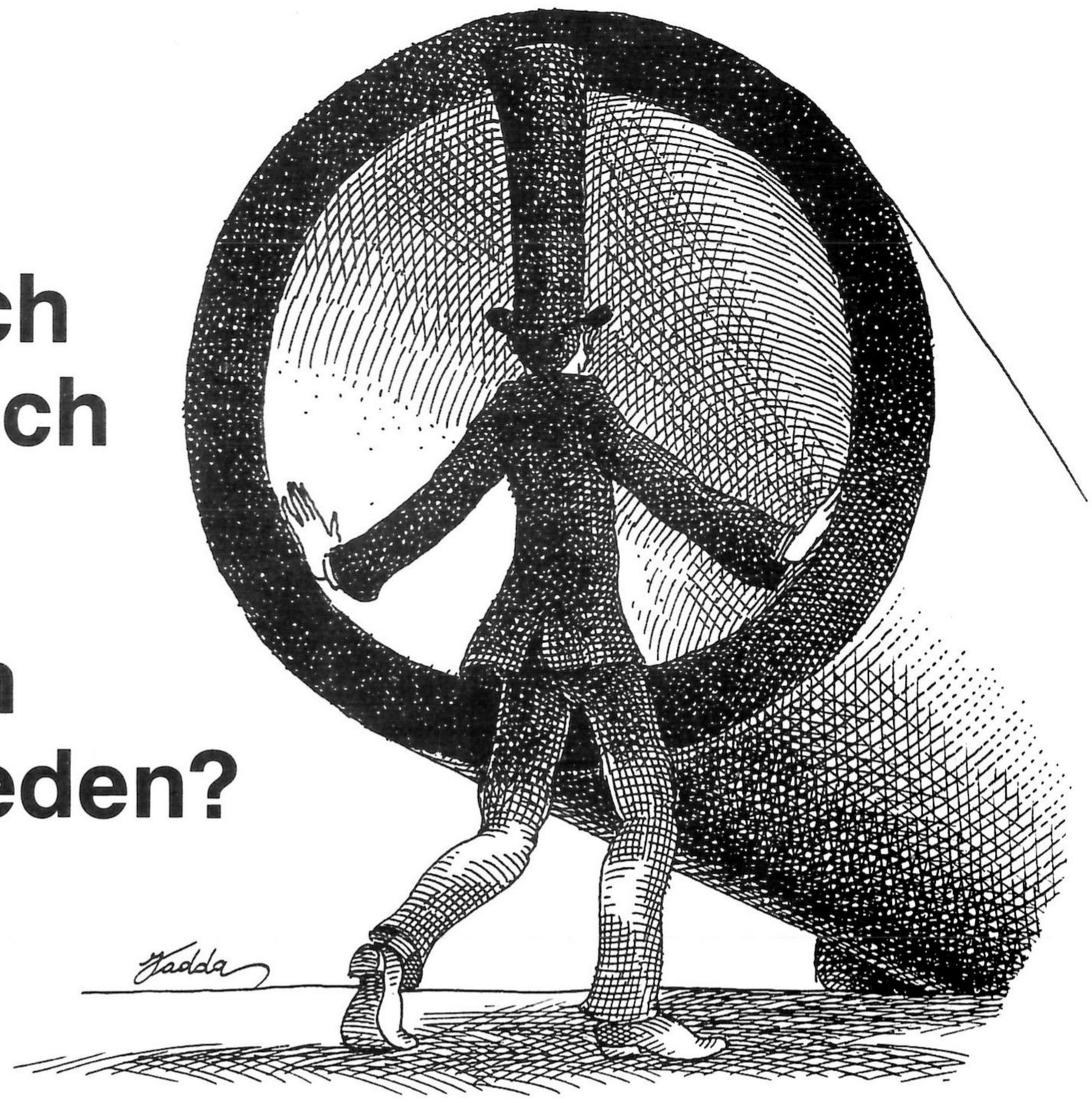
Auch wenn die nachhaltigen und erstaunlich starken internationalen Protestaktionen gegen den Krieg unmittelbar keinen Erfolg haben, kommt es jetzt darauf an, sich nicht entmutigen zu lassen. Gerade deshalb, weil eine militärische ,,Lösung" des Golfkonflikts die Wurzeln weiterer und vielleicht schlimmerer Konflikte in sich trägt. Was nur helfen kann, ist der massive und dauerhafte Druck auf die Regierungen, die immer nach der Logik von Militär-, Rüstungs- und ökonomischen Großmachtinteressen handeln, wenn sie nicht durch diejenigen daran gehindert werden, die — auf längere Sicht auch hierzulande — den Preis dafür zu zahlen haben. Das bedeutet, sich nicht nur dann der Waffenarsenale und Kriege zu erinnern, wenn sie zur aktuellen Gefahr werden, sondern die gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse ins Visier zu nehmen, die die Rede von der ,,Weltbürgergesellschaft" zur hohlen Phrase machen. Das bedeutet, daß die für Frieden und Gewaltfreiheit Eintretenden nicht länger ihre Augen vor dem Umstand schließen dürfen, daß die Wurzeln internationaler Gewaltverhältnisse auch in unserer eigenen Gesellschaft liegen: unser Wohlstand, unsere Lebensverhältnisse und Konsumgewohnheiten beruhen schließlich sehr wesentlich auf der Ausbeutung der menschlichen und natürlichen Ressourcen der Peripherie. Ohne Veränderung der Gesellschaftsordnung hier wird es keinen Frieden geben. Was dringend nottut, ist internationale Solidarität zunächst ganz schlicht einmal mit denen, die die Opfer unserer gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse sind. Simple Unterscheidungen von Gut und Böse sind, wie gesagt, schwierig und eine politische Crux liegt darin, daß eine umstandslose Solidarisierung mit den dortigen Oppostionsbewegungen nicht möglicht ist. Umso mehr kommt es darauf an, sich wirklich auf die Erfahrungen der Menschen dort und die Bedingungen ihrer Existenz einzulassen. Es gilt, andere kulturelle und politische Kontexte ernstzunehmen, ohne auf die eigenen Maßstäbe von gesellschaftlicher Vernunft und Humanität zu verzichten.

Zu kritisieren ist ein platter Anti-Amerikanismus, der unausgesprochen eine Parteinahme für das irakische Terroregime implizieren muß. Genauso ist zu kritisieren, daß für viele, die gegen den Krieg eintreten, das Existenzrecht Israels keiner Erwähnung wert zu sein scheint. Ganz fatal ist freilich eine linke ,,Anti-Amerikanismus"-Kritik, die nur noch die völlige Unfähigkeit zur Beurteilung weltpolitischer Strukturen und Prozesse offenlegt und es in ihrer theoretischen Kopflosigkeit vollends unmöglich macht, sich politisch auf die gegenwärtige Protestbewegung zu beziehen. Die USA sind immer noch die militärisch dominierende imperialistische Hegemonialmacht. Trotz aller europäisch-amerikanischen Interessenkonflikte besorgen sie auch das Geschäft der herrschenden Kräfte hierzulande. Die Bundesrepublik profitiert von der US-Intervention am besten, wenn sie sich nicht daran beteiligt. Und sie wird in den Golfkrieg keineswegs ,,hineingezogen", wenn dieser schließlich auch noch zum NATO-Fall werden sollte: sie war von Anfang an darin verwickelt, wie die gerade durch sie betriebene Aufrüstung des Irak und ihre Unfähigkeit zeigt, massiv auf eine Verhandlungslösung zu drängen. Die Krokodilstränen und Trauerbekundungen Bonner Politiker sind kein Grund für falsche Gemeinsamkeiten. Die Kriegstreiber und Kriegsverantwortlichen sitzen auch im eigenen Lande.

Es ist nicht mehr zu übersehen, daß die Welt am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts nicht mehr den gewohnten Vorstellungen entspricht. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und mit dem ökonomischen Aufholen Japans und Europas gegenüber den USA haben sich die imperialistischen Strukturen und Prozesse entscheidend gewandelt. Verschwunden sind sie deshalb nicht, wie manche glauben, sondern sie sind erheblich brisanter und gefährlicher geworden. Damit gilt es sich auseinanderzusetzen, um politische Urteils- und Handlungsfähigkeit zu bewahren. Und was bleibt aktuell? Eben auf die Straße zu gehen und mit gewaltfreien, aber massiven Aktionen den Widerstand gegen die Politik der kapitalistischen Metropolen-Allianz zu manifestieren. Wenn die gelingt, werden Folgen nicht ausbleiben. Der Kampf um zivilere und demokratischere Zustände findet zuallererst hier statt. ■

THOMAS VOSS

Irrational, antiamerikanisch und antisemitisch für den Frieden?



In erschreckender Weise wirkt im Augenblick in Deutschland einerseits traditionelles linkes Klischeedenken, greift andererseits emotionaler Irrationalismus um sich. Die Problematik des Konflikts um den Irak wird mit moralischen Rigorismus bzw. mit linkem eindimensionalem Gut-Böse/Freund-Feind-Denken angegangen, die beide die politische Rationalität weitgehend außer acht lassen.

Auch wer grundsätzlich gegen Krieg ist, kommt an der Tatsache nicht vorbei, daß Einsatz militärischer Machtmittel unausweichlich dann notwendig wird, wenn zu jeder Gewalttat entschlossene, politische Konfliktregelungen mißachtende Aggressoren zur existentiellen Bedrohung für ihre Nachbarn und für den Frieden in einer Region werden.

Furchtbare politische Fehler wurden dadurch begangen, daß Hussein von den westlichen Industriestaaten, allen voran von der Bundesrepublik, wie auch von den Ostblockstaaten systematisch zu seiner jetzigen gefährlichen Stärke hochgerüstet wurde — teils aus politischen Gründen u.a. als Gegner des Chomeini-Regimes, teils aus wirtschaftlichen Interessen. Spätestens durch den Überfall auf Kuwait hat Hussein bewiesen, daß er seine militärischen Machtmittel skruppellos zum Ausbau seiner Machtposition verwendet, daß er das Völkerrecht ignoriert. Seine Drohungen, als nächsten Gewaltakt Israel mit Giftgas zu vernichten, haben unterstrichen, daß er zu jedem Verbrechen, auch zum Völkermord bereit ist.

Sein Ziel ist die Vorherrschaft über die arabische Welt. Mittel zum Zweck ist dabei für ihn auch das Palästina-Problem: er will Israel vernichten und Palästina befreien, um die Araber hinter sich zusammenzuschließen — wobei die Ausrottung der Juden mit Hilfe von Giftgas-Raketen (deutscher Produktion) zweifellos auch die palästinensischen Gebiete von den Palästinensern „befreien" würde. Daß er auch in dieser Hinsicht nicht nur leere Drohungen ausstößt, zeigen seine Raketenangriffe auf Israel.

Die UNO-Aktion gegen ihn, die auch mit den militärischen Konsequenzen außer von Kuba und Jemen von allen Mitgliedern des Sicherheitsrates getragen und von achtundzwanzig Staaten, darunter die Niederlande und Polen, die Tschechoslowakei und Dänemark getragen wird, ist daher völkerrechtlich vollkommen legitimiert. Ob ein militärische Angriff der UNO zum gegebenen Zeitpunkt angebracht war, ist eine andere Frage. Die sollte aber auch ganz rational analysiert werden. Gegen das Argument, es hätte ausgereicht, Hussein mit wirtschaftlichen Sanktionen zur Unterwerfung unter die UNO-Beschlüsse zu bringen, ist meines Erachtens der Zweifel anzubringen, daß Hussein sich durch das UNO-Embargo, also auf friedlichem Wege, wohl kaum die entscheidenden politischen Zugeständnisse hätte abringen lassen. Er hätte wohl eher kurz vor dem entscheidenden Erfolg, bevor Ersatzteilmangel usw. ihn militärisch gelähmt hätte, eher selbst den Krieg ausgelöst, wohl mit einem Giftgasangriff auf Israel, in seiner Logik das sinnvollste, als daß er sich ohne Gegenwehr zur Kapitulation hätte zwingen lassen. Dann aber hätte er das Gesetz des Handelns bestimmt, die UNO-Truppen wären in wesentlich ungünstigerer Positionen gewesen. In der langen Phase, als die UNO ihre friedlichen Mittel einsetzte, ließ Hussein sich auf keinerlei Zugeständnise in den Kernfragen ein, suchte offenbar vor allem Zeit zu gewinnen, die gegen ihn stehenden Völkergemeinschaften zu spalten und sich selbst Vorteile zu verschaffen. Wie soll das Völkerrecht in solchem Falle anders durchgesetzt werden als durch die ultima ratio, durch gemeinsame militärische UNO-Aktion, wie es gegenwärtig geschieht?

Es geht in diesem Krieg um das skrupellose Hegemoniestreben des Hussein-Regimes, das das Völkerrecht für sich nicht anerkennt, das systematisch auch auf Kosten der eigenen Bevölkerung hochgerüstet hat und Massenvernichtungswaffen entwickelt hat, zu deren Einsatz es unbedingt gewillt und

Pazifismus ohne historische Verantwortung? Kein Frieden ohne Israel!

Die gegenwärtig kursierenden Aufrufe zu Demonstrationen gegen den Golfkrieg klammern systematisch zentrale Dimensionen des Konflikts aus; gegen das so zutagetretende Versagen politischer Reflexion bei den Sprecherinnen und Sprechern der Friedensbewegung weisen wir auf die folgenden ,,blinden Flecken'' des Protests hin:

Die militärischen Aktionen der im Namen der UNO agierenden internationalen Streitkräfte kommen auch dem Schutz Israels zugute, dem das Hussein-Regime offen die Vernichtung durch-Giftgas angedroht hat. Erinnern wir uns: Konstitutierendes Moment des Staates Israel ist die Vernichtungspolitik des nationalsozialistischen Deutschlands gegen die Juden gewesen. Heute bedrohen die mit deutscher Hilfe entwickelten Waffen diesen Staat. Jetzt Israel Solidarität zu verweigern oder gar sein Existenzrecht zur Dispositon zu stellen, ist verantwortungslos.

Die Friedensbewegung in der Bundesrepbulik Deutschland aber spricht nicht von Israel, sondern wendet sich vorrangig gegen den angeblichen Imperialismus der Amerikaner. Der sich äußernde Antiamerikanismus vergißt, daß ganze Generationen zumindest in Westdeutschland von den Erfahrungen der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung Demokratie gelernt haben. Mit dieser geschichtslosen Verleugnung ihrer Wurzeln wird die Friedensbewegung deutscher, nationaler, als sie je zugeben würde.

In der deutschen Friedensbewegung äußerst sich momentan nicht nur Antiamerikanismus, sondern auch Hysterie, Irrationalismus, apoklayptische Denken: die anti-irakische Koaliton wird nur als verlängerter Arm des ,,Imeprialismus'', dem es um nichts als Öl-Ressourcen gehe, wahrgenommen und die westlichen Demokratien nur als ,,Fassade'', hinter der sich das Böse verberge; Hussein und der Irak hingegen werden zum unschuldigen Dritte Welt-Land stilisiert, das sich gegen das ,,globalamerikanische Herrschaftssystem'' wehre. Auch die Angst vor einem nuklearen Weltkriegs-Inferno und die ökologischen Endzeitphantasien (,,Verdunkelung des Planeten'') passen in diese projektive Wahrnehmung. Der Wunsch, daß ,,nur noch Frieden sei'', bringt die konkreten Ursachen und Anlässe des gegenwärtigen Konflikts am Golf zu Verschwinden.

In der Haltung der Friedensbewegung zum Golfkrieg bricht auch deutscher Neutralismus auf. Es wird ignoriert, daß die UNO Trägerin der militärischen Aktionen gegen das Hussein-Regime ist. Die Friedensbewegung fordert, jegliche deutsche Unterstützung für die UNO-Aktionen zu Durchsetzung des Völkerrechts zu verweigern — sogar humanitäre Hilfe wird abgelehnt. Das stoppt sicherlich den Krieg nicht, bringt die Bundesrepublik Deutschland aber international in eine Sonderrolle. Die UNO ist diejenige Organisation, die das Völkerrecht durchzusetzen und die eine friedliche Konfliktregelung zu realisieren hat. Alle politischen Akteure hierzulande müssen sich auf Dauer dem Problem stellen, welche Rolle die wirtschaftlich und politisch starke Bundesrepublik Deutschland im internationalen Kontext übernehmen kann.

Aus dem Krieg am Golf heraushalten kann sich die Bundesrepublik Deutschland ohnehin nicht mehr, setzt doch das irakische Regime dort furchtbare Waffen aus deutscher Produktion ein. Künftig muß dafür gesorgt werden, daß keine diktatorischen Regimes mit deutscher Hilfe aufgerüstet werden, die dann zur Gefahr für ihre Nachbarn werden und Krieg auslösen.

Essen, 22.1.1991

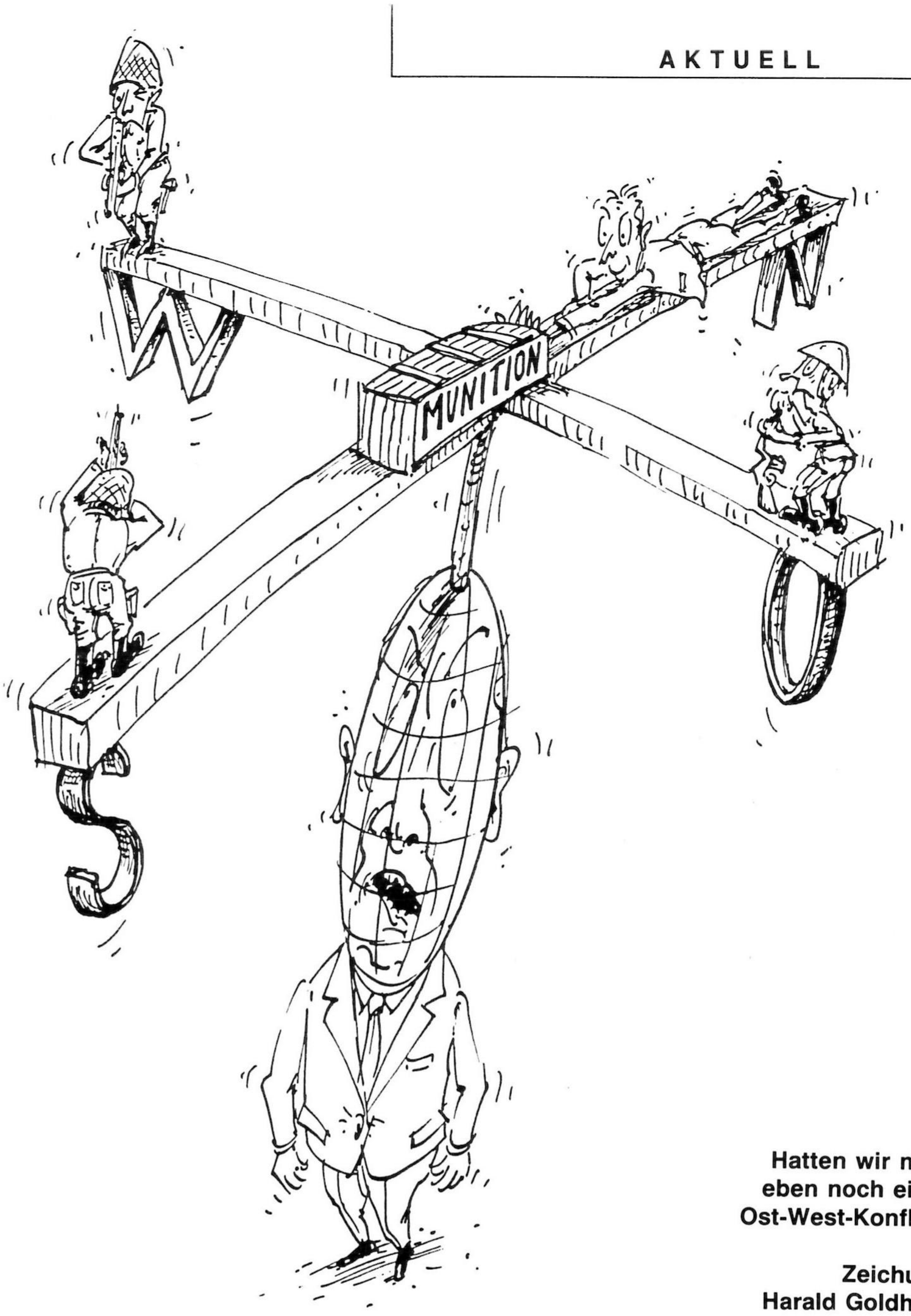
Paul Ciupke, Andreas Hess, Hinrich Oetjen, Norbert Reichling, Karl-Heinz Klein-Rusteberg, Helmut Schütte, Thomas Voß, Horst-Dieter Zahn

bereit ist, wie bereits früher, im Kriege gegen Iran wie gegen die eigene kurdische Minderheit zur Genüge bewiesen wurde. Es geht auch um Öl, das Hussein als Mittel zur Realisierung seiner Eroberungspläne braucht. Es geht auch um Israel, das er mit Vernichtung bedroht, weil er damit alle Araber hinter sich zusammenschließen will. Auf eines aber ist der Konfliktzusammenhang gewiß nicht zu reduzieren: auf den Versuch der imperialistischen USA, die Dritte Welt zu unterjochen und ihren kapitalistischen Verwertungsprinzipien zu unterwerfen.

Die Forderung, den Krieg sofort zu beenden, ist selbstverständlich richtig — nur kann sie sich ausschließlich an Hussein richten. Wenn Hussein die UNO-Resolutionen anerkennt und Kuwait räumt, ist der Krieg beendet. Dagegen ist das Verlangen, die USA sollten von sich aus die Kampfhandlungen einstellen, politisch falsch. Es läuft auf eine Parteinahme für Hussein hinaus. Spätestens mit den Raketenangriffen auf Israel bedeutete die Einstellung der Kampfhandlungen durch die Verbündeten, Hussein die Möglichkeit zum Abschuß seiner Raketen auf Israel einzuräumen. Dies liefe auf Beihilfe zum Völkermord hinaus. Zu fordern wäre in der gegenwärtigen Situation, so schrecklich das angesichts der Opfer ist, daß die militärischen Aktionen der für die UNO kämpfenden Truppen solange fortgeführt werden, bis das Angriffs-Potential des Hussein-Regimes restlos zerstört ist. Erst dann kann ein Waffenstillstand erklärt werden, um Hussein eine Chance zum Nachdenken zu geben.

Im emotionalen Irrationalismus der deutschen Friedensbewegung äußert sich berechtigte Angst. Die Schrecken des Kriegs und seine furchtbaren Auswirkungen vor allem auf die Umwelt sind legitimes Motiv für politische Aktionen. Die müssen aber mehr von politischer Vernunft als von moralischem Rigorismus und von emotionalem Irrationalismus geprägt sein, sonst führen sie in eine Sackgasse, machen aus dem Unvermögen heraus, die Realitäten angemessen zu beurteilen, unfähig zur Politik. Im Augenblick erschlägt der emotionale Irrationalismus alles. Hinzukommt die gefährliche Tendenz, die Angst der Menschen im Sinne traditioneller linker Vorstellungen zu instrumentalisieren. Antiamerikanismus und ein distanziertes bis offen feindseliges Verhalten gegenüber Israel, um nicht zu sagen unreflektierter Antisemitismus, eindimensionale Freund-Feind/Gut-Böse-Denken kommen in wahrhaft furchtbarem Ausmaß zum Vorschein. Schlimme antiamerikanische Aktionen wie Blockaden von US-Kasernen, an deren Toren mit roter Farbe ,,Mörder'' geschrieben wird, die Parole ,,Amis raus aus Arabien'', auf Demos getragen, wie auch das von latentem Antisemitismus geprägte Deutungsmuster, demzufolge alle Spannungen im Nahen Osten auf die Aggressivität Israels zurückzuführen seien: all diese Äußereungen der Friedensbewegung in Deutschland dienen nicht dem Frieden, sondern bedeuten Parteinahme für verbrecherische Regimes Husseins.

Dem Frieden dienen würden klare Stellungnahmen der Friedensbewegung gegen die Produktion und den Export von Rüstungsgütern sowie gegen jegliche Unterstützung undemokratischer, diktatorischer Regimes, für Demokratie und Menschenrechte überall, auch in der Sowjetunion und China z.B., oder im Jemen und auf Kuba. Dem Frieden dienen würde eine klare Stellungnahme der deutschen Friedensbewegung für das unbedingte Existenzrecht Israels, würden eindeutige Solidaritätsbeweise gegenüber Israel, in jeder Form, etwa in Form von Einladungen an israelische Eltern, ihre Kinder für die Zeit akuter Bedrohung in den Schutz deutscher Familien zu geben. Eine vertrauensschaffende Aktion für den Frieden wäre gewesen, der schon im Herbst 1990 erstmals ausgesprochenen Vernichtungsdro-



Hatten wir nicht eben noch einen Ost-West-Konflikt?

Zeichung: Harald Goldhahn

hung Husseins gegen Israel mit gewaltigen Massendemonstrationen in Deutschland entgegenzutreten, zumal er ja die Drohungen mit Giftgas und Raketen deutscher Produktion realisieren wollte (und sein brutaler Geheimdienst von der Stasi der DDR aufgebaut worden ist). Dem Frieden dienen würde ein konsequentes Eintreten für allgemeine Abrüstung und für friedliche internationale Konfliktregelungen auf völkerrechtlicher Grundlage durch die Vereinten Nationen. Dabei müßte natürlich unbedingt die Rolle Deutschlands im Geflecht der internationalen Beziehungen thematisiert werden. Der gegenwärtig in der Haltung zum Golfkrieg aufkommende deutsche Neutralismus, der über die eigentliche Friedensbewegung hinaus weit in die SPD und die Gewerkschaften hinein, aber auch auf der Rechten, in den Reihen der CDU hervorbricht, ist gerade im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung fatal. Überall tut man so, als könne sich Deutschland gegenüber UNO und NATO geradezu neutral und im Golfkrieg ganz unbeteiligt außenstehend verhalten. Nicht nur verbal in Schönwetterzeiten: faktisch muß sich die Großmacht Deutschland im Interesse von Frieden und Sicherheit in Europa und darüber hinaus international einbinden, muß sie die ihr zukommende Verantwortung übernehmen. Sie kommt gar nicht umhin, finanziell, aber erforderlichenfalls auch militärisch die ihrer ökonomischen und politischen Bedeutung entsprechenden Beiträge zu leisten. Das gerade auch erfordert die Lehre aus der deutschen Vergangenheit: ohne die Opferbereitschaft der Gegner des nationalsozialistischen Deutschlands, die Millionen Tote und ungeheure Schäden daransetzten, die Weltherrschaft der Nazis zu verhindern, gäbe es heute kein demokratisches Deutschland.

Es ist daher ganz ernsthaft zu überlegen, ob im Hinblick auf Fälle, in denen alle Bemühungen der UNO scheitern und die friedliche Beilegung eines Konflikts wie im Falle des Irak nicht möglich ist, der UNO auch deutsche Truppenkontingente in angemessenem Umfang zur Verfügung zu stellen sind. Mit sinnvoller Politik hat das jedenfalls nichts zu tun, wenn die Deutschen sich auch in Zukunft aus allen internationalen Verpflichtungen heraushielten, verschanzt hinter dem Gegengesetz und einer unbedingten Ablehnung von Gewalt, die USA allein diese „schmutzigen" Aufgaben überließen und ihnen hinterher ihre Weltpolizistenrolle vorwürfen. Das ist leider ein Grundmuster linker deutscher Politik, daß man sich rigosistisch an Grundsätze klammert, die man parolenhaft verkündet, dabei auf wirkliches Politikmachen verzichtend, um bei mit Sicherheit nichteintretender Realisierung der eigenen Forderungen irgendwelche Schuldigen anzuprangern. Nur eine internationale Friedensordnung, die auf dem Völkerrecht basiert und die erforderlichenfalls auch mit Gewaltmitteln gegen die Staaten durchgesetzt wird, die ihre Regeln ignorieren, kann den Frieden sichern. Damit die deutsche Regierungspolitik konsequent in diese Richtung geht, braucht es im demokratischen Deutschland eine politisch bewußte demokratische Mehrheit. Entsprechendes politisches Bewußtsein, eine demokratische Kultur muß im gesellschaftlichen Diskurs entwickelt werden.

Die deutschen Traditionen auf diesem Gebiet sind hier nicht allzu sehr ausgeprägt. Gerade deshalb ist der gegenwärtig in der Friedensbewegung und darüber hinaus offenbar vorherrschende emotional bestimmte Irrationalismus Grund zur Besorgnis. ■

— Anzeige —

Tatort Irak:
Deutsche Waffenlieferungen für Saddam Hussein

Die Broschüre zeigt die Verwicklung der bundesdeutschen Rüstungsindustrie in die Hochrüstung des Irak auf. Es wird deutlich, welche Verantwortung wir für die derzeitige Situation haben. Die Dokumentation bietet gute Hintergrundinformation. Die 28 Seiten starke Dokumentation ist bei uns für DM 4,— pro Stück zzgl. Versandkosten zu bestellen, (ab 5 Ex. je DM 3,60; ab 10 Ex. je DM 3,20; ab 100 Ex. je DM 2,80; ab 500 Ex. je DM 2,40)

Aus dem Inhalt:
1. Warten auf den Krieg;
2. Die internationale Aufrüstung des Irak;
3. Der Gipfel der Heuchelei;
4. Vollständige Lieferliste bundesdeutscher Rüstungsexporte in den Irak (mit Angaben zu Waffengattung, Lieferumfang, Firmenbeteiligung und Quellenangabe);
5. Firmenliste

Herausgeber: „Produzieren für das Leben — Rüstungsexporte stoppen"

Hiermit bestelle ich . . . Exemplare der Dokumentation **„Tatort Irak. Deutsche Waffenlieferung für Saddam Hussein".**

Ich bitte an Übersendung an: _____

Name: _____

_____

Datum, Unterschrift: _____

Bestelladresse:
AGDF, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

PETRA BONAVITA-LINDLOFF

Sachzwänge als Kriegslegitimation?

Bereits vor Monaten hatte der US-Präsident Bush Helmut Kohl auf unkontrollierte und ungesetzmäßige Rüstungsexporte der deutschen Indsutrie an den Irak hingewiesen. Zur Zeit werden mehr als achtzig Firmen überprüft, die im Verdacht stehen, an der Errichtung oder dem Betrieb chemischer und technischer Anlagen im Irak mitgewirkt zu haben, die nun als atomare und chemische Waffen eingesetzt werden könnten.

Auch in seiner nächtlichen Ansprache an die amerikanische Bevölkerung begründete Bush den Einsatz militärischer Mittel u.a. mit der Notwendigkeit, dieses gefährliche atomare und chemische Potential zu vernichten. Geht man davon aus, daß die wirtschaftlichen Interessen am arabischen Öl und die Wiedereinsetzung einer undemokratischen Scheichfamilie wie der Kuwaitis nicht das vordergründige Ziel der Amerikaner darstellen, so steht die Zerstörung der von Saddam Hussein gebündelt als Menschenvernichtungspotential eingesetzten atomaren und chemischen Produktionsanlagen in der Tat im Mittelpunkt. Giftgase wurden ja bereits gegen den Iran eingesetzt und vor nicht allzu langer Zeit gegen die kurdische Minderheit im eigenen Lande. Das eine scheint vergessen, das andere verdrängt zu werden.

Die ruinösen Folgen des erst vor zwei Jahren beendeten Krieges gegen den Iran hielten Hussein und seine Militärs nicht davon ab, das Land in ungebotener Eile erneut hochzurüsten. Selbst die Möglichkeit, daß der Irak in ein paar Jahren im Besitz einer Atombombe sein könnte, muß als Gefahr ernstgenommen werden. Doch auch dies hat vierzig Staaten (darunter in beträchtlichem Umfang auch die Deutschen) nicht davon abgehalten, den Irak während der letzten zehn Jahre mit ungeheuren Rüstungsexporten zu unterstützen. Solange es gegen die

▶ Politische Versäumnisse ◀

iranischen Ayatollahs ging, schien das unproblematisch zu sein. Doch auch nach Ende dieses Krieges sind die Rüstungsexporte ungemindert weitergelaufen.

So gewann die Sicherheit des Staates Israel, dessen Vernichtung Hussein in den letzten Monaten immer wieder als eines der ersten und obersten Ziele propagierte, um von der Besetzung Kuwaits abzulenken, zunehmend an Bedeutung. Mit dem Versuch, die Front der arabischen Staaten über den gemeinsamen Feind Israel zu einen, wurde die Konfrontation in eine neue Dimension überführt. Objektiv gibt es zwar keinen Zusammenhang zwischen der Annexion Kuwaits und der Problematik Israel-Palästina; doch Husseins taktisches Kalkül zielt in die Richtung, die Israelfeindschaft für seine Ziele auszunutzen. Seither geht es auch um das Existenzrecht Israels.

Aber rechtfertigt die ,,Entsorgung'' der chemischen und atomaren Waffen ein derartiges Mittel, nur mit Krieg antworten zu können? Die letzten Jahre haben gezeigt, wie nach Beendigung des Iran-Irak-Krieges die Unterstützung Husseins sich gegen die Untestützer verkehrte. Verbote, Rüstungsgüter in Krisenregionen zu liefern, wurden unterlaufen. Versäumnisse der Vergangenheit, eine politische Lösung des Nahostkonflikts zu ermöglichen, sollen jetzt ,,ausgebügelt'' werden: Um zukünftigen Gegner das Fürchten zu lehren und um noch Schlimmeres zu verhüten.

Doch kein Zweck heiligt den Krieg. Warum ein Wirtschaftsembargo als Druckmittel nicht ausreichen soll — nach der Begründung wird wahrscheinlich noch gesucht. Daß die Spuren in der Wüste im Sande verlaufen (über Amman wurde das Embargo kräftig unterlaufen), und daß fünf Monate dafür nicht ausreichen, war im vorhinein bekannt. ■

Die internationale Aufrüstung des Irak

Mit knapp 40 % Weltmarktanteil ist der Nahe Osten seit vielen Jahren das Hauptabsatzgebiet für Waffen aller Art. Allein der Irak soll nach Angaben des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI, in den letzten 10 Jahren Kriegswaffen für ca. 80 Mrd. $ importiert haben. Damit ist er der mit Abstand weltweit größte Rüstungsimporteur überhaupt.

Mehr als 40 Staaten haben in den letzten 10 bis 12 Jahren das irakische Regime mit allem beliefert, was im Rüstungsbereich gut und teuer ist. Für den kontinuierlichen Rüstungsfluß war es dabei nicht hinderlich, daß der Irak einen der verlustreichsten Kriege gegen seinen Nachbarn Iran begann oder versuchte, mit Giftgas die kurdische Minderheit im eigenen Land auszurotten. Dank bundesdeutscher Hilfe ist der Irak heute wohl der weltweit größte Produzent von Giftgas — das heute Israel bedroht!

Ein Blick auf das irakische Rüstungsarsenal und die verfügbaren Daten darüber offenbart, daß insgesamt die Sowjetunion der größte Rüstungslieferant des Irak war, wenn auch der genaue prozentuale Anteil umstritten ist. An zweiter Stelle folgt schon Frankreich, das laut SIPRI während des irakisch-iranischen Krieges sogar den ersten Platz unter den Waffenlieferanten des Irak einnahm. Mit der Volksrepublik China, Brasilien, Ägypten, der BRD, Italien sowie Bulgarien, Polen und der ehemaligen CSSR — heute CSFR — folgt eine buntgemischte Staatengruppe, die die ideologische Spannweite der irakischen Rüstungslieferanten eindrucksvoll belegt. Unter den restlichen der insgesamt ca. 40 irakischen Waffenlieferanten befinden sich — bis auf die USA — so ziemlich alle Staaten, die als Rüstungsproduzenten relevant sind.

Bundesdeutsche Beteiligung

Vor diesem Hintergrund kann es auch nicht verwundern, daß die Bundesrepublik Deutschland nach Angaben der US-amerikanischen Abrüstungsbehörde ACDA z.B. von 1983-1987 Rüstungsgüter im Wert von 700 Millionen US-$ an den Irak lieferte. Damit war die BRD einer der fünf größten Rüstungslieferanten des irakischen Regimes. Da bei diesen Zahlen die sog. ,,Dual-use"-Güter nur zum Teil und die über Frankreich exportierten deutsch-französischen Koproduktionen nicht erfaßt sind, dürfte der wirkliche Anteil der bundesdeutschen Beteiligung an der irakischen Aufrüstung bei einem Mehrfachen dieser Summe liegen.

Die Genehmigungsbehörden für Rüstungsexporte in Eschborn, das ,,Bundesamt für Wirtschaft", stellt großzügigst Bescheinigungen darüber aus, daß kriegswichtige Güter nicht unter die Genehmigungspflicht fallen. In einigen Fällen verstand sich diese Behörde eher als ,,Beratungsstelle" für die reibungslose Abwicklung von Rüstungsexporten.

Die Liste deutscher Firmen, die am Rüstungsgeschäft mit dem Terrorregime verdient haben, ist lang; die bekannt gewordenen stellen jedoch wohl nur die Spitze des Eisberges dar:

Quelle: Kommunikationszentrum Idstein (KOMZI) u.a. (Hrsg.): Tatort Irak. Deutsche Waffenlieferungen für Saddam Hussein, November 1990

Liste der bundesdeutschen Lieferanten

ABB (früher BBC, Elektr. Anlagen für Kanonfabrik bei Tadschi), **AEG** (Schmiedlinie für Geschoßproduktion, Unimogs), **Aerospatiale** (Exocet-Lenkwaffen), **Atochem**, **BBC** (jetzt ABB, Projekt 395: Chemiefabrik zur Treibstoffgewinnung), **Bilstein**, **Blumhardt** (Spezialsattelauflieger), **BND** (Waffen, Know-how), **BNL-Bank** (Finanzierung des Raketenprojekt 1728), **Boge** (Unimogs), **Boswau & Knauer AG** (Atombunker), **BP**, **Buderus** (Schmiede für Kanonenfabrik bei Tadschi), **Bundesregierung** (Cobra-Raketen, Funkgeräte, Atom-Knowhow), **Bundeswehr** (Ausbildung), **Bundeswehrhochschule** (Ausbildung), **Carl-Duisburg-Zentrum GmbH** (Ausbildung und Know-how), **CMES** (Saad 16: Militärisches Forschungs- und Entwicklungszentrum), **Daimler-Benz** (LKW, Schützenpanzer, Unimogs, Feldlazarett), **Dango & Dienthal Maschinenbau** (Spezialausrüstungen für Kanonenfabrik bei Tadschi), **Degussa** (Saad 16), **Denzel** (Hubschrauber), **Dornier** (Alpha-Jet), **Dresdner Bank** (Finanzierung des Raketenprojekts 1728), **Export-Union** (Spezialbleche für Atomanlagen), **FAUN** (Transportfahrzeuge und -geräte), **Ferrostahl** (Kanonenfabrik bei Tadschi), **Fritz Werner** (Maschinen für Infanteriewaffen und Saad 16), **Fulda**, **Gildemeister** (Saad 16), **Gildemeister Projekta GmbH** (Saad 16), **Goodyear** (Transportfahrzeuge und -geräte), **Graser GmbH** (Kanonenfahrzeuge und -geräte), **Graeser GmbH** (Kanonenfabrik bei Tadschi), **H & H Metallform** (Raketen für ASTROS II, Vorformen für Geschosse für Raketen, Maschinen für Gaszentrifugen), **Haacon Hebetechnik**, **Hammer** (Klimaanlagen Samarra), **Herberger Bau GmbH** (Bunker- und Hallenbau Samarra), **Hertl** (Raketenprojekt 1728), **Hess** (Produktionsanlage f. Infanteriewaffen), **Hochtief** (Kanonenfabrik bei Tadschi), **Informatic** (Saad 16), **Integral** (Saad 16), **Intermed Hospitaltechik** (Feldlazarett), **Inwako GmbH** (Zubehörteile für Atomanlagen), **Karl Kolb GmbH** (Laboranlagen für Pestizide, toxikol. Labors und Inhalationskammern für Samarra, Laborgeräte für Materialprüfung), **KHD** (Transportfahrzeuge und -geräte), **Klaus Heinrich Reederei** (Fliegerbombengehäuse), **Klöckner, Körber AG** (Maschinen, Saad 16), **Krantz** (Produktionsanlage für Infanteriewaffen), **Krupp Atlas Elektronik** (Ausbildung), **Kühne & Nagel** (Hubschrauber), **Lasco** (Schmiedelinie für Geschoßproduktion), **Leifeld & Co** (Leico) (Raketenprojekt 1728), **Leitz** (Haubitzen), **Leybold** (Kanonenfabrik bei Tadschi: Umschmelzanlagen), **LOI Industrieofenanlagen (Ruhrgas-Tochter)** (Kanonenfabrik bei Tadschi: Härteanlagen), **Magirus-Deutz** (Militär-LKW, Unimogs, Haubitzen), **MAN** (Transportfahrzeuge und -geräte), **Mannesmann Demag-Hüttentechnik** (Kanonenfabrik bei Tadschi), **Maschinenfabrik Ravensburg** (Technik für Kanonenrohrbohrungen), **Mauser** (Saad 16) Luftabwehrsysteme), **MBB** (Hubschrauber, Flugabwehr —, Zieldarstellungssysteme, Airbus u.a. Flugzeuge, Exocet Lenkwaffen, Projekt 395), **Merkur** (Schlüsselchemikalien für C-Waffen-Produktion), **Michelin** (Unimogs), **MTU** (LKW), **Nickel Klimatechnik** (Projekt 395), **Paul Heinrich Reederei** (Fliegerbombengehäuse), **PGB mbH**, **Philips Deutschland** (Nachtsichtbrillen), **Pilot Plant** (Laboranlagen für Pestizide, experimentelle Anlagen für Samarra), **Plato Kühn** (B-Waffen, Pilzgifte), **Preussag** (Wasseraufbereitungsanlage, LKWs), **Quast** (Speziallegierungen für Samarra), **Rhein-Bayern** (Toxikol. Labors), **Rheinmetall** (Windkanäle für Saad 16, Feldhaubitzen, Kanonenfabrik bei Tadschi), **Rhema Labortechnik** (Produktionsanlage Samarra, B-Waffen), **Rhode & Schwarz** (Radar- und Sendeanlagen), **Ringfeld** (Militär-LKW), **Rotex Chemie Intern.** (Blausäureproduktion in Tabun), **Rotzler** (Transportfahrzeuge und -geräte), **Rudolf Otto Meyer** (Projekt 395: Technische Ausrüstungsgegenstände), **Saarstahl** (Spezialbleche für Atomanlagen), **Scammell, Schäftlmaier Elektroanlagen GmbH** (Projekt 395: Rührwerke und Röntgenanlagen), **Schmidt Kranz & Co** (Kanonenfabrik bei Tadschi: Autofrettageanlage), **SEL** (Flugüberwachungssysteme), **Siebel-Werke, Siemens** (Nachtflugelektronik, Maschinen für Infanteriewaffen, Luftabwehrsysteme, Computersteuerungen) Sigma Chemie (B-Waffen, Pilzgifte), **Sigla** (Unimogs), **SMS Hasenclever GmbH** (Schmelzpresse für Kanonenfabrik bei Tadschi), **Taurus, TBT Tiefbohrtechnik** (Technik für Kanonenrohrbohrungen), **Tesa** (Saad 16), **Telacemit** (Unimogs), **Thyssen** (Schmiedelinie zur Geschoßproduktion), **Uniroyal** (Militär-LKW), **Vickers Systems GmbH** (Luftabwehrsysteme), **Water Engineering Trading GmbH** (Schlüsselchemikalien für C-Waffen-Produktion, Projektierung der Anlage Falluja, Ausbildung), **Walter Thosthi Boswau (WTB) Intern. AG** (Projekt 395), **Wihag** (Unimogs), **Zahnradfabrik**, **Zeiss** (Saad 16), **Züblin** (Kanonenfabrik bei Tadschi)

MOHSSEN MASSARRAT

Krieg ohne Sieger

Saddam Hussein und seine Armee werden den Krieg gegen den technologisch hoch überlegenen Gegner aller Wahrscheinlichkeit nach nicht überleben, sollte dieser Krieg bis zum bitteren Ende fortgeführt werden. Werden aber die USA ihn gewinnen können? Daran habe ich meinen größten Zweifel. Die irakische Armee ist zwar zu schwach, um Kuwait auf Dauer halten zu können, mit ihren 1 Mio. teilweise kampferfahrenen Soldaten, ihren 5 500 Panzern und dem restlichen Vernichtungspotential, einschließlich der chemischen Waffen, ist sie aber stark genug, um der US-Armee und Israel erheblichen Schaden zuzufügen. Ein paar irakische Scud-Raketen in Tel Aviv und Haifa — jene Raketen also, die einst die Teheraner Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzten und so auch die psychologische Wende im Krieg gegen den Iran herbeiführten — haben offensichtlich genügt, um die US-Kriegskoalition arg in Schwierigkeiten zu bringen.

Ob die USA ihre erklärten Kriegsziele und nicht erklärten geopolitischen Ziele am Persischen Golf erreichen können, muß ebenfalls bezweifelt werden. Der Krieg wird Kuwait auf absehbare Zeit unbewohnbar und die Herstellung dessen Souveränität — deretwegen angeblich er unvermeidlich wurde — vorerst gegenstandslos machen. Die kuwaitischen Ölquellen werden für einige Zeit außer Betrieb gesetzt, die Raffinerien im Iran, in Kuwait, möglicherweise auch in Saudi Arabien, werden unbrauchbar gemacht; der Krieg wird für die gesamte Region katastrophale ökologische Folgen haben. Eine Explosion der irakischen Riesen-Öltanker an der kuwaitischen Küste im Falle eines militärischen US-Angriffs von See wird große Teile des persischen Golfes verpesten und dem nicht am Krieg beteiligten Iran großen ökologischen Schaden zufügen.

Das geopolitische Ziel der USA — die Kontrolle über das Öl der Golfstaaten und damit ihre Supermachtfunktion als vermeintlicher Garant „westlicher Ölinteressen" am Golf zurückzugewinnen — setzt eine langfristige Präsenz der US-Truppen in den Territorien der Golfstaaten voraus. Der Krieg verhindert gerade diese Möglichkeit, die durch einen Sieg ohne Krieg gegen den Irak leichter zu verwirklichen gewesen wäre. Der Krieg verbirgt andere Risiken und Negativpunkte zu Lasten der USA; wie würden sich die europäischen Kriegspartner verhalten, wenn sich der Krieg doch in die Länge zöge? Würden sich die arabisch-islamischen Kriegspartner überhaupt am Krieg beteiligen und wie würden sich die syrischen Truppen verhalten, wenn Israel sich mit der Zuschauerrolle nicht lange begnügen würde; welche Stimmung würde sich bei den Palästinensern und Millionen radikalisierter Araber und Moslems breitmachen, würde Israel, auf welche Weise auch immer, in die Ereignisse eingreifen?

Wie würden die Araber in Ägypten reagieren, wenn im Zuge der Angriffe auf Bagdad, dem geschichtsträchtigen Zentrum der islamisch-arabischen Kultur — eine größere Anzahl der Zivilbevölkerung, Frauen und Kinder, diesen Angriffen zum Opfer fielen? Würde sich dann der Zorn der Ägypter nicht eher gegen die eigene Regierung, die Verbündete der Angreifer ist, richten? Ich möchte fast annehmen, daß schon jetzt die Legitimation der US-verbündeten arabischen Regierungen ernsthaft angeschlagen ist. Die kaum zu verbergende Begeisterung vieler Araber angesichts der irakischen Raketen auf Israels Territorium legt diese Vermutung nahe. Eine solche durchaus denkbare Entwicklung, deren Resultat niemand vorauszusehen in der Lage war, konnte und kann, trotz anfänglicher und auch weiterer Erfolge der US-Luftwaffe auf dem Kriegsschauplatz, nicht von der Hand gewiesen werden.

In Kuwait wird es keinen Sieger geben, es sei denn den „militärisch-industriellen Komplex"

Die hier aufgezählten Risiken und Unbestimmtheiten waren der US-Regierung durchaus bekannt. In den Kongreßdebatten vor dem Kriegsbeginn wurde offen über manche Paradoxien gesprochen. Viel früher hatte Breszinski auf diese oder ähnliche Risiken einer US-Kriegspolitik hingewiesen. Möglichweise hatten eben diese unkalkulierbaren Risiken für die USA den Kriegsspieler Saddem Hussein dazu verführt, das UN-Ultimatum als Bluff zu interpretieren. Er hat dabei offenbar jene einflußreiche und entschlossene Kraft in den Vereinigten Staaten übersehen, die von Anfang an, koste es was es wolle, die offensive Kriegsstrategie propagierte und spätestens seit Oktober letzten Jahres auch die Bush-Administration endgültig dafür gewonnen hat. Ich meine den „militär-industriellen Komplex", dessen Partikularinteressen nie ganz mit den US-Interessen übereinstimmten, am wenigsten in unserer Gegenwart und nach der Überwindung des Ost-West-Gegensatzes.

Man stelle sich vor, die Bush-Administration hätte sich mit den übrigen Staaten für die andere wirkliche Alternative zum Krieg, nämlich für die Strategie der ökonomischen Sanktionen gegen Saddam Hussein entschieden, die Staatengemeinschaft hätte eine aktive Rolle dabei übernommen und durch eine für alle Konfliktparteien akzeptable Lösung der Palästinafrage das irakische Regime in der arabisch-islamischen Welt auch politisch isoliert, die Menschheit hätte nach ein oder zwei Jahren zum ersten Mal in der Geschichte den Sieg einer Strategie der sanften Gewalt gegen eine Aggression beachtlichen Ausmaßes feiern und erleben dürfen; man stelle sich vor, welch ein ungeahnter und kaum wiedergutzumachender Schaden eben eine erfolgreiche Strategie der sanften Gewalt für den „militärisch-industriellen Komplex" und dessen Philosophien nicht nur in den Vereinigten Staaten hervorgebracht hätte.

Die Sinnlosigkeit der immensen Ausgaben zur Aufrechterhaltung und Expansion der Militärmaschinerien und -apparate wäre allen vor Augen geführt, dem letzten fanatischen Abschreckungsfetischisten wäre die Argumentationsbasis entzogen und die Legitimation jeglicher Militärgewalt bei Konfliktlösungen in unserem Zeitalter überhaupt schwer erschüttert worden. Genau aus diesem Grunde sollte auch der Friedensbewegung und der gesamten Menschheit eine solche Perspektive mit allen Mitteln vorenthalten werden. Vielleicht hatte der US-Senator Mitchell, während er bei seinem Plädoyer für die Kriegspolitik des Präsidenten auch seine Zweifel äußerte, genau diese verhinderte Perspektive im Sinn, indem er sinngemäß feststellte „durch einen Krieg gegen Saddam Hussein werden wir nie erfahren, ob Sanktionen Erfolg gehabt hätten".

Auf dem Schlachtfeld Kuwait wird nicht nur der Irak von Saddam Hussein, wird nicht nur Amerika, sondern die ganze Menschheit verlieren, damit der „militärisch-industrielle Komplex" fortexistieren kann. Werden wir, wie in den achtziger Jahren, als dieses Ungeheuer das Wettrüsten im Rahmen des Ost-West-Gegensatzes schürte und die Welt an den Rand des Abgrundes trieb, auch diesmal übersehen, welche gefährliche Rolle eben jener in unserer Welt spielte? Oder werden wir anläßlich dieses Krieges die Kraft und Phantasie gewinnen, die subversiven und inhumanen Potenzen und Wirkungsrahmen dieses Geschwürs offenzulegen und mit wesentlich größerer politischer Vehemenz zu bekämpfen? ■

FELIX SCHNEIDER

Der Krieg ist keimfrei geworden

Wenn Kriege ausbrechen, so brechen sie von unten durch, ,,aus Gewölben tief", wie der Dichter sagt. Sie schleudern Unrat und Unglück nach oben. George Orwell zum Beispiel oder Erich Maria Remarque haben den Krieg beschrieben: Dreck, Leid und Tod, Angst und — sicherlich auch — Mut und Enthusiasmus.

Dieser Krieg ist ein ,,war game" am Bildschirm, ein Krieg ohne Tod. Dieser Krieg kommt von oben, er ist hell, klar und wissenschaftlich, er scheint die Körper der Menschen nicht zu berühren. Nach drei Tagen und nach Tausenden von Einsätzen modernster Bomber habe ich noch nicht ein einziges Opfer gesehen, keinen einzigen toten Menschen, keine Wunde, keinen Tropfen Blut. Ich habe keinen Schrei gehört und kein Weinen. Wenn Journalisten nach ,,Verlusten" fragen, wie in der Pressekonferenz von Cheney, werden sie elegant und nebenbei abgebügelt. Berichtet wird von Millionen von Flüchtlingen, im Irak, in der Türkei, im Iran — sie wenigstens müßten doch zu filmen und zu interviewen sein. Keinen einzigen habe ich gesehen oder gehört.

Gesehen habe ich betörend schöne Bilder von Bagdad in der Nacht. Grüne Lichterketten flogen in den violetten Himmel. Ein roter Feuerball erstrahlte. Am Bildschirm erlebe ich den Krieg wie Solarisationseffekte im Photolabor. Ein französischer Soldat fühlte sich an das Feuerwerk des 14. Juli erinnert. Ein amerikanischer Soldat erzählte, die Stadt Bagdad habe geleuchtet wie ein ,,christmas tree".

Gesehen habe ich die Video-Vorführung von General Schwarzkopf, Filme, die an Bord der Bomber mit Infrarotkameras aufgenommen wurden: Da lag Bagdad wie eine Landkarte. Ein Hochhaus kam ins Bild. Der General kommentierte: Das ist das Luftkommando meiner Gegner. Die Zuhörer lachten. Das Hochhaus kam unter ein Fadenkreuz zu liegen. ,,Und jetzt in die Mitte" sagte der vorführende General. Das Fadenkreuz schiebt sich genau auf die Mitte des Flachdaches. Langsam löst sich ein Viereck vom Bildrand, schwebt durch das Bild, ins Fadenkreuz, in die Mitte — und das Haus löst sich auf, zerfällt, als rieselten Legosteinchen zu Boden. Gemächlich schenkt die Kamera ab.

Der nächste Film zeigte ein Munitionsdepot. Das schwebende Viereck flog leicht zitternd durch die Tür des Bunkers. Es symbolisierte zwei Bomben. Zwei Rauchsäulen stiegen geräuschlos aus dem Haus, als der Pilot und mit ihm die Kamera abdrehte.

Gehört habe ich, daß ,,Ziele" mit Bombardements ,,belegt", daß ,,Angriffe vorgetragen" wurden, weil ,,Potentiale" ,,auszuschalten" waren. ,,Planmäßig und ruhig" (der Regierungssprecher) wurde ein ,,komplexes Vorgehen" abgewickelt, ,,so effizient wie möglich, so wenig Kosten wie möglich" (Cheney). Von Aktionen, Missionen und immer wieder von Operationen habe ich gehört. Die Sprache der Chirurgie begleitet Bilder, die aus einem Krankenhaus stammen könnten. Über Bildschirme tasten sich minutiös genau gesteuerte Sensoren zu Krankheitsherden vor, die mit unspürbaren und unsichtbaren Strahlen, mit Laser etwa, eliminiert werden. Und genau wie Ärzte sich gerne vor Kameras im weißen Kittel oder in Operationskleidung präsentieren, aber selbstverständlich ohne Bluflecken, so zeigen sich ranghohe amerikanische Militärs gerne im frisch gebügelten Kampf- oder Tarnanzug. Sie tragen keine Uniform im hergebrachten Sinn, sie erinnern eher an die Mode des ,,military look". Während aber die Gecken auf unseren Straßen Militär spielen, ohne Militär zu sein, machen die wirklichen Militärs gerade dadurch ihr blutiges Handwerk vergessen, daß sie ebenfalls Militär ,,spielen".

Der Krieg ist keimfrei geworden, er präsentiert sich als chirurgischer Eingriff am Körper der Menschheit. Ein seltsames Paradox: Der Krieg wird zwar vom Moment seines Ausbruches an ins Bild übertragen und in der ganzen Welt gezeigt, aber die unaufhörliche und unmittelbare Gegenwart der Bilder läßt das Bild des Krieges verschwinden hinter dem Bild der Technologie. Die Wirklichkeit des Krieges erscheint stärker da, wo sie gespielt ist. Erschreckender als alle Bilder des wirklichen Krieges wirkt die Totenmaske eines Demonstranten in einer europäischen Metropole.

Das ist kein Zufall. Was sich bei uns in Demonstrationen ausdrückt, hat sehr wenig mit dem Konflikt und dem Krieg im Nahen Osten zu tun. Hilflos sind wir und unfähig, zu *diesem* Krieg auf der Straße in der From einer Parole oder Aktion etwas zu sagen oder gegen ihn etwas zu tun. Nicht zufällig herrscht im unmittelbar bedrohten *und* terrorisierten Israel erstaunliche Ruhe, während die Menschen hierzulande von Angst geschüttelt werden. Ihre Angst kommt von der Erfahrung der letzten beiden europäischen Weltkriege, aus der Erkenntnis, daß es unter den gegebenen technischen und sozialen Voraussetzungen in der abendländischen Welt keinen Krieg mehr geben kann, der nicht zu gegenseitiger Vernichtung führt. Sie aktualisiert sich durch Beschreibungen, wie Remarque, Plivier oder Orwell sie gegeben haben.

Die Entscheidung, den Krieg als aseptisches high-tech-Unternehmen zu zeigen, kann durchaus als Strategie verstanden werden, dieser Angst möglichst wenig optische Nahrung zu geben. Aus den Zeiten des Vietnam-Krieges hat die US-Regierung gelernt, wie man die Akzeptanz des Krieges als Mittel der Politik erhöhen kann. Die Expertenrunden, mit denen das Fernsehen die Lücke zwischen den Nachrichten füllt, wirken durchaus in dieselbe Richtung. Nur wenige Äußerungen, etwa wie von Perez de Cuellar, von Hans-Jochen Vogel und vor allem die eines irakischen Journalisten fallen aus dem kühlen, wissenschaftlich-analytischen Rahmen. Ansonsten tauchen Gefühle nur auf, wenn es möglich ist, sich in Soldaten der Alliierten einzufühlen. Von englischen Soldaten wird berichtet, die ,,Männer" seien einem ,,Wechselbad von Gefühlen" ausgesetzt, und gezeigt wird ein Soldat, der lautlos zu weinen beginnt — in all den Tagen der Kriegsberichterstattung der einzige Moment der Trauer, den ich sah.

Natürlich ist die Basis dafür, daß der Krieg sich als chirurgischer Eingriff zeigen kann, die Zensur. Hauptinformationsquelle für alle Journalisten ist der amerikanische Informationskanal CNN, immerhin das Fernsehen einer der kriegführenden Mächte. Das Zusammenspiel des CNN mit Regierung und Militärs klappt schon deswegen vorzüglich, weil CNN ein reiner Aktualitätensender ist. Auf die Frage eines Journalisten nach ,,Verlusten" antwortete Cheney, die besten Berichte darüber habe er auf CNN gesehen. Gelächter quittierte seine Antwort. Beide übrigens, die USA und der Irak, instrumentalisieren den Sender, indem sie ihm liefern, was er braucht: actualities. Es liegt in der Logik der Medien, wenn immer mehr Stationen dazu übergehen, den CNN direkt, live und oft unkommentiert zu übernehmen (RTL, z.T. Tele 5, u.a.).

Aber auch Stationen, die — wie die ARD — noch versuchen, in klassischer Manier den CNN zu korrigieren und zu ergänzen durch Korrespondentenberichte, sehen sich ihrer eigentlichen journalistischen Aufgabe beraubt. Nicht nur, daß der ferne Korrespondent allzuoft seine Informationen eben dem CNN entnommen hat, den man ja schon zu Hause im Studio gesehen oder womöglich im eigenen Sender schon gezeigt hat — nicht nur das, etwas anderes wiegt schwerer: Unparteiisch, abwägend zwischen verschiedenen Quellen, ,,sine ira et studio" zu berichten, ist nicht mehr möglich, wenn die Zensur ohnehin nur noch eine Quelle bietet, und wenn zudem diese Quelle selbst schon sich distanziert — wissenschaftlich, überparteilich, ,,sine ira et studio" eben, und keineswegs kämpferisch-engagiert gibt. Gerade weil sich die Regierungen des Irak und der alliierten Streitkräfte darin vollkommen einig sind, daß die Welt keinerlei Nachrichten über die Opfer des Krieges bekommen darf — der Irak hat alle Journalisten ausgewiesen, außer den amerikanischen, die strengster Zensur unterstehen — gerade darum wird es ein böses Erwachen geben, denn ewig läßt sich die Zensur nicht aufrechterhalten. ■

INGO ZANDER

Keine Weltpolizisten-Rolle für die Bundeswehr!

Noch zu Beginn des letzten Jahres konnten wir in den entspannten Tagen nach dem Ende des Kalten Krieges die konkrete Utopie einer Bundesrepublik Deutschland ohne Armee als reale Denkmöglichkeit diskutieren. Allerdings hatte man den Eindruck gewinnen müssen, daß die Benennung von utopischen aber realpolitisch definierten Übergangsschritten mit Skepsis, wenn nicht Ablehnung begegnet wurde (z.B. zur Abschaffung der Wehrpflicht). Heute sind wir auf die brutale Realität eines Krieges zurückgeworfen, der die friedenspolitischen Ausgangsbedingungen einschneidend verändert. Auf fast gespenstische Weise ist vielen erst in diesem Kontext bewußt geworden, wie anschlußfähig die Bundesrepublik statt an unsere Utopie an einen Krieg ist — über die NATO-Südflanke Türkei.

Im Horizont der Utopie waren Diskussionen von ,,Sicherheitspolitikern" in Parteien und Zeitungsredaktionen über Einsätze der Bundeswehr außerhalb Mitteleuropas quantité negligeable. Heute ist jedoch die Verhinderung der weltweiten Einsatzmöglichkeiten deutscher Soldaten die entscheidende Aufgabe, an der sich die Relevanz der Friedensbewegung wird messen lassen müssen.

Schon Mitte der 60er Jahre verlangten die USA, die Deutschen sollten sich out-of-area an Militäroperationen beteiligen — einmal auf Zypern, zum andern in Vietnam. Christdemokratische Minister waren dazu bereit — doch damals widersetzten sich noch die Spitzenmilitärs diesem Ansinnen. Aus dem Ost-West-Konflikt zog die Bundeswehr auch in Mitteleuropa genügend Legitimationskraft. Eine gesellschaftliche Akzeptanzkrise wie heute durchlebete die Bundeswehr damals nicht. Obwohl als Folge der Ölkrise von 1973 innerhalb der NATO über die Frage einer Ausdehnung des NATO-Geltungsbereichs gesprochen wurde und christdemokratische Politiker wie Dregger, Strauß und Wörner immer wieder in dieser Sache Vorstöße versuchten, blieb es in der politischen Klasse dabei, daß die Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebiets nicht eingesetzt werden sollte. Ende 1982 beschloß der Bundessicherheitsrat, daß Artikel 87a des Grundgesetzes einen Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes verbiete. Schon fünf Jahre später vertrat die Rechtsabteilung im Bundesverteidigungsministerium in einem Rechtsgutachten die Einschätzung, daß die Entscheidung des Bundessicherheitsrates eine politische gewesen sei, indem eine enge verfassungsrechtliche Interpretation vorgenommen worden sei. Es sei aber sehr wohl auch eine weite Interpretation möglich — z.B. seien Marine-Einsätze zum Schutz deutscher Handelsschiffe auch out-of-area ebenso möglich wie die Räumung internationaler Seewege von Minen Grundgesetz-adäquat, etwa im Golf von Aden.

Aus dem Umfeld von FAZ und CDU/-CSU-Fraktion wurde seit Mitte 1987 (im Kontext der damaligen ,,Golfkrise" bzw. des iranisch-irakischen Krieges) eine Debatte über den Einsatz der Bundeswehr out-of-area ,,erzwungen", der sich schon ein Jahr später auch Sozialdemokraten nur noch konstruktiv glaubten stellen zu können. Spuren hinterlassen hat dies auch bei dem von mir sehr geschätzten Bruno Schoch, als er ,,für eine deutsche Beteiligung an UNO-Friedenstruppen statt einer eigenen Kanonenpolitik" plädierte (*links* Nr. 245, Oktober 1990). Dafür hatten die Bundestagsabgeordneten Hermann Scheer und Norbert Gansel schon im August 1988 plädiert. Diese einzige zu erlaubende out-of-area Einsatzform sollte verfassungsmäßig festgeschrieben werden, um weitergehende Begehrlichkeiten ein für allemal vereiteln zu können. Obwohl diese Initiative in der SPD zuerst auf Ablehnung stieß, insbesondere bei Vogel und Ehmke, hat die SPD diesen Vorschlag mittlerweile akzeptiert. Dem liegt wohl die Kalkulation zugrunde, daß diese ,,weiche, sympathische Variante" (Stärkung der UNO) der ehrgeizig-hegemonialen vorzuziehen ist, für die die Union plädiert — ob im Rahmen einer EG-Sicherheitspolitik (was eher auf Ablehung bei den USA stößt) oder im Kontext der WEU.

Vorschläge für eine europäische Eingreiftruppe z.B. für den Nahen Osten, wie es Fachleute der Unionsfraktion und konservative französische Parlamentarier noch im November 1990 machten, sind natürlich schon auf den ersten Blick als Vorreiter eines modernen EG-dominierten europäischen Neo-Imperialismus identifizierbar. Vor diesem Prozeß verliert der Streit um die NATO an Bedeutung, obwohl für die USA, wie SIPRI berichtete, die NATO und ihre damit in Europa strukturierte Präsenz auch nach dem Kalten Krieg von Interesse bleibt — auch um von der Bundesrepublik aus die logistische Ausgangsbasis für Interventionen in der ,,3. Welt" zu behalten.

Kurz- und mittelfristig gesehen hat die ehrgeizig-hegemoniale Option von out-of area-Einsätzen in der Bundesrepublik eine Chance, konsensfähig zu werden, obwohl auch diese Vorstöße im Auge zu behalten sind und öffentlich als Neo-Imperialismus pejorisiert werden sollten. Als eigentlich politisch gefährlichste Option stellt sich damit die ,,weiche Variante" von weltweiten Bundeswehr-Einsätzen heraus — aufgrund ihrer meliorativen Konnotationen: Gleichstellung mit anderen Staaten, Stärkung der UNO, Übernahme von Verantwortung zur Sicherung des Weltfriedens, kollektive Einbindung. Der UNO-Rahmen garantiere, daß deutsche Soldaten nicht außerhalb des NATO-Gebietes machtpolitisch mißbraucht werden könnten.

Doch die Golfkrise zeigt, wie fragwürdig diese optimistische Einschätzung ist, weil uns demonstriert wurde, daß die UNO für eine eigensüchtige Machtpolitik mißbraucht werden konnte. Michael Klare: „Die Entscheidung, Truppen zu entsenden, betrifft mehr als den Ölpreis oder die Kräftekonstellation im Nahen Osten, sie betrifft die amerikanische nationale Identität und besonders Amerikas Rolle als Globalmacht nach dem Kalten Krieg." (nach *links* Nr. 247/248). Die UNO war bereit, einer absteigenden Hegemonialmacht für ihr Streben, koste es, was es wolle, Weltmacht zu bleiben, einen Persilschein auszustellen. Der Aufmarsch der gewaltigen Militärmacht seit August 1990 zeigte, daß sich die militärische Komponente immer weiter von den diplomatischen Zielen entfernte und auch nicht mehr an einer bloßen Eindämmung des Aggressors Irak orientiert war und zur militärischen Absicherung des Embargos gedacht sein konnte. Noch nicht einmal so etwas wie eine Aufsicht machte der Sicheheitsrat dabei zur Bedingung. Anders als bei den Militäroperationen in Lateinamerika (Nicaragua, Grenada, Panama) bemühte sich die Bush-Administration, die kriegsvorbereitende Politik schnell in Entscheidungen der UNO einzubetten. Bush nahm die UNO jedoch nur insofern ernst, als er sie am Ende des Kalten Krieges für seine Weltpolizisten-Politik instrumentalisieren konnte.

Schon früh setzte er auf eine militärische Option zur Lösung der Golfkrise, monopolisierte damit die Initiative des Handelns. Den amerikanischen Parlamentariern wollte er auf diesem Weg das Recht absprechen, über die Truppendislozierung und die Frage von Krieg oder Frieden entscheiden zu dürfen, da der Truppenaufmarsch ja eine UN-Aktion sei. Daß der Kongreß schließlich kurz vor Ablauf des Ultimatums dem Präsidenten sein Placet gab, zeigt nur, daß er sich sein Recht nicht bestreiten lassen wollte.

▶ Abgetrennte Souveränität ◀

Solange der Ost-West-Konflikt internationale Politik bestimmte, konnte die UNO zwar nur in eingeschränktem Sinne eine Rolle als internationales Regime einnehmen. Aber die Supermächte legten auch gegenseitig Veto ein, falls eine Seite unter dem Deckmantel der UNO eine Politik des Nullsummenspiels durchzustarten beabsichtigte.

Im fiktiven Fall, daß Bundeswehrsoldaten im Rahmen dieser UN-Aktion (oder anderer) eingesetzt würden, könnte deutschen Parlamentariern das Recht abgesprochen werden, über das weitere Geschehen mitentscheiden zu dürfen, denn: die Souveränität wäre in diesem Fall an das „System gegenseitiger kollektiver Sicherheit" abgetreten worden. Der Politologe Dieter Senghaas ist sogar der Meinung, daß der abwehrende Hinweis auf das Grundgesetz fehl am Platze sei, nachdem im Artikel 24 Grundgesetz festgelegt sei, daß sich die Bundesrepublik zur Wahrung des Friedens einem solchen System einordnen könne. Schon der erstmalige Einsatz der Bundeswehr in einer brisanten außereuropäischen Krisenregion — sprich Türkei — hat gezeigt, wie kaltschnäuzig exekutive Gewalt gegenüber Parlamentariern gehandhabt wird. Auch wenn es dort aller Wahrscheinlichkeit nach wegen der Anti-Interventionsstimmung in der Bevölkerung nicht zum Eingreifen der Bundeswehr innerhalb von Kampfhandlungen kommen wird, hat sich die Bundesregierung prinzipiell, vorbehalten, in Übereinstimmung mit allen anderen NATO-Staaten im Kontext eines „Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit" über Krieg und Frieden bestimmen zu können. Wenn dies auch verfassungsrechtlich angezweifelt und demokratiepolitisch unhaltbar ist, müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß eine solche Politik möglich ist.

Ob die UNO-Charta für die Legitimation von Kriegsszenarien wie jenem in der Golfregion, für das der UN-Sicherheitsrat mit seiner leichtfertigen Entscheidung vom 29. November 1990 mitverantwortlich ist, gedacht war oder nicht, ist nebensächlich für die Untersuchung der Frage, ob die Bundeswehr im Rahmen der UNO out-of-area friedensfördernd eingesetzt werden sollte. Denn strukturell ist Kanonenboot-Politik auch im UNO-Rahmen möglich.

Die UNO besitzt selbst keine Streitkräfte. Es mag venrünftig sein, UN-Friedenstruppen zusammenzustellen, die als Faktor der Beruhigung zwischen Konflikt-Parteien stationiert werden. Diese Aufgabe war eine Domäne kleiner und neutraler Staaten. Die moderne hochgerüstete Bundeswehr taugt dafür aber nicht. Darüberhinaus wirkte ein UN-Einsatz der Bundeswehr als „Türöffner" für andere Einsatzformen in der sogenannten 3. Welt. Deutschland, so wird immer wieder beklagt, könne sich als größte Export-Nation nicht länger vor der Übernahme von Verantwortung in der Welt drücken. Präsident Bush hat schon im Sommer 1989 deshalb den Deutschen ein „partners in leadership" angeboten — also eine gleichberechtigte politische Kursbestimmung zwischen USA und Bundesrepublik.

Daran wäre anzuknüpfen, jedoch nicht, um zu allem Übel auch noch Soldaten der Bundeswehr in die Welt zu schicken. Als absteigende Hegemonialmacht sind die USA durch ihre militarisierte Außenpolitik zu einem Sicherheitsrisiko für die ganze Welt geworden. Seit dem Ende des Kalten Krieges durchleben die USA eine akute Identitätskrise. Relativiert sich die Bedeutung ihrer Rolle als Militärmacht, sehen sie sich dem harten Wettbewerb mit den wirtschaftlichen „Supermächten" Japan und Bundesrepublik ausgesetzt. So Michael Klare. Ihnen dabei zu helfen, die Pseudo-Identität als Weltpolizist abzustreifen, bleibt eine überaus schwierige Aufgabe. Den Deutschen kommt dabei aufgrund ihrer Wirtschaftsmacht und engen Beziehungen zu den USA eine besondere Verantwortung zu. Außerdem gilt es, die UNO ernstzunehmen — sie politisch und finanziell zu stärken, wäre vernünftig. ■

Solidarität ja — aber wie?

Konflikte unter den Lateinamerika-Soli-Gruppen

Im Zusammenhang mit dem 2. Bundeskongreß der Initiative ,,Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 - 1992'' brachen Gegensätze innerhalb der 3. Welt-Gruppen auf, die schon seit längerem eine gemeinsame Solidaritäts- und Aufklärungsarbeit verunmöglichen. Als Reaktion auf unsere Berichterstattung (vgl. *links* Nr. 246) erreichten uns zwei Stellungnahmen von Kritikern und Beteiligten der Initiativen, die wir im folgenden zur Verdeutlichung des Konflikts dokumentieren. Der Beitrag von Georg Lutz wurde als gemeinsame Beilage auf einem Treffen mehrerer 3. Welt-Zeitschriften beschlossen. Bruni Höfer und Klaus Mayer sind MitarbeiterIn des Vereins Monimbo, einer der Unterstützerorganisationen der Initiative in der Bundesrepublik.

Offensichtlich ist ein handfester Konflikt zwischen der Solidaritäts-/Internationalismusbewegung auf der einen Seite und dem Projekt ,,Emanzipation und lateinamerikanische Identität'' auf der anderen Seite entstanden. Verschiedene Zeitschriften aus dem Solidaritätsspektrum kritisierten in erster Linie die abgehobene Vorgehensweise und den Singularitätsanspruch des o.g. Projektes.

Aus welchem Grund kommt es zu einer auffällig häufigen Kritik an diesem Projekt?

Um diese Frage beantworten zu können, ist zunächst ein kurzer Rückblick auf die Ausgangspositionen notwendig. Hier sollen beide Positionen anhand ihrer Grundlinien verdeutlicht werden, damit wir zu einer konstruktiven Auseinandersetzung zurückfinden, die für eine zukünftige Kampagne entscheidend ist und unbeteiligten Dritten verständlich wird.

Das Projekt ,,Emanzipation und lateinamerikanische Identität'' wurde vor zwei Jahren in Mexiko gegründet und versteht sich als Sprachrohr in Europa für die Forderungen lateinamerikanischer Positionen, v.a. aus dem intellektuellen Spektrum, aber auch der Bauern und Indianerorganisationen. Sie wollen dem ,,Jubeljahr 1992'' ein ,,kritisch-emanzipatorisches Diskussions- und Arbeitsforum'' entgegensetzen. Durch Buchveröffentlichungen, jährlichen nationalen Kongressen in lateinamerikanischen und europäischen Ländern, Wettbewerben im kulturellen Bereich, Stipendien und geplanten Großveranstaltungen 1992 soll ein breites Zielgruppenspektrum angesprochen werden.

Die Gruppen aus dem Solidaritäts- und Internationalismusbereich stehen demgegenüber noch am Anfang ihrer Aktivitäten im Bereich 500 Jahre Kolonialismus. Sie sind mit verschiedenen organisatorischen und inhaltlichen Problemen konfrontiert. Das hat Gründe: Es wird versucht, über Schwerpunktseminare, der Entwicklung einer Forderungsplattform, regionalen Aktionsbündnissen und Publikationen, wie dieser Beilage, Schritt für Schritt, durchaus unter Einschluß verschiedener Konfliktpotentiale, die auch öffentlich ausgetragen werden, die Grundlage für eine erfolgreiche Kampagne zu legen. An ihrer Kernfrage: Wie läßt sich das historische Thema 500 Jahre Kolonialismus mit den Auswirkungen des EG-Binnenmarktes verbinden, werden die Hürden klar, die es zu überspringen gilt. Unverzichtbare Voraussetzungen ihrer Kampagne sind eine längerfristige Perspektive, die über den Oktober 1992 hinausgeht und die Zusammenarbeit mit möglichst vielen Initiativen.

Die Konfliktlinie begann vor einem Jahr anläßlich des ersten Bundeskongresses von ,,Emanzipation und lateinamerikanische Identität'' in Hamburg. In ihrem Tagungsbericht heißt es: ,,Er (der Kongreß) stellt zugleich einen wichtigen Schritt in der Entwicklung unserer antiimperialistischen Arbeit in der BRD dar''. Wünschenswert wäre es ja durchaus, wenn sich in Europa ein breites Kampagnenbündnis zum Thema Emanzipation und Identität bilden würde, um einen wirkungsvollen Dialog zwischen den kritischen und emanzipatorischen Bewegungen beider Kontinente in Gang zu setzen. Das Hauptproblem ist jedoch, daß ,,Emanzipation und lateinamerikanische Identität'' einem Singularitätsanspruch unterliegt, der die Bündnisfähigkeit des Projekts erheblich einschränkt. Formulierungen wie: ,,Das hier vorgestellte Projekt ist das z.Zt. einzige existierende internationale Forum, welches den nationalen Initiativen gestattet, in kritisch-emanzipatorischer Absicht länderübergreifend und koordiniert gegen das imperiale Projekt des V Centenario zu arbeiten'' deuten die schwierige Situation derjenigen an, die nicht innerhalb des Rahmens des Projekts arbeiten, aber nichtsdestotrotz an Diskussionen mit den VertreterInnen interessiert sind.

Abgrenzungen gegenüber den Solidaritätsgruppen finden aber auch direkt statt: In einem Interview mit ,,Die Andere'' (Nr. 39/1990) bringt Heinz Dieterich, der Koordinator des Projekts, den Konflikt unter den Nenner ,,Marktverdrängungshysterie oder Paranoia bei den eingefahrenen Solidaritätsgruppen''. Für ihn ist die Solidaritätsarbeit von gewissen Gruppen ,,monopolisiert'', die auf neue Projekte allergisch reagieren. ,,Man muß bedenken, daß der Solidaritätsmarkt zehn Jahre von bestimmten Strukturen beherrscht wurde. Und die Reproduktion von Funktionären — im soziologischen Sinne — ist natürlich wie in jedem Arbeitsverhältnis abhängig von ihrer Produktion''.

Die Gruppen der Solidaritätsszene wurden bisher eher umgekehrt eingeschätzt. Stichworte wie chaotisch, zersplittert und

unprofessionell sind häufig zu hören. Funktionäre, oder solche die es werden wollen, verlassen uns aus monetären Gründen und besitzen keinen funktionierenden Apparat, der, wie in hierarchischen Betrieben, nach ihren Vorgaben tanzt.

Im Vergleich zur Vietnambewegung haben die Mehrzahl der heute agierenden Gruppen und Organisationen für Dieterich keinen politischen Kern. Darauf aufbauend stehen diese Gruppen in einem ,,paternalistischen Verhältnis'' zur Dritten Welt. ,,Die Menschen aus Lateinamerika, aus der Dritten Welt, kamen hierher, hielten Vorträge und wurden glorifiziert''. Auf dem zweiten Bundeskongreß des Projekts ,,Emanzipation und lateinamerikanische Identität'' Ende September in Frankfurt wurde für ihn zum ,,ersten Mal gleichberechtigt geredet''. Ob das der Fall war? Ich habe gelinde gesagt da meine Zweifel? Wie letztes Jahr durften auch in diesem Falle die Prominenten ihre Reden halten. Anschließend wurden nur noch ,,Verständnisfragen'' (vgl. Einladung zum Kongreß) zugelassen. Der Vorwurf der Glorifizierung fällt aber auf Dieterich selbst zurück. Nach der durchaus zwiespältigen Rede von Thomas Borge (Ex-Innenminister in Nicaragua) applaudierte das Podium stehend.

Mit Begriffen wie ,,nationalen Begegnungen'', ,,Bundeskongreß'' und ,,Kampagne'' werden LeserInnen und ZuhörerInnen an der Realität vorbeigelotst. Auch den Gästen aus Lateinamerika wird eine Kampagne vorgespielt, die schlichtweg nicht existiert. Beide werden auf diese Art und Weise funktionalisiert. Die einen als Konsumenten, die klatschen dürfen, und die anderen als Prominente, die viel aus ihrer Lebenswelt schildern können, aber doch bitte nicht mit der Realität hier konfrontiert werden sollen.

500 Jahre Kolonialismus ist heute schon ein Thema für JournalistInnen, HistorikerInnen und Intellektuelle. Ob dieser Themenkomplex sich zu einer Kampagne entwickelt, die in qualitativer und quantitativer Form den Namen wirklich verdient, ist aber noch völlig offen. Es wird viel Energie und Phantasie nötig sein, hier die richtigen Pfade zu finden. Das Projekt ,,Emanzipation und lateinamerikanische Identität'' hat die Fähigkeiten, dazu viel beizusteuern. aber die VertreterInnen müssen vom Elfenbeinturm des singulären Anspruchs herabsteigen.

GEORG LUTZ

Warum soll es so nicht gehen?

Ein zwischen dem Projekt ,,Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 - 1992'' und der Solidaritäts- und Internationalismusbewegung ,,offensichtlich entstandener handfester Konflikt'' artikuliert sich in einem Flugblatt (unterschrieben von der AG ,,Quinto Centenario'' in der Aktion Dritte Welt, dem FDCL und dem Informationsbüro Nicaragua) in Artikeln im ILA und den Lateinamerika-Nachrichten. Darin wird die Kritik an Formen kurzerhand zum Inhalt selbst gemacht. Ansonsten erschöpft sich dieser ,,handfeste Konflikt'' in der Verbreitung von Gerüchten und Diffamierungen, getreu dem Motto: ,,Irgendwas wird schon hängen bleiben''.

Wir zweifeln noch immer an der Sinnhaftigkeit einer Auseinandersetzung auf dieser Ebene und werden uns auch in Zukunft nicht daran beteiligen. Zu den von Georg Lutz in seinem Beitrag für die Beilage der 3. Welt-Zeitschrift formulierten Vorwurf des Alleinvertretungsanspruchs (,,Singularitätsanspruch'') und dem der abgehobenen ,,Vorgehensweise'' des Projekts ,,Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 - 1992'' bedarf es jedoch einiger Zusatzinformationen. Denn diese Kritik beruht offensichtlich auf Gedächtnislücken bzw. der Unkenntnis der Entstehungsgeschichte des kritisierten Projekts.

Nach der Konstituierung des Projekts in Mexiko Anfang 1988, war Heinz Dieterich, von der zentralen Koordination in Mexiko in Europa, um für die ideelle, materielle und finanzielle Unterstützung dieses Projekts zu werben. Die Gespräche mit verschiedenen Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen aus der Internationalismus-, Solidaritäts- und 3. Welt-Bewegung führten zu dem Ergebnis, daß ,,medico international'', ,,swiss-aid'', ,,terre des homes'' (Osnabrück u. Basel), Stiftung Umverteilen, Stiftung für eine solidarische Welt und Monimbo e.V. dieses Projekt auf verschiedene Weise (z.B. durch die Stiftung der Preise für die ausgeschriebenen Wettbewerbe, finanzielle Mittel für die organisatorische Arbeit der zentralen Koordination oder wie Monimbo e.V. zusätzlich durch die Übernahme von koordinierenden Funktionen) unterstützten.

Ein weiteres produktives Ergebnis war die Herausgabe von epd Entwicklungspolitik 19/20 1988 (unseres Wissens die erste Materialzusammenstellung zu dem Thema in der BRD) in Kooperation mit dem Projekt ,,Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 - 1992''.

Auf dem bundesweiten Mittelamerika-Treffen vom 3. - 5. Februar 1989 in Frankfurt wurden Geschichte und Intentionen des Projekts ebenfalls ausführlich vorgestellt (das dort von Heinz Dieterich gehaltene Referat ist im entsprechenden Rundbrief des Informations-Büros Nicaragua nachzulesen).

Außer bei den o.g. Organisationen stieß das Projekt auf Desinteresse bis Ablehnung, da hier in der BRD ,,eine eigene Kampagne'' aufgebaut werden sollte. Die Arbeit von ,,Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 - 1992 '' wurde mit ,,ganz interessant, aber mit unserer Solidaritätsarbeit hier, hat das ja wenig zu tun'' kommentiert.

Auch in den folgenden Monaten bis heute wurden von Mitgliedern des Monimbo e.V. im Rahmen ihrer Möglichkeiten sämtliche Gelegenheiten genutzt (Teilnahme an Veranstaltungen, schriftliche Darstellung u.a. in einem weiteren Rundbrief des Informationsbüros Nicaragua) um über das Projekt zu informieren und andere Gruppen für eine Mitarbeit zu interessieren.

Dies war unter anderem auch der Fall beim BUKO-Seminar 1990 und beim bundesweiten Städtepartnerschaftstreffen der Nicaragua-Initiativen. Auf diesem BUKO-Seminar wurde beispielsweise über die gemeinsame Herausgabe einer deutschsprachigen Ausgabe der Zeitschrift des Projekts ,,Amerika la Patria Grande'' mit einem Informationsteil über Aktivitäten in der BRD zum Thema 1992 diskutiert. Bei einem später stattgefundenen Treffen aller 3. Welt-Zeitschriften wurde dann offensichtlich die jetzt erscheinende Beilage zum Thema 500 Jahre beschlossen. Die Teilnahme eines/r Vertreterin des Projekts ,,Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 - 1992'' auch an diesem Treffen wurde für ,,nicht notwendig'' gehalten, da es sich ja um ein Zeitungstreffen handele und Monimbo e.V. eine Solidaritätsgruppe sei. Über die Ergebnisse dieses Treffens sollte Monimbo e.V. informiert werden und gegebenenfalls zu weiteren Treffen eingeladen werden. Auf beides warten wir bis heute. Während einerseits öffentlichkeitswirksam Monimbo e.V. aufgefordert wird, endlich zu kooperieren, finden andererseits Vorbereitungstreffen zum Thema 1992 statt, von denen wir zufällig erfahren, wenn sie vorbei sind.

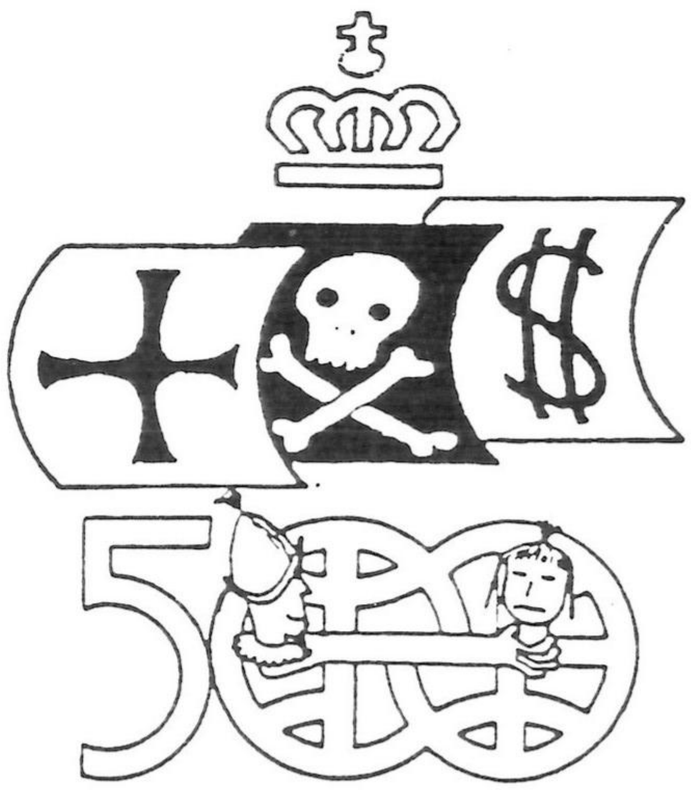
Erstaunlich ist, daß bei keiner der o.g. Veranstaltungen — die doch im allgemeinen

als repräsentativ für die ,,Internationalismus- und Solidaritätsbewegung in der BRD" bezeichnet werden — für die heutigen Kritiker, die beim Verein Monimbo nach fast drei Jahren die Kooperation einklagen, die Möglichkeit bestanden haben soll, dieses Kooperationsinteresse zum Ausdruck zu bringen und Kooperationsvorschläge zu machen (die gibt es bis heute nicht). Vom großen Kooperationsinteresse der unterzeichnenden Organisationen des Flugblatts, bzw. der Artikel-Verfasser an Kooperation mit dem Projekt ,,Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 - 1992" erfuhr der Verein Monimbo zum ersten mal durch das auf dem Kongreß verteilte Flugblatt.

Die Resonanz und das Interesse an dem Projekt kommt dagegen auch aus anderen, nicht unbedingt in der traditionellen Internationalismus- und Solidaritätsbewegung beheimateten, Bereichen.

Wenn das Projekt bisher nicht von der gesamten ,,Internationalismus- und Solidaritätsbwegung in der BRD" als Möglichkeit zur Weiterentwicklung einer Kampagne zum Jahre 1992 (gesehen und wahrgenommen wurde), so nehmen wir das zur Kenntnis. Mag sein, daß es an solchen inhaltlichen Forderungen des Projekts, wie der ,,Rückgabe der geraubten Kulturgüter" (übrigens eine Forderung, die auch von den indigena-Organisationen in der ,,Erklärung von Quito" erhoben wird) lag, daß das Projekt der traditionellen ,,Internationalismus - und Solidaritätsbewegung", die es aufgrund der historisch-politischen Analyse und entsprechend der BRD-Realität, als ihre Aufgabe ansieht, mit der ,,gebotenen Portion Wut und Witz" (BUKO-Plattform) ,,handlich radikale Forderungen (zu) schneidern" (ila, Nov. 1990). Monimbo e.V. ist seit 11 Jahren Teil dieser Bewegung und hatte sich entschieden, dieses Projekt zu unterstützen, u.a. weil wir im Gegensatz zu anderen Gruppen der Meinung sind, daß die Inhalte des Projekts durchaus für unsere Arbeit hier sehr wichtige Diskussionsansätze enthalten.

Damit war und ist kein Alleinvertretungsanspruch für die 500-Jahre-Aktivitäten in der BRD verbunden; wir haben dies auch immer wieder deutlich gemacht. Belegen soll diesen angeblichen Anspruch auch ein Zitat aus dem Spendenaufruf, wonach das Projekt ,,Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 - 1992" z.Z. das einzige existierende Forum ist, daß länderübergreifend und koordiniert gegen das imperiale Projekt des V. Centenario arbeitet. Uns ist bisher kein anderes Projekt bekannt, auf das diese Beschreibung zutrifft. Wir würden uns freuen, wenn sich dies nur als Informationsdefizit unsererseits erweisen würde. Weshalb die Existenz eines solchen Projekts allerdings InteressentInnen an einer Diskussion mit VertreterInnen des Projekts in eine schwierige Situation bringt, ist uns rätselhaft. Als weitere Indiz dient dem Autor die Verwendung des Begriffs ,,Kampagne". In den einschlägigen Werken ist nachzulesen, daß es sich bei einer Kampagne um eine



,,zeitlich begrenzte (milit., polit., wirtschaftl.) Aktion, Feld-Saisonarbeit oder einen (veralt.) Feldzug handelt. Eine mißbräuchliche Verwendung des Begriffs läßt sich für uns nicht erkennen. Nicht auszuschließen ist, daß eine solche Kampagne noch verbesserungsfähig ist. Die Einladung zum 23. Kongreß des Projekts erfolgte bundesweit und die TeilnehmerInnen kamen zum großen Teil aus der Internationalismus- und Solidaritätsbewegung aus dem Gebiet der gesamten Bundesrepublik.

Zweifel an einem ernsthaften Interesse an einer inhaltlichen Auseinandersetzung drängen sich auch durch die erkennbar diffamierenden Töne in der Kritik auf: So wird z.B. zur Untermauerung einer auffällig häufigen Kritik auch ein in ,,Perspektiven", der internationalistischen StudentInnen-Zeitung, erschienener Artikel ,,Das Wort haben die Betroffenen" angeführt, der sich, wie dem Verfasser des Artikels für die 1992-Beilage der 3. Welt-Zeitschriften bekannt sein müßte, denkbar schlecht als weiterer Beleg für die ,,auffällig häufige Kritik" eignet. In diesem Artikel geht es exakt um das Gegenteil von Kritik — er ist eher ein inhaltliches Plädoyer für die Kampagne ,,Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 - 1992".

Indem sich wenige Gruppen unter verschiedenen Titeln gegenseitig ihre kritische Zeugenschaft an dem Projekt belegen, erwecken sie damit den Eindruck einer scheinbar repräsentativen Breite in den sozialen Bewegungen (einmal kommt die Kritik von IZ3W beim nächsten Mal von der Aktion Dritte Welt e.V. etc). Und ungeachtet jeden realen Ablaufs wird auch hier wieder behauptet, auf dem Kongreß seien sowohl die TeilnehmerInnen als auch die ReferentInnen entmündigt worden, was sich daran erkennen läßt, daß nur Verständnisfragen zugelassen wurden. Mit Ausnahme von Thomas Borge standen alle ReferentInnen in Arbeitsgruppen zur Diskussion zur Verfügung. Wenn die TeilnehmerInnen der AG's es für wichtig gehalten hätten, ,,die Gäste aus Lateinamerika mit der Realität hier zu konfrontieren" wäre es ihre Aufgabe gewesen dies zu tun. Daraus, daß dies offensichtlich nicht stattgefunden hat, ist weder eine abgehobene Vorgehensweise noch ein Alleinvertretungsanspruch des Projekts ,,Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 - 1992" zu erkennen. Wir sind allerdings der Meinung, daß wir es mit erwachsenen Menschen zu tun haben. Und schließlich wird Einzelpersonen (u.a. auch Mitgliedern des Ehrenrats) und Gruppen, die im Projekt mitarbeiten oder sich mit seinen verschiedenen inhaltlichen Aspekten auseinandersetzen kurzerhand unterstellt, sie seien sich nicht bewußt, was sie tun oder hätten die ganze Sache nicht richtig verstanden.

Ob an den zitierten Einschätzungen von Heinz Dieterich zur Solidaritätsbewegung nicht doch etwas dran ist, wäre sicher eine öffentliche Diskussion wert. Nach gut zwei Jahren der Mitarbeit im Projekt ,,Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 - 1992" ist der Verein Monimbo mit sehr widersprüchlicher Kritik konfrontiert. Einerseits werden dem Monimbo e.V. Alleinvertretungsansprüche für das Thema 1992 in der BRD vorgeworfen und gleichzeitig werden wir kritisiert, daß wir überregionale Koordinierungsaufgaben nicht übernehmen wollen.

Wir möchten an dieser Stelle noch einmal deutlich machen, daß wir unsere Arbeit im Rahmen des Projekts (die Verbreitung der Zeitschrift ,,America la Patria Grande", Poster, Postkarten, die Herausgabe von Büchern mit Beiträgen aus Lateinamerika, die Organisierung von Seminaren und Bundeskongressen des Projekts etc.) als einen Beitrag zur öffentlichen, inhaltlichen Diskussion verstehen. Dieses Angebot wird von vielen wahrgenommen und von anderen nicht. Was wir nicht wollen und können ist die Erstellung eines Aktions-Leitfadens für andere Gruppen. Wenn konkrete Kooperations-Vorschläge gemacht werden und das Projekt ,,Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 - 1992" dazu etwas beitragen kann, sind wir dazu selbstverständlich bereit.

Die konkrete praktische Arbeit des Vereins Monimbo zum Thema 500 Jahre orientiert sich zuerst an seinen realen Bedingungen und den bereits bestehenden Zusammenhängen aus der Nicaragua-Solidaritätsarbeit. Z.B. ist der Besuch einer SchülerInnen und KünstlerInnen-Gruppe aus und nach Nicaragua unter dem Thema ,,500 Jahre Eroberung Amerikas" im Sommer/ Herbst 1991 in Vorbereitung, der durch fächerübergreifenden Unterricht begleitet werden soll, oder die Planung weiterer Aktivitäten im Rahmen eines seit 1988 bestehenden EG-Projekts mit anderen europäischen Partnerstädten der nicaraguanischen Partnerstadt Masaya. Warum soll es so nicht gehen? (Frei nach Georg Lutz)

BRUNI HÖFER / KLAUS MEYER

RAUL HILBERG

Wer waren die Täter?

Die Arbeit des amerikanischen Historikers Raul Hilberg, der in fast vierzig Jahren die Dokumente der Zeit des Nationalsozialismus gesichtet, zusammegestellt und kommentiert hat, erschien bereits 1961 in den USA. „Die Vernichtung der europäischen Juden", so der Titel der deutschen Ausgabe, die 1990 in einer erweiterten Fassung wieder herausgegeben wurde, ist deshalb so komplex und detailliert, „weil sie eine ganze Kette von Schritten behandelt, die von der Definition des Begriffs ‚Jude' bis in die Düsternis der Gaskammern führt".

Den Vortrag hielt Raul Hilberg am 14. Januar 1991 im Rahmen der Film- und Diskussionsreihe „Lights out in Europe". Die Veranstalter der „Pupille/Schöne Neue Welt e.V." knüpften mit dieser Reihe an andere hervorragend konzipierte und quer zum Zeitgeist liegende Veranstaltungsreihen an.

Ich habe mich mit dem Thema „Die Vernichtung der europäischen Juden" 43 Jahre beschäftigt. Und vor 30 Jahren wurde die erste Fassung dieses Buches in Amerika veröffentlicht. Trotz der Länge selbst dieser ersten Fassung hatte ich überhaupt nichts über die Gründe, das Warum, zu sagen. Deswegen wurde ich oft gefragt, und das natürlich in Amerika: „Wie kommt es, daß eine Zivilisation wie Deutschland überhaupt so etwas zustande bringen konnte?" Ich habe noch immer keine Antwort auf diese Frage. Ich weiß nur: oft genug, wenn man etwas nicht versteht, versucht man, es zumindest zu erklären. Vor einigen Jahren in Stuttgart fand z.B. eine Konferenz statt, die Professor Eberhard Jäckel einberufen hatte. Er grübelte auch. Und als Historiker hat er die Frage gestellt: Wie kam es zur Entschlußbildung? Natürlich gab es darin auch keine Antwort. Es gab eher ein Argument über diese Entschlußbildung. Denn Eberhard Jäckel behauptete, das könnte ja nur von Hitler befohlen worden sein. Und Professor Broszat — jetzt verstorben — antwortete: „Nein, das war ein Automatismus. Das ist von selbst gegangen."

Ich habe mir das alles in Stuttgart angehört, und das Wort „Automatismus" ist mir im Gedächtnis geblieben. Im Gegensatz dazu glaube ich wirklich, daß Hitler diesen Befehl gegeben hat. Nur hat er es nicht einmal, sondern viele Male gemacht und vielleicht nicht ausdrücklich. Und es gab selbst im Entschluß, in dieser Zeit, in diesen Monaten eine Entwicklung; d.h. der Entschluß selbst war nicht eine einzige Tat. Man kann nicht sagen: Es ist am 1. Februar 1941 passiert. Obwohl er damals geäußert hatte, daß die Juden nicht mehr emigrieren könnten, daß selbst die afrikanische Insel Madagaskar nicht mehr für diesen Zweck vorhanden sei. Er würde zwar die ganze deutsche Flotte mit den Juden hinschicken — soviele wären es ja nicht —, aber dann würden die Engländer diese Schiffe torpedieren. Zu diesem Zeitpunkt trug er sich bereits mit weniger freundlichen Gedanken.

Man weiß, daß ihm schon am 1. März 1941 ein gewisses Dokument vorgelegt wurde. Es hatte zuvor schon monatelang auf seinem Tisch gelegen: „Behandlung der Zivilbevölkerung in Rußland nach dem Angriff ‚Fall Barbarossa' ". Aber erst da hat er sich das zum ersten Mal durchgeschaut und sagte dann: „Es muß noch etwas hinzugefügt werden". Er meinte die jüdisch-bolschewistischen Hauptleute müßten beseitigt werden. Und damit hat das angefangen.

Was sind aber aber jüdisch-bolschewistische Leute? Wer kann das interpretieren. Es kam so zu dem Generaloberst Jodl vom Wehrmachtsführungsstab. Und der sagte: Naja. Hitler meinte auch, daß man das Heer damit nicht belasten könnte. Es müßten also Organe der SS und Polizei eingeschaltet werden. Und wie wir wissen, waren diese ersten Organe die sogenannten Einsatzgruppen des Reichssicherheitshauptamtes, also Gestapo, Kriminalpolizei, SD und SS.

Wir wissen auch, daß am 22. Juni 1941, als diese Operationen begonnen hatten, selbst die Einsatzgruppen sich nicht im Klaren waren, was von ihnen erwartet würde. So sehen wir eine Entwicklung, die monatelang dauert. Bis man die Leute „ordentlich" tötet.

War das ein Automatismus? Ich glaube nicht. Denn das, was man Automatismus nennt, ist in Wirklichkeit, eine ganze Serie von Entscheidungen, vielen Entscheidungen, von vielen Leuten, Initiativen. Und das heißt genau gesagt, daß die Bürokraten — am Schreibtisch oder im Felde — nicht nur Gehorsam und alle anderen Tugenden eines Verwaltungssystems hervorbrachten, sondern daß sie auch darüber nachdenken mußten, daß sie in verschiedenen Fällen dazu Stellung nehmen mußten, daß sie darüber Erklärungen abgeben mußten. Das waren nicht Automaten, das waren denkende Männer.

Was heißt eine Initiative, ein Vorschlag? Diese Vorschläge kamen ja massenhaft aus der Bürokratie: eine neue Steuer, eine neue Behandlung von Mischlingen ersten Grades. Und nicht jeder Vorschlag wurde angenommen. So z.B. wollte die Sicherheitspolizei in Holland, daß Leute, die als Juden mit Nichtjuden verheiratet waren, Beweis bringen, daß einer von dem Ehepaar keine Kinder haben konnte. Und dieser Beweis konnte durch eine Sterilisierung erbracht werden. Also das war so eine Erfindung der Sicherheitspolizei in Holland, sie wurde aber vom Reichssicherheitshauptamt in Berlin abgewiesen. Warum? „Weil solche Sachen zuerst in Deutschland entwickelt werden müssen. Das Reich muß hier maßgebend sein, vorbildlich. Solche Sachen dürfen nicht zuerst in okkupierten Gebieten angewandt werden."

Das Ghetto von Lodz.

Nehmen wir ein anderes Beispiel, von einer Initiative, die nicht angenommen wurde: Das war im Justizministerium und es handelte sich eigentlich um eine ganz winzige Angelegenheit. Es gab sogenannte Arisierungen. Eine Arisierung war eine Übertragung jüdischen Vermögens — eines Ladens, einer Fabrik — an arische Käufer. Manche dieser Arisierungen wurden noch vor November 1938 so friedlich, unter Halbzwang vollendet, andere waren sogenannte Zwangsarisierungen. Das wurde gesetzlich geregelt. Das Wirtschaftsministerium sagte: Der Jude soll sicher nicht mehr als die Hälfte des Wertes bekommen. Denn für solche Sachen wie ,,good will", d.h. Patente und ähnliche Sachen, bezahlt man nicht. Auch soll der Arisierungsgewinn, d.h. der Arier, der etwas zur Hälfte bekommen hat, mußte den Unterschied zwischen dem aktuellen Wert und dem Wert, den er bezahlt hat, als Steuer dem Reich entrichten — die sogenannte Arisierungssteuer. Da wurde aber nicht kleinlich vorgegangen. Für die Leute, die diese jüdischen Geschäfte erworben haben, fiel natürlich Profit ab.

Dann kam aber noch das Justizministerium und sagte folgendes: Es handelt sich bei Arisierung nicht nur um die Entfernung des jüdischen Einflusses in der Wirtschaft, sondern auch — sagten sie — um die Ausmerzung des jüdischen Namens. Da war eine Fabrik, die hieß ,,Rosenthal" — Porzellan. Im Justizministerium gab es einen Ministerialrat namens Herbert Kühnemann — also dieser Name ist ganz sicher unbekannt — und der hat gesagt: ,,Die Ausmerzung des jüdischen Namens, das ist sehr wichtig!" Und die Parteikanzlei sagte: ,,Ja, das ist eine gute Idee! Das befürworten wir." Aber die deutsche Industrie wollte das nicht. Das Wirtschaftsministerium wollte das nicht. Keiner wollte das. Warum denn? Der Krieg wird doch einmal zu Ende sein, und dann wird das Rosenthal-Porzellan, das doch weltberühmt ist, wieder ins Ausland verkauft. Diesen Namen wird man doch nicht wegwerfen. Also Kühnemann hatte verloren — zu seinem Glück, denn nach dem Krieg wurde er ja der Präsident des Bundespatentamtes. Eine Karriere.

Ich muß schon sagen, wenn hier irgendwelche Rechtsanwälte sind, daß ich in keinem Fall das Datenschutzgesetz verletze. Alles, was ich Ihnen heute erzähle kommt aus Dokumenten in den Vereinigten Staaten oder anderen Ländern, nicht aus der Bundesrepublik. Was Karriere des Ministerialrats Kühnemann anbetrifft, darüber hat er selbst geschrieben. Das ist in ,,Wer ist wer" zu finden.

Sind das die Täter? Ja, aber es waren Schreibtischtäter. Es gab aber auch Täter im Feld. Dort war die Sache nicht so ,,komisch". Nehmen wir dieses Jahr 1941: die Entschlußbildung. Als diese Einsatztruppen in Rußland einrückten, waren sie ja nur etwa 3000 Mann stark. Na, wie können 3000 Mann fünf Millionen Juden umbringen? Faktisch ist das unmöglich. Alles konnte natürlich versucht werden. Aber da waren — das können Sie sich vorstellen — sehr große Schwierigkeiten dabei, denn jeder Gestapo-Mann, Polizist, oder wer immer, war sich doch bewußt, daß er nicht Mörder war. Was macht man da? Zuerst einmal erschießt man Männer. Jüdische Männer sind wahrscheinlich, wenn auch keine Partisanen, vielleicht Partisanenhelfer, und wenn nicht Partisanenhelfer, zumindest potentielle Helfer. Die können dann standrechtlich und ordnungsmäßig erschossen werden.

In diesen Einsatztruppen gab es Juristen. Der Obersturmbandführer Kröger aus Riga, Volksdeutscher, der hat sogar die Juden angesprochen und hat ihnen erklärt, weil sie völkerrechtlich — völkerrechtlich! — erschossen werden müßten, hat er ihnen die Gründe gegeben, und dann hat er sie erschossen. Das war ein *denkender* Mensch. Der hatte das Doktorat in Jura und auch als Philosoph erkoren, also ein ganz gescheiter Mensch. Es gab aber auch einfachere Menschen, z.B. die Polizisten der Ordnungspolizei, Reservisten und was immer. Es gab solche Regimenter der Ordnungspolizei in Rußland schon fast am Anfang — Polizeiregiment Nord, Polizeiregiment Mitte, Polizeiregiment Süd. Das Polizeiregiment Mitte wurde von dem Oberst Max Montua befehligt. Montua war ein Bauernsohn. Er war etwa 55 Jahre alt. Das war für ihn keine leichte Aufgabe. Aber irgendwie mußte doch geschossen werden. So hatte die Polizei Bataillone angewiesen, sehr ,,vorsichtig" zu sein. Jetzt sollte man sich auf jüdische Männer, nur in einer Altersgruppe zwischen etwa 17 und 45 — beschränken. Es ist sehr wichtig, sagte er dem Kommandeur seiner Bataillone, daß nach so einer Erschießung, die Männer kamaradschaftlich über die Ereignisse des Tages sprechen, damit sie das seelisch überwinden können. Es gab aber, als die Einsatzgruppen weitergingen, eine sehr große Zahl von Juden in Weißrußland, in der Ukraine, die fast unangetastet waren, es sind vielleicht 5 Prozent von ihnen erschossen worden, und die 95 Prozent sind übriggeblieben. Die wurden dann ghettoisiert, und diese Befehle kamen rasch, die Ghettos wurden rasch angepackt. Manchmal geht es nicht, z.B. in einer Stadt in der Ukraine, wo das Militär ein Ghetto errichten wollte. Gleich kam der höhere SS-Polizeiführer und hat die Juden erschossen, ehe man dazu kam, dieses Ghetto fertigzubringen. Aber für gewöhnlich ging das ziemlich ordnungsmäßig vor sich.

Aber die Schießer hatte man noch nicht. Wer hat geschossen? Wer sollte Schießen, und wer sollte erschossen werden? Darüber war noch keine Klarheit. Jüdische Männer, Kommissare, Geisteskranke — na ja, wenn man in Deutschland die Geisteskranken vergaste, könnte man doch die russischen Geisteskranken erschießen, das ist logisch, sinngemäß. Aber Frauen und Kinder? Was macht man mit diesen Frauen und Kindern? Aber wenn man die Männer erschießt, konnte man doch die Frauen und Kinder nicht sich selbst überlassen. Die können sich doch nicht ernähren. Aber Deutsche machen solche Sachen nicht.

Anfang Oktober 1941 wurde das Problem in Weißrußland akut. Man hatte einige Bataillone von sog. Schutzmannschaften aus kriegsgefangenen Ukrainern gebildet. Man wollte keine weißrussischen Helfer, denn zuerst dachte man, die würden damit nicht klarkommen. Aber mit diesen Ukrainern war es auch nicht zu schaffen, es waren einfach nicht genug. Dann kam das 11. Reservebatallion der Polizei aus Litauen nach Minsk. Der Kommandeur dieses 11. Batallions war ein Major der Ordnungspolizei. Er hieß Lechthaler und wurde auch in der Bundesrepublik vor Gericht gestellt und auch verurteilt — drei Jahre. Wer war dieser Lechthaler? Was für ein Mann war das? Eigentlich ein ganz gewöhnlicher Polizeioffizier. Er wollte keine große Karriere. Er schwärmte nicht von Ruhm. Er war Kriegsteilnehmer im Ersten Weltkrieg. Er war

schon über 50. Er dachte, daß er mit dem Polizeibatallion, das er befehligte schon die Höhe dessen erreicht hatte, was er erhoffen konnte. Als Unteroffizier im Ersten Weltkrieg war er 1917/18 in Rußland. Und als dann Deutschland an der Westfront zusammenbrach, gab es sogenannte Soldatenräte, ähnlich wie die Sowjets. Er war in so einem Rat tätig, das heißt heutzutage ,,links" tätig. Und als irgendwelche Offiziere davon sprachen, man müßte durchhalten, war er dagegen. Er war gegen das Durchhalten. Nach dem Krieg wollte er Maler werden, nicht Kunstmaler, sondern nur Maler. Das ging auch nicht. So fand er Beschäftigung bei der Polizei. Aber die Beförderung war sehr langsam. Als dann Hitler an die Macht kam, ging es noch langsamer. Warum denn? Weil er eben auch diesen Räten schon bekannt war. Man wußte, was er 1918 geschafft hatte. Daß er es also bis zum Major brachte, das war schon direkt ein Wunder. Dieser Lechthaler war schon über 50, wurde dann Anfang Oktober 1941 nach Minsk abkommandiert. Er nahm dieses Reservebatallion mit ein paar Kompanien von litauischen Schutzmännern mit, und wie er sich erinnerte, wurde er von einem Offizier der Wehrmacht empfangen. Den Namen wußte er nicht richtig, und selbst das Gericht konnte das nicht genau herausfinden. Er muß ganz erschrocken gewesen sein, als er in Minsk anlangte. Das Erste was er sah, waren drei Menschen, die gehänkt wurden — und zwar vom Heer. Als er dann mit einem Oberstleutnant sprach, wurde ihm befohlen, irgendwelche Leute in gewissen Dörfern, die von Partisanen besetzt worden wären zu erschießen. Da sagte er dem Gericht, er habe dagegen protestiert. Sie können sich diese Szene vorstellen: Ein Polizeimajor vor einem Gericht hier in der Bundesrepublik sagt: ,,Das war nicht meine Initiative, das war das Militär. Man hat mir befohlen, ich solle diese Leute erschießen. Ich bin ein ganz gewöhnlicher Polizist. Was will man denn von mir? Ich bin ja kein Mörder." Für das Gericht war das ganz sicher eine sehr schwere Aufgabe. Denn jahrelang hat man geschrieben, daß Mord SS-Sache, Polizei-Sache wäre vielleicht, aber nicht Militär-Sache.

Sie kennen doch die Geschichte von Bitburg. Das war ein Skandal, weil man sagte es seien dort SS-Leute dort begraben und der Präsident der Vereinigten Staaten ging hin. Wenn's nur Soldaten gewesen wären, wäre es vielleicht was anderes.

Das Gericht wußte, daß in Weißrußland eine einzige Division des Heeres zurückgeblieben war, um dort die große Fläche von Baranovice bis Minsk zu patroullieren. Das war die 707. Division. Die wurde erst im Jahre 1941 aufgestellt, hatte nur zwei Regimenter und war überaltert. Der Kommandeur dieser Division war noch am Leben. Der Oberstleutnant, mit dem Lechthaler gesprochen hatte, war gefallen. Also man wußte nicht genau, wer das war. Der Kommandeur, der noch am Leben war, sagte dann aus: Ja, er habe dunkel in Erinnerung, daß dieser Polizeimajor, oder Oberstleutnant, er wisse nicht genau, was er war, mit Litauern gekommen sei. Naja, und der hat so ein bißchen darumgeschossen ... Dunkle Erinnerungen ...

Wer war dieser Kommandeur? Generalmajor Gustaf Freiherr von Mauchenheim, genannt von Bechtolsheim. Das habe ich schon aus den Mikrofilmen in den Vereinigten Staaten. Aber über den Mann wußte ich kaum etwas. Ich habe einen Freund, im Nationalarchiv der Vereinigten Staaten gefragt, ob er etwas über ihn weiß. Denn ich wußte von meiner früheren Tätigkeit in Washington, daß wir dort alle Personalbogen deutscher Offiziere hatten, und zwar die Originale. Die haben wir dann in den 50er Jahren zurück nach Deutschland geschickt, damit hier die Bundeswehr mit diesen Offizieren aufgebaut werden konnte. Aber, was

ich nicht wußte, ist, daß wir diese Personalakten mikroverfilmten, und daß wir diese Filme noch haben. ,,Na," sagte ich, ,,kannst Du mal den Bechtolsheim finden?" Da sagte er: ,,Das waren drei oder vier von denen. Die waren alle Generale." Da hatten wir schon den richtigen gefunden.

Er war kein Held. Er war sogar für das Kommando einer Kampfdivision nicht ganz geeignet. Er war — so sagte man über ihn — nicht tatkräftig genug. Dieser Mann war im Jahre 1941 52 Jahre alt, für einen Generalmajor nicht mehr so jung. Er war der Sohn eines Generalmajors. Das ist eine Offiziersfamilie. Der 1a, der mit den Operationen beschäftigt war, der Oberstleutnant, der zu Lechthaler sprach, war Oberst Fritz Wedig von den Osten. Er ist gefallen. Diesen Namen habe ich auch aus amerikanischen Dokumenten.

Was ist da vorgegangen? Das wissen wir erst jetzt aus einem Archiv in Minsk, Weißrußland. Dort wurden wir als Amerikaner empfangen, und zwar erst vor einem Jahr. Ich war selbst dort. Dort fand ich die ganze Geschichte. Die ist jetzt im Mikrofilm zuhause bei mir. Da ist in den Originalen zu lesen, wer dieser Bechtolsheim ist. Da ist auch seine Unterschrift, handschriftlich. Ich gebe Ihnen hier einige Beispiele. Denn die Frage ist ja immer: Wer sind diese Leute? Was für eine Art Leute sind das? Wer ist verantwortlich? Welche Gedankengänge gehen durch diese Köpfe? Was ist mit denen? Fast jeden Tag hat Bechtolsheim Meldung gemacht. Seine Befehle sind ganz offen ausgedrückt, militärischer Art. So, daß sie nicht wie die SS-Befehle unverständlich sind. Die sind *ganz* verständlich.

Am 10. Oktober hat er damit angefangen, das sogenannte ,,flache Land" von Partisanen zu säubern. Er hat dazu Befehle gegeben, und zwar solche: ,,10. Oktober. Zigeuner sind beim Aufgreifen sofort an Ort und Stelle zu erschießen." Das ist ein Satz. Warum, wird gar nicht erklärt. Es ist selbstverständlich. Mit den Juden ist es ähnlich. Die müssen aus dem flachen Land entfernt werden. Ganz einfach. So schreibt er über die Aufgaben zweier seiner Batallione, das ist das Heer: ,,Man muß Streifen einsetzen und anläßlich dieser Streifen ist dafür zu sorgen, daß die Juden restlos aus den Dörfern entfernt werden. Es bestätigt sich immer wieder, daß diese die einzigen Stützen sind, die die Partisanen finden, um sich jetzt nocht über den Winter schützen zu können. Ihre Vernichtung ist deshalb rücksichtslos durchzuführen. Von Bechtolsheim".

Es ist dieser selbe General, der dann dem Lechthaler sagte: Er hatte Befehle, er wurde der Division zugeteilt, obwohl es Polizei war, und er muß diese Befehle ausführen. So schreibt er am 16., daß ,,am 9., 10., 11. unter der Leitung Abwehraußenstellen in Minsk" — das ist das Heer — ,,mit der Pionierkompanie 707, geheime Feldpolizei, Reservebatallion 11" — wird genau erwähnt — ,,und einer litauischen Schutzmannschaft im Raume Rudesk ein Großaktion durchgeführt wurde. Dabei wurden 800 Partisanen, Kommunisten, Juden und sonstiges verdächtiges Gesindel aufgetrieben und erschossen." Das Morden war schon so fortgeschritten, daß er folgendes hinzufügen mußte, und zwar über russische Funker:

„Russische Funker dürfen nicht erschossen werden." Die mußte man zuerst ausfragen. Jetzt sehen wir hier etwas: Es war in Weißrußland der General von Bechtolsheim, der der Polizei den Befehl erteilte, die Juden, die Zigeuner und natürlich die Partisanen zu erschießen.

Da gab es eine kleine Stadt, die hieße Sluzk. Dort war ein Ghetto. Dort wurde am 27. Oktober eine Aktion durchgeführt. Nun diese Aktion lag natürlich in seiner Verantwortung des 11. Polizeibatallions und der litautischen Schutzmannschaft, zwei Kompanien. Es gab dort einen sogenannten Gebietskommissar, und ich muß sagen, daß die zivilen Kommissare, die die Kreise und Bezirke von Weißrußland und auch Ukraine befehligten, alle Parteimänner waren, manche waren SA. Sie wissen doch, die SA hatte nach Kriegsausbruch überhaupt nichts zu tun, also hat man sie dort so eingesetzt, damit sie doch einen Posten haben können. Der Gebietskommissar Karl schrieb an den Generalkommissar Kube, einen ehemaligen Gauleiter: Das, was dort in Sluzk zugegangen ist, ist kaum zu beschreiben und gräßlich gewesen. Kube hat das dann dem Gauleiter des Ostlandes Hinrich Lose auch zugeschickt. Das war, so sagte man ein Skandal. Das war keine Aktion mehr, das war direkt eine Revolution. Sein deutscher Polizeihauptmann, der unter Lechthaler Dienst machte, nämlich Papen, Kurt, sagte auch — so sagte man — die Litauer wären Schweine gewesen. Also Übersetzung: Deutsche würden sowas nie machen.

Ich glaube es waren etwa 55 000 jüdische Opfer der Aktionen, die von Bechtolsheim eingeleitet und befohlen wurden. Das war selbstverständlich unter den Milliondreihunderttausend, die in diesen Operationen umkamen, ein kleiner Bruchteil. Es ist nur ein Beispiel von einem Gedankengang, der noch immer unerklärlich ist.

Der Bechtolsheim — natürlich war er viel älter, als dann Lechtaler vor Gericht stand. Er selbst war nicht einmal verdächtigt. Er war doch General des Heeres. Die Sowjetunion hatte diese Dokumente dem deutschen Gericht gar nicht übergeben. Höchstwahrscheinlich, weil sie diese Dokumente selbst nicht gefunden hatte. Wo waren sie denn? Die Berichte der 707. Division sind aufbewahrt in einer Sammlung der Haupteisenbahndirektion Mitte. Natürlich hat das Heer diese Dinge vernichtet. Aber die Eisenbahn sagte sich auch: Das lassen wir einfach zurück. Und man sieht genau, wie die Eisenbahner diese Berichte gelesen haben. Denn was die Eisenbahner dort sichteten, das haben sie unterstrichen. Das war immer Bahnschutz. Also wenn Partisanen die Bahn angegriffen haben, dann war das wichtig. Deshalb haben sie diese Berichte bekommen. Aber die Judenerschießungen, das waren ... na ja, täglich, jeden Tag ist das vorgekommen. Darüber braucht man nicht zu sprechen, das ist selbstverständlich.

Lechthaler sagte, ohne zu lügen, daß er sich selbst die Aktion in Sluzk nicht anschauen konnte. Man hatte eine Sprachweise bei der Polizei, im Heer und der SS. Es waren Offiziere, die „hart" waren und es waren „weiche". Die, die bei diesen Aktionen nicht zuschauen wollten, die die weggelaufen sind, das waren die „weichen". Major Lechthaler, obwohl er dann Oberstleutnant wurde, war einer der „weichen". Er wollte sich das nicht anschauen. Er war weder neugierig, noch hatte er davon eine Genugtuung. Er war darin verwickelt. Er wollte es nicht. Mußte es aber doch machen, nicht wahr? Auf jeden Fall haben es doch die Litauer gemacht. Und die waren doch Schweine.

Ist es ein Wunder, daß die Deutschen anständig geblieben sind? Sie waren ja immer anständig. Muß man darüber grübeln, ob irgendein Wahn in den Gehirnen der Täter auftauchte? Muß man Psychologen heranziehen? Müssen Philosophen uns die Sache erklären? Selbstverständlich habe ich keine Erklärung. Ich weiß nur, daß das nicht italienische Generale gemacht haben. Ich weiß nur, daß es eben die Deutschen waren, die das entweder hinnahmen oder sogar befohlen haben und sich dann kaum noch daran erinnern konnten, wenn Bechtolsheim die Wahrheit sagte — und das ist natürlich fragwürdig. Das wichtige an der Sache ist: Keiner dachte daran, daß der Urheber des Todes von 45 000 Juden ein deutscher General war, aus einer Offiziersfamilie. Genauso dachte kaum einer, daß sogar Ordnungspolizei ärger — ärger! — als Gestapo sein konnte. Genauso dachte man nicht daran, daß die Eisenbahner drei Millionen Juden in den Tod beförderten, und zwar direkt in den Tod. Genauso dachte man nicht daran, daß in den Finanzämtern der jüdische Nachlaß bearbeitet wurde, und daß die Arbeit „selbstverständlich notwendig gewesen ist", aber Mord, war das doch nicht. Dreimal sah ich das Wort „Nachlaß" in den Finanzakten: „Judennachlaß".

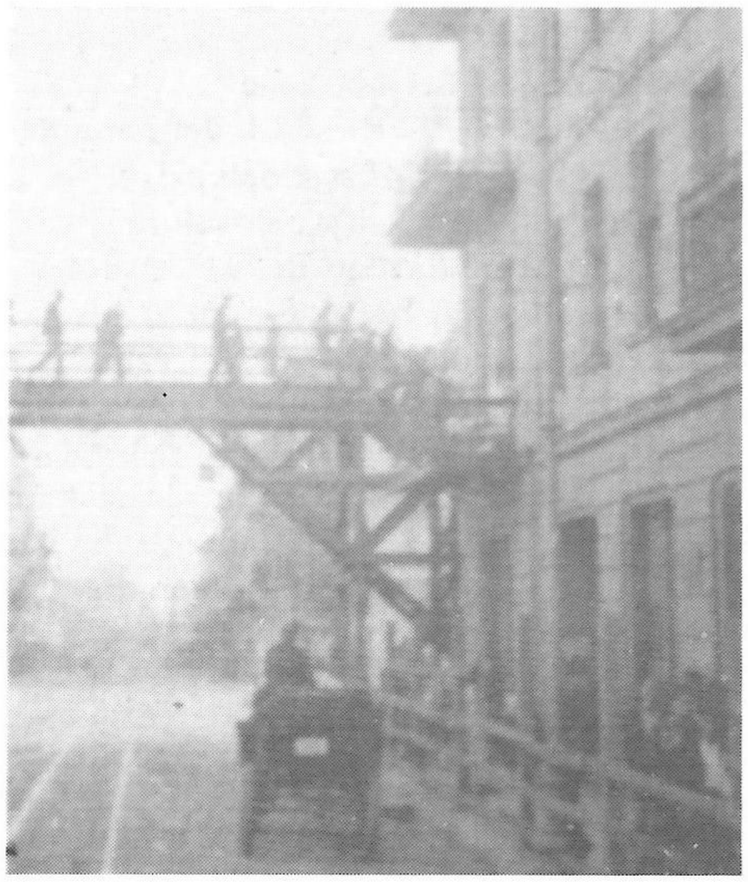
Wo ist die Linie? Wo ist die Trennungslinie zwischen Täter und Zuschauer? In Leipzig fand ich Akten einer Versteigerung, die Habseligkeiten der deportierten Juden wurden an die Bürger Leipzigs versteigert. Jeder Einkauf wurde mit Namen und Reichsmarkkosten sorgfältig eingetragen. Was dachten die Leute, als sie diesen ganzen Kram kauften? Sicher sind sie doch keine Täter? Wie konnten sie denn Täter sein? Diese Leute waren ja schon tot. Was sollte man mit diesen Habseligkeiten überhaupt machen?

So ist es, daß keiner eigentlich damit etwas zu tun hatte. Das ist der Automatismus. Es ist eine Reihe von Entscheidungen. Ganz kleine Entscheidungen, die aber im Ganzen und im Großen ungeheuer geworden sind. Das Richtige an der Sache — glaube ich — ist nicht nur ein Befehl von Hitler, den kaum jemand verstehen konnte. „Ja was meinte er denn bei Beseitigung?" Man konnte die Befehle kaum verstehen. Man hat die Männer schon erschossen. „Ja, ja, machen wir." Dann kamen weitere Befehle und man verstand sie nicht.

Der Sturmbandführer Magill, ein richtiger SS-Mann, Befehlsmann einer reitenden Abteilung, einer SS-Brigarde, wußte gar nicht was mit diesen Befehlen anzufangen, denn sie waren, nicht so klar. Das ist etwas ganz interessantes an der Sprache hier: Was heißt das Wort „Jude"? Wissen Sie, daß im Felde die Gestapo sagte: Juden sind Männer, Frauen sind doch nicht Juden. Und da hat Himmler selbst an die reitende Abteilung dieser SS-Brigarde einen Befehl geben müssen, und zwar am 1. August 1941: „Juden sind zu erschießen und Jüdinnen sind in die Sümpfe zu treiben." Magill hat dann zurückgeschrieben, daß die Sümpfe dazu leider nicht geeignet waren, die waren nur einen Meter tief. Aber immerhin hat er 68 jüdische Plünderer erschossen.

Es ist also nicht blinder Gehorsam. Es ist das Verständnis. Es ist nicht einmal der Befehl sondern die Initiative, die man studieren muß. Wer hat diese Befehle gegeben? Wer hat diese Entscheidungen getroffen? Wie viele haben solche Entscheidungen gemacht? Es waren tausende und abertausende von Entscheidungen und tausende und abertausende von Tätern. Wenn ich darüber in Amerika spreche, sagt man: Das sind eben die Deutschen. Wenn ich aber hier so eine Auslegung unterbreiten muß, wenn ich Euch anschaue, dann muß ich mir sagen: Ihr seid, die meisten von Euch, Söhne und Töchter oder Enkel. Und wahrscheinlich wissen Sie nicht persönlich, was damals zustande gebracht werden sollte. Das ist etwas wirklich schwieriges. Der überlebende Jude kann seinem Sohn, seiner Tochter, seinen Enkeln erzählen. Er kann sagen: So ist es gewesen, er hat sogar Bücher geschrieben in jüdischer Sprache „Asoj is es gewejn", das heißt „So ist es gewesen", aber für einen Deutschen ist das fast unmöglich. Darin ist die eigentliche Teilung Deutschlands noch nicht überwunden. Jahrelang sah ich West- und Ostdeutschland getrennt. Ich habe mir immer gesagt: Das ist nicht wirklich eine Trennung, denn die wirkliche Trennung ist zwischen den Vätern und den Söhnen. So überwindet man die Vergangenheit.

Ich danke Ihnen. ■



Das Ghetto von Lodz.

links-INTERVIEW

Gespräch mit Raul Hilberg

Sie haben 1961 in den USA ein Buch veröffentlicht, das erst 1982 in deutscher Übersetzung erschien: „Die Vernichtung der europäischen Juden". Es hatte den Untertitel: „Die Gesamtgeschichte des Holocaust". In der Taschenbuchausgabe von 1990 ist dieser Untertitel nicht mehr enthalten. Gibt es dafür einen speziellen Grund?

Der Grund dazu ist, daß Herr Wolter, der Verleger in Berlin, meinte, die Deutschen können nichts verstehen, wenn etwas nur in einem Titel ist, man muß ihnen alles erklären. „Die Vernichtung der europäischen Juden" ist die direkte Übersetzung aus dem Englischen. Ich selbst habe das Wort „Holocaust" nie gebraucht. Das hat Herr Wolter eingefügt und nicht ich. Er hat auch noch anderes eingefügt und zwar immer in den Titel. Damit das deutsche Publikum verstehen kann, worüber ich spreche. Jetzt haben wir alle diese Hinzufügungen wieder herausgenommen.

Verwenden Sie denn das hebräische Wort „Shoah"?

Auch nicht. Ich spreche in meinem Buch fast immer von der „Vernichtung der europäischen Juden".

Ihr Werk endet wie 1990 mit den Sätzen: „Das Judentum sieht sich dem letzten Waffenaufgebot gegenüber. Es verfügt über wenige Abschreckungsmittel. Die Juden können jetzt freier leben. Sie können auch schneller sterben. Der Gipfel ist in Sicht. Unten hat sich ein Abgrund aufgetan." In der Ausgabe von 1982 schließt der Satz an: „In einem umfassenden Sinne sind dies die Aussichten, die in unserem gefährlichen Jahrhundert der gesamten Menschheit bevorstehen." Dieser Satz ist nun gestrichen. Warum?

Das letzte Kapitel ist selbstverständlich sehr schwierig, weil es über die heutige Zeit geschrieben ist. Vor dem Jahre 1933 konnte man mit Kompromissen weiterleben. Auch wenn man nicht gerade Gleichheit hatte, konnte man doch unter jedem Gesetz, egal mit welcher Existenz, leben. Jetzt muß man bedenken, daß die Vernichtung wichtigste Werte in Frage stellte. Man kann entweder nur als Gleichberechtigter oder aber in großer Gefahr leben. Sonst gibt es keine Mittelwege mehr. Denn wenn man annimmt, daß man das machen kann und das nicht, daß das erlaubt ist und das nicht, ist man schon in Gefahr. Heutzutage sieht man das ein, verschiedene Regierungen sehen das ein. Sie haben auch aus diesem Grunde die Gleichheit aller Menschen anerkannt. Gleichzeitig aber muß zugestanden werden, daß mit heutigen Methoden viel mehr Unheil angerichtet werden könnte. Wenn sich heute eine Regierung die Aufgabe stellen würde, einen Teil der Bevölkerung nicht nur zurückzudrängen, sondern ganz aus dem Wege zu räumen, so wäre das heute viel leichter als vor fünfzig Jahren. Das ist es, was die Welt bedroht.

Ich habe diesen letzten Satz dann deshalb wieder weggelassen, weil der Kalte Krieg zu Ende ging und ich dachte: vielleicht ist doch wieder etwas mehr Hoffnung als Gefahr zu registrieren. Aber das ist eine Ungewißheit in meinem Kopf.

Deutschland hat schon gezeigt, was möglich wäre, und da kann man vieles nachahmen. Als Beweis, als Phänomen, als Geschichtsbeispiel bleibt dies immer.

In dem Interview mit Alfons Söllner sprechen Sie davon, daß Sie sich zwar nicht auf Franz Neumanns „Behemoth" direkt beziehen, aber diese Untersuchung doch eine Grundlage für Ihre Arbeit darstellte. Sie gehen aber nun viel tiefer, weil Sie unter die Herrschaftseliten, Wirtschaft, Verwaltung, Heer und Partei, die Neumann als Stütze des NS-Staates benennt, eine „deutsche" Mentalität legen. Sie sprechen z.B. davon, daß „Der deutsche Täter kein besonderer Deutscher war". Wenn man dagegen den altbekannten Spruch setzt, daß der größte Teil der deutschen Bevölkerung „nichts gewußt habe", wie ist dann diese „Differenz in der Mentalität" zu sehen? Welche Unterschiede bestehen zwischen Neumann und Ihnen?

Es gab eine Differenz. Neumann war von Hause aus, also von Frankfurt aus, ein Sozialist. Er glaubte an Gewerkschaften, glaubte an die Arbeiterbewegung. Er hat vielleicht als erster anerkannt — vielleicht nicht als Marxist, aber immerhin als Schüler von Larsky —, daß in Regierungsschichten Unternehmen nicht ausgeklammert bleiben dürfen, daß besonders in der Hitler-Zeit große Firmen auf eigene Faust an dem Verbrechen mitwirkten. Das war für mich sehr wichtig. Seine These von vier solchen Säulen war sehr wichtig, was auch nach dem Krieg in den Nürnberger Prozessen deutlich wurde. Sogar die Dokumente wurden dort so eingeteilt. Darin sah ich einen wissenschaftlichen Fortschritt. Aber auch deswegen sagte ich mir, wenn auch viele Leute — man sagte immer die Mehrheit — nichts wußten oder wenig wußten, aber doch vieles ahnten, so muß man nur in die Bürokratie eindringen und sieht jede Schicht an der Arbeit. Nehmen Sie z.B. die Ordnungspolizei, der Schupo von der Straße, oder nehmen Sie die Reichsbahn. Diese Eisenbahner waren sozusagen nicht Nationalsozialisten, das war keine ideologische Organisation, das war nicht das Reichssicherheitshauptamt. Dennoch haben sie den Großteil der Opfer zur Hinrichtungsstätte gebracht und: *bewußt*. Wer waren diese Leute? Das hat auch nichts damit zu tun, wie viele es waren, sondern damit, daß wer immer für diesen Zweck gebraucht wurde, sich dazu hergeben konnte. Das war das Wichtigste. Denn die ganze Maschinerie, die Verwaltung, war keine Sache, wo sich dieser oder jener dazu gemeldet hatte. Doch immer wenn jemand gebraucht wurde, war er bereit, mitzuwirken. In jeder Organisation, ich meine in absolut jeder, haben alle bis auf wenige Ausnahmen mitgewirkt.

Häufig wird argumentiert, die Juden hätten sich dem Vernichtungsprozeß widerstandslos ergeben. Unterstellen wir einmal, diese Aussage sei nicht als Denunziation oder „Entschuldigung" für eigenes Verbrechen der Deutschen gemeint, so wird damit gesagt, selbst wenn der Kampf aussichtslos gewesen wäre, hätte er aus Gründen der moralischen Selbstachtung geführt werden müssen. Marek Edelmann aber, der führend am Aufstand im Warschauer Ghetto beteiligt war, soll einmal gesagt haben, daß es leichter gewesen sei zu schießen als schweigend in den Tod zu gehen. Der Tod in der Gaskammer besitze die gleiche Würde wie der Tod im Kampf.

Marek Edelmann hat recht. Denn das Nichtkämpfen war eine Strategie und das hat nichts mit Feigheit oder Mut zu tun gehabt. Man sagte sich in den verschiedenen Jahrhunderten in Polen, in Deutschland, überall: wenn man Widerstand leiste, dann wür-

de es noch ärger werden. Es wurde angenommen, daß die Deutschen irgendwo halt machen würden. Vielleicht werden sie bei der Ausbeutung halt machen; vielleicht, daß nur die Alten und nicht die Jungen getötet würden. Es war eine Strategie, den „Kern" des Volkes zu retten. Man wollte keinen Grund liefern, damit dann die SS hätte sagen können: „Diese Juden müssen alle getötet werden, weil sie Widerstand leisten." Diesen Grund wollte man nicht liefern. Doch es wurde übersehen, daß die Deutschen diesen Grund gar nicht brauchten, weil sie sich schon entschlossen hatten, das Judentum zu vernichten. Es handelt sich also um eine Verkennung der deutschen Strategie.

Nun wenn Edelmann sagt: es war leichter zu kämpfen als wehrlos in die Gaskammer zu gehen, hat er vollkommen recht. Denn wer hat denn gekämpft? Es waren die Jüngeren, die keine Kinder hatten. Wann hat man in Warschau gekämpft? Es war im April 1943, als nur noch 60 000 Juden übrig waren. Nur ein Prozent davon waren Kinder. Da war das Kämpfen schon leichter. Denn nun mußte man sich nicht mehr sagen: Wenn gekämpft wird, müssen vielleicht auch die Kinder sterben. Die waren schon tot. Der Vater der Familie, der vielleicht schon als Frontkämpfer im Ersten Weltkrieg gekämpft hat, sagte sich: Ich könnte vielleicht da raus und schießen. Aber erstens mit was und zweitens was passiert dann mit meiner Familie? Das war z.B. ein Problem in Wilna. Dort gab es eine Untergrundorganisation unter den Juden und der Chef des Judenrates, selbst ein Offizier der litauischen Armee wußte genau, daß geplant wurde, Widerstand zu leisten. Aber den Führern der Widerstandsbewegung sagte er, daß sie abzuwarten hätten. Er war nämlich der Meinung: Wenn wir brav arbeiten, werden wir geschont; wenn ihr zu kämpfen beginnt, so werdet ihr euch vielleicht selbst retten, weil ihr in die Wälder fliehen könnt. Dann aber bleiben die anderen zurück. Und wenn einer zurückbleibt, ist das auch eine Tat. Denn individuell hat er das Schwierigste gemacht. Er hat sich entschieden, bei der Familie zu bleiben, was immer auch passieren wird. Deswegen sagt Edelmann, daß das Kämpfen leichter gewesen wäre und damit hat er recht.

In einer Diskussion in Frankfurt äußerten Sie auf die Frage, warum es zum Vernichtungsprozeß gekommen sei: „Wenn ich könnte, würde ich gern im Alter ein Buch schreiben mit dem Titel: ‚Jenseits des Rationalen und Irrationalen', denn darum handelt es sich wohl. Das ‚Warum' ist selbstverständlich die schwierigste Frage. Ich habe sie zu stellen unterlassen."

Ist diese Frage prinzipiell unbeantwortbar?

Das ist eine sehr schwierige Frage. Ob sie prinzipiell unbeantwortbar bleibt, weiß ich nicht. Wenn man aber annimmt, wie ich es tue, daß breite Schichten beteiligt waren, so heißt die Frage sicher: Warum? Wie kommt es, daß der Berliner Polizist oder der Berliner Reichsbahnrat oder jemand in einer Versicherungsgesellschaft oder in irgendeiner anderen Position immer mitgemacht hat? Wie erklärt man das? Man kann doch nicht sagen, daß jeder blöd ist, daß jeder verrückt geworden ist, daß jeder verblendet war. Alle diese Versuche scheitern an den Fakten selbst. Deswegen ist es sehr schwierig, etwas zu sagen, womit man dieses Ereignis erklären könnte. Ist es eine Art Rausch gewesen, ist es etwas Unerklärbares? Es ist deshalb unerklärbar, weil die Täter es selbst nicht erklären konnten. Man hat sie ja vor Gericht gefragt: „Warum haben sie das gemacht?" Niemand hat eine Erklärung abgeben können.

Nicht abgeben können oder nicht abgeben wollen?

Nein, sie konnten es wirklich nicht. Wenn sie es versucht haben, haben sie einfach abgeschrieben, was von den Psychologen schon während des Krieges geschrieben worden war, z.B. von Bettelheim u.a. Aus eigener Erfahrung konnten sie das nicht.

Ich möchte das Problem des Erklärens noch einmal aufnehmen. Saul Friedländer z.B. zieht dort eine Grenze. Er sagt, zur Shoah gibt es zwar kausale Erklärungen, aber wir besitzen keine Kategorien des Verstehens. Sie, wenn ich es richtig verstanden habe, gehen doch nun noch weiter, wenn Sie sagen, daß dieses Ereignis auch nicht zu erklären ist. Diese Grenze scheint doch schon ein methodisches Problem für den Historiker zu sein, der das Material sammelt. Was war für Sie der Grund? Das Sammeln der Dokumente allein kann es doch nicht sein, oder?

Doch. Denn schon von 1948 an, sagte ich mir, alles was ich bis dahin gelesen hatte, war für mich unbefriedigend gewesen. Ich konnte das so nicht schlucken. Da habe ich mir die Frage gestellt: wie hat sich dieser Vorgang zwischen 1933 und 1945 detailliert in allen Einzelheiten vollzogen und entwickelt? Als ich die ersten Dokumente versuchte zu analysieren, sah ich, daß es sich nicht um eine einzige Entscheidung handelte, sondern um viele tausende. Man muß bedenken, daß bis 1941 kein Plan und kein Entschluß vorlag. Dieser Entschluß kam nur, weil man sonst stecken geblieben wäre. Deswegen sagte ich mir, auch wenn ich nichts anderes leiste, ist es wichtig, die Sache wenigstens so zu sehen, wie sie die Täter selbst verstanden haben. Was waren diese Gedankengänge, die dann zur der Tat übergesprungen sind? Wie konnten sie sich selbst zurechtfinden? Ja, sie haben einen Weg gefunden. Aber die Frage: warum den, das ist eine viel tiefere Frage.

Doch eine Singularität?

Man könnte sagen, ja. Hier war eine historische Tat, die sollte unvergleichbar sein, als einzelne Tat.

Für wen unvergleichbar?

Für die Täter. Und das waren Deutsche, die haben schon Geschichte gelernt wie eben Hegel sie lehrte. Ob man jetzt links oder rechts steht, der Urgroßvater bleibt Hegel. Hegel sagte ganz deutlich, daß die Seiten der Geschichtsschreibung, die so gut wie nichts enthalten, die Seiten über den Frieden wären. Es ist die Geschichte der Täter.

Wenn man das „Warum" der Tat nicht erklären kann, kann denn dann überhaupt aus der Geschichte gelernt werden. Ist es nicht so, daß die Frage des Warums erst spätere Generationen dazu befähigen könnte, rechtzeitig einzugreifen?

Man kann schon lernen, aber es ist eben nicht alles zu lernen. Ich versuche einmal zu sagen, was schon gelernt wurde. Für Regierungen z.B., die nicht in die Rolle solcher Täter rutschen wollen, ist es sehr notwendig Diskriminierungen abzuschaffen. So hat sich z.B. der amerikanische Präsident Trueman im Jahre 1950 entschieden, das amerikanische Heer, das damals noch in Schwarze und Weiße aufgeteilt war, zu verändern. Er sagte ganz deutlich, daß er Diskriminierungen von Regierungsseite aus nicht dulden werde, weil man jetzt weiß, wo das enden könnte. Was sieht z.B. eine Minorität, zumindest die Judenschaft. Der Verfolgungswahn mag bei deutschen und anderen Völkern eine Krankheit sein. Für die Juden ist er eine Medizin. Wenn man sich z.B. fragt,

was für eine Strategie Israel befolgt, so sieht man, daß sie auf dem Holocaust-Erlebnis aufgebaut ist. Man darf sich auf die Welt nicht verlassen. Die Welt kommt einem nicht zur Hilfe. Das sieht man Heute. Wenn man über wenig Gewalt verfügt, so ist es besser, als überhaupt keine Gewalt zur Verfügung zu haben. Man muß sich wehren.

Sie beschreiben in Ihrem Buch die Verhaltensformen der jüdischen Bevölkerung. Sie sprechen dort von: ,,Anpassung an die Situation", von ,,Vorausahnen möglicher Konsequenzen", von ,,Appelle an die Nazis richten". Sehen Sie diese Verhaltensformen in direktem Zusammenhang mit dem heutigen Verhalten der israelischen Regierung?

Ganz sicher. Da gibt es kein Vielleicht. Das würde ich ganz sicher sagen.

In der Historikerdebatte spielte der Begriff der Historisierung eine bedeutende Rolle. Unter dem Aspekt der Wiedervereinigung kann sicher davon ausgegangen werden, daß dieses Kapitel noch nicht beendet ist. Ein Punkt in der Debatte war, Historisierung bedeute Relativierung, Normalisierung. Dan Diner sprach davon, daß die Historisierungstendenzen ein Legitimationsbedürfnis nach positiver Nationalgeschichte seien, die die nationalsozialistische Vergangenheit zwangsläufig relativieren würde. Einordnungen der deutschen Geschichte in ,,die Weltgeschichte" ließen dann weiter die Verbrechen der Nazis als eines unter vielen stehen. Wie sehen Sie in diesem Zusammenhang die Debatte?

Das ist ein Problem für Historiker. Ich sehe ein, daß dies ein Problem für Deutschland war, sozusagen ein nationaler Streit. Es st ja gerade die Diskussion, ob der Deutsche ein anderer Mensch ist und wenn er es ist, ob er es noch weiter geblieben ist. Nun, wenn etwas ganz besonders über die Deutschen in diesem Jahrhundert zu erwähnen wäre, so hat das nicht im Jahre 1933 angefangen und 1945 aufgehört. Der ,,Griff nach der Weltmacht" war schon 1914 und nicht erst 1941. Das aber beruht auf der Auffassung einer Besonderheit des Deutschen Volkes. Das ist ziemlich schwer in irgendeinem Zusammenhang zu nennen. Jedes Volk hat etwas Besonderes, hat seine Fehler und Erfolge. Für den Historiker, d.h. besonders für den deutschen Historiker, ist es ein Problem. Denn wenn, so wie beim Politologen Bracher — wenn ich ihn richtig verstanden habe —, die Ereignisse während der Nazi-Zeit in keinem Zusammenhang mit der Zeit vorher und der Zeit nach 1945 stehen, dann ist das Ganze unerklärlich. Umgekehrt, wenn aber Zusammenhänge bestehen, dann könnte man natürlich sagen: wir Deutschen haben doch nicht die Gaskammern erfunden, wir haben nicht das Lager, den Genickschuß erfunden. Warum sollten wir also in der Welt so behandelt werden, als ob wir die Erfinder davon wären? Wir haben es wohl gemacht, aber wir waren sicher nicht die Ersten. Bis 1939 war noch nichts Neues passiert. Das alte bewährte antijüdische Moment hatte sich zu Beginn der dreißiger Jahre wieder gezeigt. *Dann aber kommt die ,,Endlösung". Sie war das Neue.* Das war bisher noch nicht da gewesen. Aber diese ,,Endlösung" hätte ohne die Vorbereitung nicht möglich sein können.

Das ist der Streit. Wie soll man das Ganze werten? Es ist nicht die Frage, ob diese Zeit im Zusammenhang mit der Geschichte steht oder nicht. Alles steht in einem Zusammenhang. D.h. aber nicht, man ist so wie jeder andere und wir können das alles vergessen. Aus diesem Historikerstreit wurde eben der Streit über das Erinnern oder das Vergessen. Warum soll man sich damit befassen, wenn man nicht so Einzig ist?

Ihr Buch ist ja auch deshalb interessant, weil es strukturell und nicht chronologisch vorgeht. Stimmt es, daß aber die Logik der Vernichtung erst im Nachhinein als Logik erkennbar wurde?

Richtig. Das war nicht vorgezeichnet. Uwe Adam hat das in seinem Buch ,,Judenpolitik im Dritten Reich" auch beschrieben. Es war eine eingebaute Logik. Nehmen wir ein ganz gewöhnliches Beispiel aus der Reichsbahn. Was muß man alles tun, bevor die Sonderzüge so problemlos abgefertigt werden konnten. Man maß schon ganz bestimmte Vorbereitungen getroffen haben, sonst geht das nicht. Die Tarife, die Bereitstellung der Züge u.s.w.

Ich behaupte, die Juden waren doch ein Bestandteil der Bevölkerung und wenn man sie herausgerissen hätte, dann wäre eine Lücke entstanden. Man mußte also schrittweise vorgehen. Natürlich dachte man 1933 nicht an eine physische Vernichtung. Bis zum Ausbruch des Krieges dachte man noch an eine Auswanderung, bzw. Abschiebung.

Wenn sich das alles erst in einem Prozeß unter bestimmten Konstellationen herausgebildet hat, wie verträgt sich das mit ihrem Satz: Mit der ersten ministerialen Anordnung wäre das Schicksal der Juden besiegelt gewesen?

Dieser Satz beschreibt die Einstellung der Juden. Er heißt, das die Juden keine Strategie gegen eine Vernichtungspolitik hatten. Schon nicht im Jahre 1933 und deswegen waren die Juden von Beginn an verloren. Was hier schon immer als Strategie 1933 festlag, war auch noch die Strategie im Jahre 1943. Das war das Verhängnis.

In einem Gespräch mit Alfons Söllner erwähnen Sie die Arbeit an einem neuen Buch mit dem Titel: ,,Verfolger-Opfer-Zuschauer", daß sich mehr mit den Menschen als mit der Struktur des Vernichtungsprozesses befasse. Könnten Sie uns etwas über den Inhalt dieses Buches sagen?

Wenn man die deutschen Täter beschreiben will — damit habe ich angefangen, weil ich nicht glaube, daß man etwas über den Holocaust sagen kann, wenn man nicht zuerst die Täter beschreibt —, muß man die Dokumente gebrauchen. Außer im Gericht gab es nur wenige Aussagen von deutscher Seite. Nehmen Sie die Fülle der Bücher. Wo gibt es eines, wo beschrieben wird: So war es, als ich ein Täter war. Höß war da eine Ausnahme. Aber gewöhnlicherweise findet man die Aussagen der Täter nur in den Dokumenten. Das hat seine Schwierigkeiten, aber so ist es. Nun, wenn es zu den Opfern kommt, gibt es nur sehr wenige Dokumente. Selbst die Anweisungen und Ausführungen in den Ghettos waren meistens Berichte an die deutsche Verwaltung bzw. an die Aufsichtsbehörde, wie man das nannte. Das wurde schon für deutsche Ohren geschrieben. Wir haben nicht einmal die interne Korrespondenz des Warschauer Ghettos. Wir finden also, mit wenigen Ausnahmen, nur die Berichte der Judenräte. Z.B. von Lublin existieren noch die Protokolle der Sitzungen des Judenrates. Das sind Ausnahmen.

Wenn man also über die Opfer schreibt, hat man nur die Erinnerungen der Opfer. Das ist eben das Gegenteil zu den Tätern. Denn wenn man über die Täter schreibt, sind es die offiziellen Dokumente, wenn man über die Opfer schreibt, sind es die Erinnerungen. Jetzt, in diesem neuen Buch versuchte ich, einen Teil über die Täter zu schreiben, der wiederum auf erneuten Dokumenten beruht, z.B. Personalakten oder auch Aussagen vor Gericht. Dann versuchte

ich über die Opfer zu schreiben, was ziemlich schwer war. Nehmen wir ein Kapitel: die Kinder. Sie schrieben keine Dokumente und nur wenig Briefe. Aber ich habe es dennoch versucht. In diesem Rahmen sind im neuen Buch einige Kapitel über die Opfer und über die Zuschauer, die auch geschwiegen haben.

Die bundesrepublikanische Erinnerung beruht ja, wie Dregger es beispielhaft in die Öffentlichkeit getragen hat, darin, daß man die Perspektive des Soldaten aus der Opferperspektive sieht. Dregger betonte sein Bruder, der an der Ostfront fiel, habe nur seine Pflicht erfüllt, indem er gegen den Bolschewismus kämpfte. Die Kriegserfahrungen legen sich im Gedächtnis über den begangenen Völkermord.

Die Soldaten sind immer Täter und Opfer. Denn er schießt und wird auch erschossen. Aber die Judenvernichtung war schon aus dem Grunde völlig anders, weil die Juden nicht zurückgeschossen haben. Wenn der Täter sich als Opfer beschreibt — das macht er auch immer —, dann ist das auch darauf zurückzuführen, daß er seine ,,Arbeit" nicht gerne macht und er seelisch gelitten hat. Er muß das mit sich selbst ausmachen. Mit seinen Söhnen kann er nicht darüber reden, höchstens mit alten Kameraden. Man wußte zwar, aber man konnte nicht darüber reden. Die jüdischen Opfer können reden.

Welche Hoffnungen oder Befürchtungen haben Sie beim Gedanken an das wiedervereinigte Deutschland?

Bleiben wir lieber bei den Befürchtungen. Wer soll diese Wiedervereinigung befürchten? Das jüdische Volk? Kaum. Außer in Frankreich ist in Europa kein jüdisches Volk mehr vorhanden. Bald wird es auch aus der Sowjetunion verschwunden sein. Furcht müßten in erster Linie die Polen haben. Denn es sind die polnischen Gebiete, die als erstes wohl wieder begehrt würden. Zwar nicht in den nächsten paar Jahren, aber wer weiß. Ich weiß, daß die hiesige Regierung versprach, diese Gebiete nicht zu beanspruchen. Ich glaube an diese Versicherung, Andererseits müssen mit der ehemaligen DDR genug Probleme gelöst werden. Denn es wird Milliarden kosten und Jahre dauern, bis der Lebensstandard sich eventuell angeglichen hat — und wenn man dann noch in das Industriegebiet Schlesien vorstoßen würde, dann würde es noch schlimmer. Was will man also damit.

Würden Sie einen Zusammenhang zwischen Ausländerfeindlichkeit, die immer mehr zunimmt, und Antisemitismus sehen.

Es gab immer so etwas wie Ausländerfeindlichkeit hier in Deutschland, das gibt es auch in Frankreich und anderen Ländern. Vielleicht ist es in Deutschland oder auch in Frankreich sehr schwierig zu erkennen, daß es in der Geschichte immer Wanderungen gegeben hat. So waren Deutsche mal Franzosen oder Holländer oder Polen. Das zeigen viele Namen von Leuten, die selbst an hohen Stellen der Diplomatie und Bürokratie stehen. Schon die Weimarer Republik hatte Schwierigkeiten mit Kindern aus Mischehen. In den USA, wo die Mischehen schon zum Alltag gehören, fällt es kaum noch jemandem ein, das als Problem zu sehen. Die Umstellung, was Vorurteile gegenüber Rassen betrifft, kann sehr schnell vergehen. Denn jede jüngere Generation kann die Menschen annehmen. Das sieht man auch dort.

Warum verwenden Sie den Begriff der Rasse zur Einteilung der Menschheit? Max Weber z.B. hat den Begriff der Rasse als unwissenschaftlich abgelehnt, weil er nicht fixierbar sei. Selbst der Nationalsozialismus hat genau gezeigt, und sie zeigen das ja selbst in Ihrem Buch, daß Definitionen des Begriffs Rasse z.B. juristisch nicht möglich sind.

Selbstverständlich. Aber es gibt Rassen. Die Schwarzen sind schwarz und die Gelben sind gelb und die Weißen sind weiß. Das sind Rassen, weil man an der Hautfarbe erkennt, daß die Leute anders ausschauen. Nun diese physischen Merkmale kann jedes Kind beobachten, aber es hat überhaupt keine Bedeutung. Doch wenn man einen Juden als Juden erkennen will, so sind die eben erwähnten Merkmale nicht erkennbar. Die Nationalsozialisten hatten ihre Schwierigkeiten, die Juden als Rasse zu definieren. Deshalb haben sie den Arier definiert, als jemanden der arische Vorfahren hatte, Juden als jemanden, der jüdische Vorfahren hatte, der der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört. Das hat die Partei schon aus einem Vorfall von 1932 gelernt. Goebbels organisierte in diesem Jahr einen Schlägertrupp, der Juden nach dem Verlassen der Synagoge in der Fasanenstraße in Berlin verprügeln sollte. Aber er hatte sich verkalkuliert. Der Schlägertupp kam zu spät und hat die falschen Leute verprügelt.

Auf diese äußeren Merkmale hin sind die Juden keine Rasse und werden erst von den Nationalsozialisten als Rasse angesehen.

Was wundert ist schon, daß Sie den Begriff der Rasse so verwenden. Denn wenn man z.B. ein Studienfach wie ,,Rassenhygiene", das in der Zeit des Nationalsozialismus auch hier an der Frankfurter Universität gelehrt wurde, sich vergegenwärtigt, dann ist doch der Begrif der Rasse eindeutig besetzt. Die Kritik, die meines Erachtens zu Recht besteht, lautet doch, daß mit der Verwendung solcher Begriffe bereits andere Bedeutungsgehalte mittransportiert werden sollen.

Ich glaube, daß der Begriff Rasse von den Nazis übernommen wurde, aus der Kolonialzeit und von den Imperialisten des 19. Jahrhunderts. Die Nazis sagten immer, daß ,,der Jude" sich nicht ändern kann. Assimilieren geht nicht: er kann Christ werden und ist trotzdem Jude. Warum bleibt er Jude? Weil es eine Rasse ist. So sagten die Antisemiten im 19. Jahrhundert: ,,Wenn eine Kuh im Pferdestall geboren wird, so ist sie noch kein Pferd". So hat man auch über die Juden gesprochen. Sie können sich gar nicht ändern. Schwarze, Asiaten schauen anders aus und man definiert sie über diese Äußerlichkeiten als Rasse. Die Nazis haben dies nun auch für die Juden übernommen. Wenn man die Dokumente anschaut, so ist es fast unglaublich, wie von den Nazis über eine Definition des Andersseins Hierarchisierungen, ,,Höherrangigkeiten" von Nationalitäten vorgenommen wurde. Das sind alles Hirngespinste. Schließlich werden gewisse kulturelle Unterschiede zu physischen uminterpretiert und daraus wird dann eine ,,Rasse" gemacht. Das ist der Rassismus.

Noch eine Frage zum drohenden Golf-Krieg.

Das könnte aber schon alles überholt sein, wenn das Gespräch veröffentlicht wird.

Wie sehen Sie dies Verbindung, das sogenannte Junktim von Palästinaproblem und der Annexion Kuwaits?

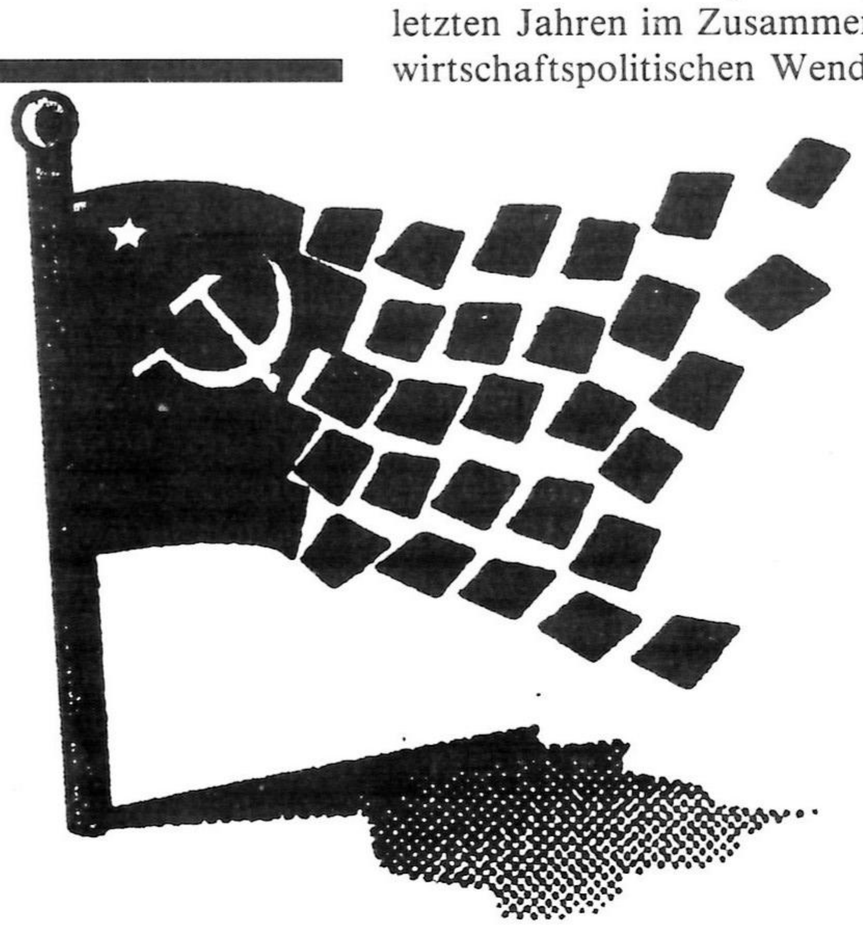
Erstens, denke ich, daß Saddam Hussein Israel angreifen wird, weil er denkt, daß damit die arabischen Länder von den USA abgetrennt werden. Zweitens kann er dann sagen, zumindest habe er die Aufmerksamkeit auf Israel gelenkt, das Palästinenser-Problem wieder hervorgehoben und habe das nur für die Palästinenser und die Araber gemacht. Ich denke, man ist sich in den USA darin ziemlich einig, daß man das trennen muß. Wenn man auch mittlerweile sagt, die Palästinenser müssen einen Staat haben, die besetzten Gebiete müssen zurückgegeben werden, so ist es dennoch wichtig, daß dies nicht mit der Kuwait-Krise verbunden wird. Die Befürchtung ist nämlich, daß Hussein sagt: Ich habe es geschafft und wenn er dann aber noch alle Raketen besitzt, die chemischen Waffen, sich politisch gefestigt hat und die Amerikaner wieder abziehen, was wird er dann anrichten? Er hat dann die Macht und dazu noch das Prestige. Nixon hat das sehr gut beschrieben. Es handelt sich nicht darum, irgendeinen Scheich dort wieder einzusetzen, es handelt sich auch nicht um das Öl, das ist zwar wichtig, aber wichtiger für Deutschland als für die USA. Das Wichtigste ist aber, das aus dieser Krise für die nächsten zwanzig, dreißig Jahre eine neue Krise hervorgehen kann. Dann muß vielleicht später gekämpft werden und bis dahin könnte der Irak schon eine Atombombe haben. Er wird sie sich kaufen, egal ob bei deutschen, französischen oder anderen Firmen. Er wird sie bekommen. Und was dann? Darin liegt eine Befürchtung. ■

Das Gespräch mit Raul Hilberg führten am 14.1.1991: Stephan Bundschuh, Thomas Kieseritzky und Peter-Erwin Jansen in Kooperation mit der Frankfurter Studentenzeitung DISKUS.

KLAUS SEGBERS

Das autoritäre Intermezzo

Reichszerfall, Wirtschaftskrise, politisches Chaos — dies scheinen die wesentlichen Zwischenergebnisse des 1985 eingeleiteten Projekts Systemwandel zu sein. Die Öffnung im Innern und nach außen, Liberalisierung und Demokratisierung, Rüstungsminderung und beginnender Wirtschaftspluralismus, das wirkt in- und außerhalb der UdSSR als schon fast vergessen, viel rascher, als damals die Einsicht in die Notwendigkeit einer systemreformerischen und dann revolutionären Wende sich Raum schaffen konnte. Nun also, auf: von den euphorischen Hoffnungen auf Gorbatschow maximus zu den Verdammungen desselben, oder mutierten, Schlächters von Wilna. Also doch: die nächsten Seiten der *perestrojka* werden in schwarz und rot geschrieben.



Die bisherige Sowjetunion ist einer doppelten Krise ausgesetzt: die Erschöpfung des traditionellen Entwicklungsmodells, seit den siebziger Jahren deutlich, wirkt, natürlich, weiter; und: der Versuch, auf diese Krise zu antworten — die *perestrojka* — hat das Land endgültig destabilisiert und viele Sowjetbürger erst recht außer sich gebracht. Darüber ist nicht zu streiten. Hätte es anders kommen können?

Um die, endgültige, Krise der sowjetischen Gesellschaft, Wirtschaft und Politik überwinden zu können, braucht es viel Zeit. Für historische Aufgaben dieser Art sind sechs Jahre gerade ein Auftakt. Um sie lösen oder, genauer, in eine andere, zivilisatorisch „normalere" überführen zu können, muß zunächst die Krise der *perestrojka* bearbeitet werden. Wie kann das gehen? Beschleunigung, Systemwandel, Systemwechsel; nun also: die autoritäre Stabilisierung, vielmehr: ihr Versuch. Warum diese „Wende in der Wende"?

Im Herbst 1990 war der Systemwechel, in den der Systemwandel mangels Alternative 1989 eingemündet war, an vier Punkten blockiert:

● **Versorgungs- und Infrastrukturprobleme**
Im Gegensatz zu den Annahmen, die der rechtzeitig zur Adventszeit aufgekommenen „Rußland hungert"-Hilfswelle zugrunde liegen, gibt es Hunger im eigentlichen Sinne in den allermeisten Teilen der UdSSR nicht. Viele Produktionszahlen für Nahrungsmittel und Konsumgüter des Massenbedarfs sind nicht nur nicht gefallen, sondern in den letzten Jahren im Zusammenhang mit einer wirtschaftspolitischen Wende hin zum Verbraucher eher leicht gestiegen. Doch gibt es Verarmung, Verelendung, Marginalisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen, vor allem im Zusammenhang mit Inflation, mit fehlenden sozialen Sicherungen, einer wachsenden Grobheit des zwischenmenschlichen Umgangs und internen Flüchtlingsbewegungen.

Dagegen ist eine verbreitete Versorgungskrise zu registrieren. Ihre Ursachen sind teils strukturell alt (Disproportionen zwischen einzelnen Zweigen der Volkswirtschaft, eine veraltete und insuffiziente Infrastruktur, vor allem im Transportwesen) und teils strukturell neu (prinzipielle, weitgehend unvermeidbare Umstellungsprobleme beim Übergang vom traditionellen sowjetischen Modell zu einer neuen, vorwiegend marktregulierten Ökonomie). Hinzu kommen die steigende Westverschuldung, die Substitutionsimporte erschwert; Megenprobleme, d.h. trotzt guter Ernte anhaltend hohe Lager- und Verarbeitungsverluste; Sabotage und Korruption, vor allem im Handel; ein verbreitetes organisatorisches Chaos im Zusammenhang mit den allgemeinen Steuerungsdefiziten; politische Kontroversen und publizistische und adminsitrative „Kriege" („Demokraten" vs. „Beton"), die auch im wechselseitigen Liefererpressungen ausgetragen werden; Sabotage (vor allem im Handel, aber auch durch eine „Mafia" und durch Spekulation im Distributionssektor sowie durch Hamsterei bei den Konsumenten); auch nationale Konflikte und Boykotts (wie im Transkaukasus und im Baltikum) spielen eine krisenverschärfende Rolle. Die Probleme in anderen gesellschaftlichen Bereichen (schlechtes Gesundheits- und Bildungswesen) strahlen ebenfalls in den Versorgungsbereich und vor allem auf die Stimmungslage der Bevölkerung aus.

● **Unionszerfall und zwischennationale (interethnische) Konflikte**
Die Sowjetunion in ihrer jahrzehntealten Form ist nicht mehr zu erhalten. Die materiellen und psychosozialen Probleme des Systemumbruchs führten zusammen mit den seit sechs Jahren deutlich verbreiterten Freiräumen für Aktivitäten und Äußerungen aller Art zu einem nationalen Erwachen wohl aller in der UdSSR vertretenen Ethnien einerseits sowie zu einem oft ebenso stolzen wie autistischen Regionalismus und Separatismus andererseits. Das Zusammentreffen

Projektmittel für die Soziokultur

Öffentliche Ausschreibung des Fonds Soziokultur e.V. für 1991

Ab sofort können die Zuschußanträge für das vierte Förderungsjahr des Fonds Soziokultur gestellt werden.

Einsendeschluß ist der 31. März 1991.

Der Fonds Soziokultur e.V. fördert in diesem Jahr mit einem Etat von voraussichtlich DM 565.000,- bundesweit zeitlich befristete Projekte, die neue Ideen in die soziokulturelle Praxis umsetzen wollen und zur Stabilisierung und Qualifizierung dieses Praxisfeldes beitragen. Die Vorhaben sollen Modellcharakter besitzen und beispielgebend sein für die weitere Entwicklung der Soziokultur.

Die Ziele der Förderpraxis sind die Entwicklung der kulturellen Bildung der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen durch durch Vermittlung und Aneignung kultureller und künstlerischer Ausdrucksformen sowie die Ermutigung und Befähigung zur aktiven Teilnahme am kulturellen Leben. Die Projektförderung durch den Fonds versteht sich insofern als Hilfe zur kulturellen Selbsthilfe.

Alle Vereine, Initiativen und Einzelpersonen, die in diesem Sinne soziokulturelle Projekte durchführen wollen, können Förderungsanträge stellen; sie haben Vorrang vor öffentlichen Antragstellern. Erstmalig in diesem Jahr können auch Interessenten aus den 5 neuen Bundesländern bei der Vergabe der Mittel berücksichtigt werden.

Nach dem Einsendeschluß am 31. März 1991 wird sich das Kuratorium des Fonds Soziokultur e.V. zusammensetzen, um aus den Anträgen modellhafte und innovative Projekte auszuwählen. Mit einer Entscheidung ist noch im Mai 1991 zu rechnen.

Antragsvordrucke für die Mittelvergabe 1991 und die Förderungsrichtlinien können bei der Geschäftsstelle des Fonds angefordert werden.

FONDS SOZIOKULTUR E.V.
HOHENHOF
Stirnband 10
5800 Hagen 1
Tel.: 02331/58501

von materiellem Mangel, steigenden Erwartungen und nationaler bzw. regionaler Renaissance mit oft schwer überschaubaren Konfliktlinien (Zentrale vs. Region, Russen vs. Nichtrussen, Nichtrussen vs. Nichtrussen, „Rechtgläubige" vs. „Ungläubige", „Westler" vs. „Patrioten", Titularethnos vs. Nichttitularethnos in einer gegebenen Region, Gegensätzlichkeiten und Rivalitäten auch innerhalb der neuen nationalen Eliten führen zu einer potentiell stets und aktuell oft gegebenen Konfrontationslage, die auch aus geringen Anlässen zu akuten Auseinandersetzungen führen kann. Dabei sind die sachlichen Interessengegensätze hinter symbolisch hoch aufgeladenen nationalen und/oder religiösen Chiffren und Fronten oft nur mühsam auszumachen.

● Erosion der Machtzentrale und jeglicher Steuerung

Die politischen Mechanismen der Steuerung und Partizipation wurden verändert. Die traditionellen Machtstützen, KPdSU, Streitkräfte, GB, Ministerien waren geschwächt, überformt oder durch Spaltung und gesellschaftliche Gegenmacht domestiziert, wie es schien. Neue Strukturen bildeten sich in Instituten (Präsidentschaft, Parlamente, Parteien und Gruppierungen, Verrechtlichung) heraus. Nun zeigte es sich: weder die alten noch die neuen Mechanismen konnten den Systemwechsel organisieren. Unorganisiert aber drohten die erforderlichen Transformationen in einen freien Fall überzugehen. Gesetze, Dekrete und Erlasse wurden ignoriert, „Kriege der Gesetze und Verfassungen" wurden inszeniert und zelebriert, Entregelung und Anomie wurden kennzeichnend für den sowjetischen Wandel. Die Peripherie rückte dem Zentrum näher und zugleich außer Reichweite, Machtpotentiale schienen nur noch bedingt einsatzbereit.

Zugleich gelang es nicht, rechtzeitig neue, demokratisch legitimierte und effektive und kompetente Institute und Eliten aufzubauen und zu etablieren. Nach kaum einem Jahr haben viele der im Frühjahr 1990 gewählten mehr oder weniger demokratischen Räte und Regierungen wie in Moskau und Leningrad bald abgewirtschaftet, jenseits populistischer Talente ihre Ohnmacht erfahren (das Rußland Jelzins) oder sich nationalkommunistisch gewendet (die Republiken Kasachstan und Usbekistan der selbstbewußten Präsidenten Nasarbajew und Karimov). Die „demokratische Opposition", zur Unzeit in einige Schaltzentralen gespült, hatte keine Chance in so kurzer Zeit und mitten im Fluß, und . . . sie hat sie nicht genutzt. Nun wünschen die ersten „Demokraten" lieber den legendenbildenden Putsch als eine verzehrende Agonie.

● Verlust der Glaubwürdigkeit und Apathie

Die psychische Realität ähnelt der manischen Depression. Die allgemeinen Unsicherheiten und Umstellungsprobleme, die sozialen, zwischennationalen und generationsbezogenen Konflikte finden ihren Niederschlag in zunehmendem politischen Desinteresse — das Anfangsfieber, das die *perestrojka* 1985/87 geweckt hatte, ist verloren. Mit ihm schwindet auch der politische Witz — ein Zeichen. Vor dem ersten Kongreß der Volksdeputierten, im Mai 1989, saß gebannt das Volk am Fernseher. Daß der vierte Kongreß im Dezember stattfand, war vielen nicht geläufig. Eine allgemeine Müdigkeit und Gleichgültigkeit, hervorgerufen durch zahlreiche Mühseligkeiten des Alltags (Gütersuche und -tausch, Anstehen, Mißerfolgserlebnisse, gegenseitige Rücksichtslosigkeiten) sowie ein Niedergang moralischer Standards sind die vorherrschenden psychosozialen Züge der sowjetischen Gegenwart.

Die Menschen sind vielfach erschöpft — durch ihr Leben in Stalinismus, Stagnation und *perestrojka*, durch den Alltag, mit sich selbst. Die Breschnjew-Jahre werden vielen zur glücklichen alten Zeit, die Reformstrecke vor allem mit Anwachsen der Ungewißheit, Krise der zwischennationalen Beziehungen, mit zunehmendem Chaos und Unordnung in der Führung des Landes sowie einer Vertiefung der Wirtschaftskrise assoziiert (schon Mitte 1990). Der Kredit ist weitgehend verspielt, der fremde und der eigene, und erst recht für eine als schwankend empfundene Reformequipe. Gorbatschows Popularitätswerte sind unter 20 % gefallen, und die Radikalreformer, Jelzin noch ausgenommen, folgen ihm mit gewissem Abstand nach.

Enttäuschung, Politikmüdigkeit, Verklärung der Vergangenheiten übersetzen sich mühelos in Fluchtbewegungen — im übertragenen Sinn im Alltag in Phänomene und Projektionen aller Art, oder buchstäblich — in den Westen, die noch unverbrauchte Droge. Kaum ein Gespräch, das nicht um Reisefragen zu kreisen gezwungen wird.

▶ Eiszeit gegen Zerfall ◀

Dies war und ist das Bild der *perestrojka* im Winter 1990/91, im Jahre sechs. Die Reformzentristen um Gorbatschow standen vor einer schwierigen Entscheidung: entweder sie mußten versuchen, eine zunehmend fiktiv werdende Mitte besetzt zu halten und von auseinanderstrebenden politischen Lagern auseinandergerissen zu werden, während sie sich ohnmächtig am Kanon der Reformwerte festklammern. Die Folge wäre Chaos durch Nichtstun, und absehbar ihre Ablösung gewesen. Oder sie mußten versuchen, durch „alte" Mittel eine deklarativ nach wie vor auf den Wandel orientierte Politik wieder politikfähig zu machen. Der klassische Gorbatschow-Spagat war jedenfalls nicht mehr durchzuhalten: zum einen der Dauerversuch, disparate und konträre Lager und Interessen einigermaßen zu vermitteln und somit den Wandel mit einer Minimalorganisation zu versehen — eine taktische Aufgabe, die die Zentristen und Gorbatschow persönlich von 1982 bis 1990 zumeist exzellent gelöst hatten. Und zum anderen inhaltliche Antworten, Konzepte, für die zahlreichen Verwerfungen und Krisen zu finden, die nicht nur problemangemessen, sondern auch dem Land zumutbar

und von einigen sozialen Gruppen akzeptiert werden mußten. Dieser Spagat brach im Herbst 1990 zusammen; und damit letztlich und offensichtlich das Transformationsprogramm, sofern es nicht eh nur noch Hoffnung war, des zentristischen Blocks an der erodierenden Macht.

In dieser Lage entschied sich der Reformpräsident, das Chaos wahrzunehmen, einen Krieg auszurufen und die Schlachtreihe aufzubauen. Eine konservative Stabilisierung, eine Rechtswende im trägen Hauptstrom der linken, nach westeuropäischen Maßstäben eher rechten Politik sollte den Zerfall aufhalten und in eine lehrbuchgemäße, kostenfreiere Transformation zurückdrängen. Zum dritten Mal in einem Jahr, nach dem Beschluß über die Präsidentschaft im Frühjahr, nach der Kompetenzerweiterung für den Präsidenten im September wurde dem Staatsführer eine Machtakkumulation gewährt. Nicht einmal Stalin verfügte über eine solche geballte Kompetenzansammlung wie der Nach- und Nichtstalinist Gorbatschow. Die Beobachtung, daß die früheren Machtzuschläge sich keineswegs in größere Steuerungsmöglichkeiten übersetzten, interpretiert der Generalsekretär auf seine Weise: noch mehr Macht muß her. Er wurde auch auf diesen Weg geschoben, und es fehlte zunehmend an Gegengewichten — die Radikalreformer haben sich bekanntlich, so Schewardnadse, ,,in die Büsche geschlagen". Aber es gibt keinen Zweifel: Ausgangspunkt und Kern der Wende ist die autoritäre Wende Gorbatschows selbst. Da reden die Leute von Putsch und Staatsstreich, und es gibt das längst — ganz legal, Gesetz um Gesetz, hat sich der Präsident ermächtigen lassen, das Land per Dekret und nach Gusto politisch einzufrieren und dann geordnet in den Markt zu zwingen — möglichst im geschlossenen Staats- und Reichsverband.

▶ Die Verlierer als Stützen . . . ◀

Diese autoritäre Variante wurde vom Präsidenten in mindestens fünf großen Reden angekündigt und sogar erklärt. Die Abwägung dessen, was er sagt und denkt, mit denk- oder undenkbaren Alternativen fällt in diesen Minuten, da ich diesen Artikel schreibe, in der Nacht auf den 17. Januar, in der vor wenigen Minuten der Angriff auf den Irak begonnen hat, besonders schwer. Aber wir müssen es versuchen. Am 17. November 1990 erläutert der Präsident in einer kurzen Rede vor dem Obersten Sowjet seine neuen Vorschläge für Verfassungsänderungen, den Regierungsumbau und die Erweiterung seiner Kompetenzen. Über seinen neuen Unionsvertragsentwurf sagt er: ,,Wir sehen, daß wir uns nicht teilen können". Wenig später, in Paris, unterschreibt der Friedensnobelpreisträger in die Europäische Deklaration, die die Nachkriegsordnung in Europa den revolutionären Veränderungen in Osteuropa anpaßt. Der Kalte Krieg ist vorüber. Was immer in der UdSSR passiert: für die sowjetische Außenpolitik 1985-90 wurde der Preis zu Recht zuerkannt.

Am 28. November hält Gorbatschow eine der wichtigsten Reden. Auf einem seiner Treffen mit Kulturschaffenden wird erstmals in vollem Umfang deutlich, daß der Präsident sich von Kernelementen seiner Reformpolitik abwendet — vorübergehend? Er machte dort unter anderem in emotionalen Passagen deutlich, daß er eine völlige Abkehr von der sowjetischen Vergangenheit nicht mittragen werde: ,,Was denn, ich soll mich, befreiend, zurückweisend all diese(n) Kaserne(nsozialismus), die Stalinzeit, lossagen von meinem Großvater, meinem Vater, davon, was sie taten? Von Generationen lossagen? Oder haben sie umsonst gelebt?" Weiter wies er die Auflösung des Staates, ,,der sich in tausend Jahren als multinationaler formiert hat", zurück und wiederholte: ,,Wir können uns nicht aufteilen, Genossen! Ob wir es wollen oder nicht. Wenn wir anfangen, uns zu teilen, gibt es Krieg. Ein fürchterlicher Krieg wird es, Zusammenstöße wird es geben (. . .) wir können uns nicht teilen. Und wir können nicht die Armee, nicht die Nuklearwaffen teilen, und überhaupt — das kann eine Katastrophe nicht nur für das Land werden. Für die ganze Welt." Der ,,Krieg der Gesetze", rechtliche Unordnung und Anarchie machten sich bemerkbar, ,,eine stille Konterrevolution — ich sage es Ihnen direkt". Hier war zum ersten Mal der formale Gedankengang erkennbar, der vor wenigen Tagen das schlimme Schießen in Wilna so ekelhaft machte: von der Behauptung der Notwendigkeit zum Eingreifen bis hin zu den bekannten Formen — Hilferuf, Konterrevolution, nationales Rettungskomitee, niemand hat etwas angeordnet — ist noch ein Weg, den nun der Mann vergangener Jahre auch noch beschritten hat — geschoben oder nicht.

Das wichtigste sei nun, so Gorbatschow zu den Künstlern, die ,,Stabilisierung" — die ,,politische, rechtliche und wirtschaftliche Stabilisierung". Und dann der Schlüsselsatz: ,,Nun, hier ist sie also, die Situation. Wir haben die Grenze erreicht. Hier müssen wir anhalten und uns behaupten." Und diese Moskau- oder Stalingrad-Stimmung will er verbunden wissen mit seiner persönlichen Garantie für die gute Sache: ,,Solange ich meine Position einnehme und meine Verpflichtungen erfülle, werde ich mir treu bleiben und die Sache führen, weder den Rückwärtsgewandten nachgebend, die sagen wollen, alles ist schlecht, angeblich sei es nötig, zurückzukehren, noch denen, die auf Emotionen, auf Wellen ein Abenteuer, einen abenteuerlichen Weg aufnötigen wollen."

Am 10. Dezember trat der Parteiführer Gorbatschow erstmals seit längerem wieder prominent auf einem Plenum des ZK des KPdSU auf, bei dem es im Kern erneut um die Erhaltung der Union als ,,eines starken, souveränen Staates" ging. Am 17. Dezember, in seinem Vortrag vor dem vierten Kongreß der Volskdeputierten und nachdem ein

Mißtrauensvotum gegen ihn mit großer Mehrheit abgelehnt worden war, räumt Gorbatschow eigene Fehler im Verlauf der *perestrojka* ein. Dann erklärt er, daß gerade die Menschen, die ,,von ihrer Arbeit leben'' und ,,in Arbeitskollektiven verbunden'' sind, die ,,soziale Stütze der Präsidentenmacht'' seien, und daß die KPdSU ein ,,untrennbarer Teil der gesellschaftlichen Kräfte'' sei. Die Armee sei die ,,wichtigste Stütze der staatlichen Souveränität des Landes''; die ,,Probleme der Streitkräfte werden an erster Stelle der Tätigkeit der Präsidentenmacht'' stehen. Damit benennt der Demokrat Gorbatschow die Stützen seiner autoritären Variante — es sind die Verlierer seiner eigenen Reformpolitik.

Die von ihm vorgetragenen Maßnahmen trügen ,,in vielem Ausnahmecharakter''. Es müsse nun ,,entschieden Schluß gemacht werden mit der Politisiererei, mit dem Versammlungswesen, mit dem Aufheizen von Leidenschaften und der Konfrontation''. ,,Wir brauchen'', so der Präsident vor schweigenden Abgeordneten, ,,wie niemals Disziplin und Selbstdisziplin, bürgerliche Übereinstimmung, angestrengte und selbstentsagende Arbeit. Und Überzeugtheit von den eigenen Kräften.''

Wenige Tage später, in seinem Schlußwort vor demselben Kongreß, fügte der Präsident seiner Wende die letzten Gedankenbausteine hinzu. Die kommenden sechs Monate oder auch das ganze Jahr 1991 würden eine ,,Zeit der Annahme der verantwortungsvollsten und, vielleicht, unpopulärsten, aber unabdingbaren Entscheidungen — damit der schmerzhafte Prozeß nicht endlos dauert, damit sich die Gesellschaft nicht quält.'' Wenn dieser Versuch zum Abfangen der entgleisenden Systemtransformation, zur Stabiliserung nicht gelingt, ,,wenn wir keine Ergebnisse erreichen, werden wir sagen müssen, daß wir Bankrotteure sind und uns selbst das Urteil unterschrieben haben''. Mit dieser Wende zur autoritären Variante verknüpft der Präsident also sein eigenes Schicksal, und es bleibt ihm kaum anderes übrig. Er selbst ist die letzte Front, die gehalten werden muß.

Schließlich, nach dem Baltenschlag, am 16. Januar, fühlte sich ein deutlich konfus wirkender Präsident endlich doch aufgerufen, sich zu der ersten dramatischen Manifestation der autoritären Wende vor dem Obersten Sowjet zu äußern. Dabei fand er nichts zu bedauern, sondern erklärte, daß ,,Dinge zutage treten, die nicht logisch sind, die aus einer Situation erwachsen, die nicht mehr der Kontrolle von Logik und gesundem Menschenverstand unterworfen ist — einer Situation, in der die Menschen an den Rand von etwas gebracht werden''. Das gilt offenbar auch für ihn selbst. Die Frage stellt sich nun schon, ob, nachdem ihm die *perestrojka* entgleist ist, auch schon die autoritäre Wende aus der Hand genommen wurde (vgl. unten).

Aus allen Reden geht nicht hervor, daß die Reformpolitik aufgegeben oder gar zu Zuständen von 1982 zurückgedreht werden soll — was auch gar nicht ginge. Die Idee der Reichsverweser ist, die politischen Reformen zurückzustellen, das Land autoritär zu stabilisieren, auf dieser Grundlage einen gesteuerten Übergang zu einer Marktwirtschaft zu exekutieren — ohne demokratische Einmischungen — und dann, später, die politischen Reformen weiterzuführen. Damit wird nun eine Überlegung aufgenommen, die einige der Reformintellektuellen schon vor zwei Jahren angestellt hatten. Ob dies nun, nach so viel Zeitverlust, gelingen kann, ist ebenso ungewiß wie die Frage, ob es früher gelungen wäre.

Was sind nun die Schritte, die Instrumente, mit denen die autoritäre Wende gesichert werden soll? Seit Dezember sind eine ganze Anzahl von Rechtsveränderungen und Präsidentschaftsdekreten erfolgt, die ihrem Gehalt und, zum Teil, ihrer Wirkung nach die Richtung der Stabilisierungserzwingung deutlich anzeigen:

● Im Dezember folgt der Kongreß der Volksdeputierten weitgehend den Anträgen des Präsidenten und stattet ihn erneut mit nochmals deutlich erweiterten Kompetenzen aus. Der Präsidentschaftsrat wird aufgelöst, der Ministerrat verschlankt und Gorbatschow direkt unterstellt, die Vollmachten des Präsidenten werden weit ausgedehnt.

● Der Entwurf eines neuen Unionsvertrages bleibt dem Föderationsmodell verhaftet und soll der Zentrale weiter erhebliche Zuständigkeiten garantieren. Die Republiken oder Regionen, die ihn nicht unterschreiben wollen, sollen dem alten Vertrag von 1922 unterworfen bleiben. Referenden über den Verbleib in der Union sollen abgehalten werden; wenn sie negativ ausfallen, soll die betreffende Republik den — kaum praktikablen — Weg über das Austrittsgesetz gehen. Inzwischen haben sechs Republiken erklärt, daß sie nicht unterschreiben werden, andere schwanken oder stellen Bedingungen. Angesichts der Baltenkrise im Januar dürfte der Entwurf ohnehin Makulatur sein.

● Zur Bekämpfung der Schwierigkeiten bei der Nahrungsmittelversorgung wurde Ende November eine Arbeiterkontrolle installiert, die Warenlieferungen auf den Handelswegen begleiten und bei ,,Bedarf'' an Ort und Stelle Maßnahmen ergreifen soll. Dieses Instrument hat schon in den Jahren nach der Oktoberrevolution letztlich versagt und nur die Produzenten und Lieferanten aufgebracht. Nun wurde es erneut als Sonderorgan installiert. Ob und wie es funktioniert, ist bislang unklar.

● Die Zentrale ging im ,,Krieg der Gesetze und Verfassungen'' zur Offensive über. Am Jahreswechsel verschickte der Präsident ein Bündel Ultimaten an die ihm Sorgen bereitenden Republiken (Moldova, Georgien, die baltischen Länder) mit dem Ziel, die jeweiligen Republikführungen wieder zur Unterwerfung unter die Unionsgesetze zu veranlassen. Moldova und, in Grenzen, die baltischen Regierungen bzw. Parlamente haben eingelenkt, im Baltikum unter dem Eindruck des Militäreinsatzes. Georgien weigert sich bislang, nachzugeben.

● In Gorbatschowschen Äußerungen und durch publizistische Präsenz werden die traditionellen und in den letzten Jahren deutlich verunsicherten und zurückgedrängten Machtorgane (Streitkräfte, KGB, KP, ausgewählte ,,Arbeitskollektive'', Direktoren großer Rüstungsbetriebe) aufgewertet. Die Gruppierungen selbst, bzw. ihre konservativen Fraktionen, haben sich offenbar teilweise konsolidieren können und sind aus sozialen Verunsicherungen oder politischen Interessen heraus wenigstens teilweise bereit, wenn nicht gar begierig, eine autoritäre Wende zu exekutieren und abzusichern.

● Die Konservativen politischen Fraktionen sammeln sich und gewinnen an Stärke. Die ,,rechten'' Parlamentsgruppen (,,Sojuz'' im Unionsparlarment, ,,Rossija'' in der RSFSR, ,,Moskva'' in Moskau) haben seit Herbst 1990 begonnen, ihre bis dahin schwer nachvollziehbaren politischen Positionen zu ordnen, zu profilieren und zu propagieren. Vertreter dieser Gruppen üben erheblichen politischen und publizistischen Druck aus, der teilweise dadurch unterstrichen wird, daß er von Offizieren mittlerer Ränge (Alksnis, Petruschenko) artikuliert wird. Auch die russischen Nationalkommunisten wirken etwas gefestigter. All dies wird

durch die Schwäche der ,,Demokraten" ermöglicht und gefördert.

● Eine Reihe von Personalwechseln hatte offenbar einen politischen Hintergrund. Innerhalb von wenig mehr als einem Monat wurden überzeugte Vertreter der Reformphase einer aufgeklärten *perestrojka* entfernt bzw. entschlossen sich selbst zum Rücktritt: Innenminister Bakatin, Außenminister Schewardnadse und Präsidentschaftsratsmitglied Jakowlew. Auch wichtige Mitglieder der russischen Regierung, die Ökonomen Jawlinskij und Boris Fjodorow, zogen sich zurück, weil sie ihre Konzeptionen für aussichtslos hielten.

● Wie im Bürgerkrieg nach 1917, wie im ,,Großen Vaterländischen Krieg" 1941-45 sollen wieder Sonderorgane eingerichtet werden, die die nun immerhin demokratisch legitimierten Räte und Verwaltungen zur Seite drängen oder überspielen sollen. Unter dem Namen ,,Staatsinspektion" soll beim Präsidenten ein Kommissarsystem eingerichtet werden, das Verfügungen von Gorbatschow — oder von wem auch immer — direkt nach unten exekutieren soll. Beauftragte und Bevollmächtigte sollen vor Ort, nur dem Präsidenten unterstellt, und unabhängig von den Regelorganen für Ordnung sorgen. Am 16. Januar, in der denkwürdigen Rede vor dem Parlament, deutete er folgerichtig an, seine Vollmachten gegen Sowjets einzusetzen. Dies würde einer der konservativen Positionen entsprechen, die sämtliche Parteien (die KPs eingeschlossen) und Räte mindestens auf Zeit dispensieren möchte.

● Am selben Tag versuchte er, zunächst erfolglos, die weit entwickelte Pressevielfalt durch ein,,vorübergehendes" Zensurgesetz einzuschränken. Ohnehin ist der Wind in den elektronischen Medien, seit der Ernennung des neuen Vorsitzenden von Gosteleradio, Krawtschenko, und auch in einigen Printmedien rauher geworden. Neben der politischen Pluralität ist die *glasnost* eine der Hauptzielscheiben der autoritären Wende.

● Schließlich wird auch der Übergang zu Marktbeziehungen, an dem prinzipiell festgehalten werden soll, aufgeschoben werden, bis die derangierte Ökonomie wieder stabilisiert ist. Auch dazu gab es im Dezember einen Präsidialerlaß, der Lieferverpflichtungen, Preisstrukturen und Staatsaufträge des Jahres 1990 im wesentlichen für 1991 fortgeschrieben hat.

Konservativer Autoritarismus

Was angesichts dieser beeindruckenden Fülle konservativer Wendemarken dennoch bislang unklar bleibt, ist der politische Antrieb dieses wesentlichen Tempowechsels innerhalb des prinzipiell unvermeidbaren Systemwechsels. Ohne Frage handelt es sich zu mindestens großen Teilen um eine Positionsveränderung Gorbatschows. Zugleich ist zu beobachten, daß er seit Sommer in erheblichem Maße unter Druck geriet — unter radikaldemokratischen, der jedoch aus innerer Schwäche immer leiser wurde, und, seit Herbst, unter konservativen, der an Gewicht und Durchschlagskraft zunahm und Ende November in ein Ultimatum an den Präsidenten mündete. Ein Mißtrauensantrag im Dezember vor dem Volkskongreß wurde mit großer Mehrheit zurückgewiesen, aber der Mimbus des Demiurgen ist endgültig dahin. Was also mit Gorbatschow, was gegen oder auch ohne ihn geschieht, ist derzeit unklar.

Das Ergebnis dagegen ist offensichtlich: die *perestrojka* ist in eine ganz neue Phase eingetreten, ob man es nun Scheitern nennt oder anders. Am ehesten bietet sich eine Interpretation an, die davon ausgeht, daß die Hauptrichtung der Veränderungen wohl unvermeidlich der Systemwechsel bleibt, daß jedoch in diesem Rahmen Tempiveränderungen, Knoten, Zickzackverläufe und die Verschiebung einzelner Ebenen möglich sind. Eine solche Betrachtung macht es zudem leichter, den modischen Exaltationen euphorischer oder depressiver Art allzu rasch anheimzufallen.

Das bedeutet, daß die autoritäre Variante lang- und wohl auch mittelfristig zum Scheitern verurteilt ist — der Veränderungsdruck hält an, und die aufgestauten Probleme erfordern letztlich eine Rücknahme zentraler Interventionen, nicht aber ihre Verstärkung. Kurzfristig dagegen könnte die Wende erfolgreich sein in dem Sinne, daß eine gewisse Stabilisierung von Ökonomie, Wirtschaft und Gesellschaft wenigstens in Kernregionen des Staates gelingt — doch gibt es auch dafür keine Garantie. Der ,,freie Fall" ist ebenso möglich.

Dennoch — einige Faktoren begünstigen eine Stabilisierung auf autoritärer Grundlage: Die politischen Kräfteverhältnisse haben sich gegen die ,,Radikaldemokraten" verschoben, nicht ohne deren unfreiwilliges Zutun. Die ,,regierende Opposition" in manchen Stadträten und Republiken macht mitunter grobe Fehler und wirkt in Teilen schon nach einem Jahr hilflos und verbraucht. Teile der alten Machtapparate sind offenbar in bestimmten Szenarien einsetzbar und stehen einer autoritären Stabilisierung flankierend oder auch aktiv zu Gebot. Und nicht zuletzt gibt es in der Bevölkerung eine wachsende Sehnsucht nach einer ,,starken Hand", nach Beendigung des Chaos, nach Durchgriff und nach Ruhe. Vor diesem Hintergrund könnten autoritäre Dispositionen wie Rückzüge aus Enttäuschung den Boden für einen neuen Autoritarismus bereiten. Der gesellschaftliche Rückhalt für liberale Politikvarianten, die gewiß mit Unübersichtlichkeit verbunden sind, schwindet.

Wie ist das alles nun zu bewerten? Zunächst ist Vorsicht angebracht. In diesen Tagen sind wesentliche Aspekte der Vorgänge in Moskau und im Baltikum noch unbekannt. Nicht nur geht es darum, was Gorbatschow oder die Minister Jasow und Pugo wann wußten (die Bedeutung dieser Frage wird durch fehlendes nachträgliches Bedauern relativiert). Aber: Wer kontrolliert die sowjetischen Truppen im Baltikum? Das Moskauer Verteidigungsministerium oder lokale Kommandanten? Wer steuert die örtlichen ,,nationalen Rettungskomitees"? Das ZK der KPdSU oder örtliche Kamarillas! Und wer beeinflußt die Aktivisten der baltischen Volksfronten? Die jeweiligen nationalen Regierungen oder Parlarmente, oder schon die radikalseparatistischen ,,Kongreß"-Fraktionen? Dies bleibt aufzuklären, rasch, viel schneller als die Vorgänge von Tiflis im April 1989 und in Baku im Januar 1990, deren Hintergründe einer breiten Öffentlichkeit bis heute unklar sind.

Historisches Projekt

Trotzdem gilt es, Positionen zu beziehen. Dabei müssen, so denke ich drei *Prinzipien* miteinander verbunden werden, so schwer es auch fällt: die *Unantastbarkeit des Selbstbestimmungsrechts der Völker*, vom Baltikum bis zum Transkaukasus; ein ausreichender *Minderheiten- und Menschenrechtsschutz aller sozialen und nationalen Gruppen*, von Litauen über Rußland bis Georgien; und eine anhaltende *Unterstützung der perestrojka im Sinne eines Umbaus*, eines Wechsels des traditionellen Sowjetsystems in Richtung auf politische, gesellschaftliche und ökonomische Pluralisierung, Demokratisierung, Effektivierung, Ökologisierung und Humanisierung. Das bedeutet weiter: Kritik und Denunzierung der autoritären Wende und der Panzerpolitik in Litauen und Lettland. Es bedeutet zugleich eine Ahnung davon, daß es neben einer autoritären und weit entfernt von einer demokratischen Variante unorganisierte, chaotische und gewaltsame Zerfallsprozesse geben könnte, die noch schlimmer wären, als eine autoritäre Stabilisierung. Und es bedeutet das Bemühen um Verständnis dafür, daß der sowjetische Wandel keine Angelegenheit von Monaten ist, von Jahren, sondern von Jahrzehnten. Solange lassen sich Begeisterung und organische Demokratisierung ohnehin nicht bruchlos durchhalten, aber sie müssen immer denkbar bleiben, erreichbar, wenn auch auf Umwegen und mit Rückschritten. Nur wenn diese Perspektive verloren geht, muß das ganze historische Projekt, das vor nun sechs Jahren begonnen wurde, abgeschrieben werden.

Ende Januar zeichnen sich im Rahmen der autoritären Stabilisierung Unsicherheiten und Schwankungen ab, die durch unklare Kräfteverhältnisse, Konzeptionen und Reaktionen bedingt sind. Zwei Varianten sind nun möglich: entweder eine weitgehende Hinnahme der neuen administrativen Umklammerung aus Erschöpfung und Sehnsucht nach Beruhigung; oder eine weitere Polarisierung mit drastischen Konflikten zwischen Radikalreformern und nationalistisch-separatistischen Gruppen sowie Konservativen und Föderationszentristen bei einer sich auflösenden Mitte. Die ,,weiche" Stabilisierungsvariante, so beklagenswert sie wäre, könnte dennoch derzeit Schlimmeres verhindern. Wahrscheinlich ist sie nicht. ■

JOCHANAN SHELLIEM

Eine Kehrseite der Perestrojka

Die Auswanderungswelle russischer Juden nach Israel reißt nicht ab. Das Weiterleben in der Sowjetunion wäre angesichts der neuen antisemitischen Bedrohungen nur noch ein Leben in stetiger Angst. Daß aber die Flucht nach Israel eine der wenigen Möglichkeiten bleibt, diesen Bedrohungen zu entgehen, hat auch mit den erschwerten Einreisemöglichkeiten in andere Länder wie den USA und der vergrößerten Bundesrepublik zu tun.

Die sowjetischen Juden haben Angst. Drohungen, Schreckensmeldungen, Gerüchte werden zahlreicher und rücken immer näher. Beim Überfall auf das Treffen der demokratischen Schriftstellergruppe APRIL (benannt nach dem ersten Monat der Perestrojka) im offiziellen Zentralen Haus des Moskauer Schriftstellerverbandes drohten Schwarzhemden der neofaschistischen Pamjatbewegung im Herbst 90 mit einem Pogrom.

Der Moskauer Maler Boris Birger weiß von den keinesfalls bloß eingebildeten Ängsten zu berichten. Birger, der selbst vom KGB verfolgt und ständig kontrolliert wurde — nicht als Jude, sondern weil er ,,Un-Personen'', Systemkritiker, wie z.B. die Sacharows, Lew Koplew, Raisa Orlowa noch vor ihrer Flucht portraitierte, sind Schikanen und Bedrohungen nicht unbekannt. Doch der Inhalt des folgenden Briefes, den sein Freund, der Schriftsteller Poel Karp aus Leningrad erhielt, wurde nicht vom KGB verfaßt: ,,Du schmutzige jüdische Sau. Weg von Rußland. Geh nach Israel, sonst machen wir aus deiner stinkenden Haut einen Lampenschirm. Für die Juden gibt es keinen Platz in Rußland. Der Platz der Juden ist im Krematorium. Rußland den Russen.''

Existierte schon seit Stalins Zeiten eine Art staatlich-bürokratischer Antisemitismus, gab es für Hora tanzen und öffentliches jüdisches Gebet bis vor sechs Jahren noch Haftstrafen, gilt bis heute der Paragraph fünf: Die Frage nach der Nationalität, die bei jüdischen Eltern, egal ob aus der Ukraine, Rußland oder Aserbeidschan zum ,,J'' im Paß geführt hat und nun eine der schwierigsten Barrieren für nach Deutschland flüchtende russische Juden geworden ist, so fielen diese offiziellen antisemitischen Maßnahmen mit Michail Gorbatschow.

Nun ist es gerade die wirre Allianz der Pamjat-Bewegungen, die den offenen Antisemitismus zum Programm erhoben hat und damit neue Schuldige für den Zerfall des Wirtschafts- und Staatssystems glaubt vorweisen zu können. Die Gruppen von Pamjat beziehen sich historisch auf die von der Geheimpolizei des Zaren — der Ochrana — unterstützte antisemitische Schwarze Hundertschaft von 1905.

,,Zwölf Uhr Majakowskyplatz'', so heißt der erste in deutscher Sprache verlegte Kriminalroman des Journalisten und Schriftstellers Sergej Usinow. Aber die Prügelei, von der der 37jährige Autor berichtet, der Sturm der Schwarzen Hundertschaft, die das Schriftstellertreffen sprengte, die anschließende Farce im Büro der Miliz, die Zeugen der Angeklagten degradierte und aus Provokateuren biedere oder spurlos verschwundene Zeugen machte, all das geschah in Wirklichkeit, entblättert eine Mesalliance, in der sich neben mittelmäßigen Künstlern und kleinen Bürokraten, die um ihre Trittbrettpfründe fürchten, auch stalinistische Hardliner gegen Gorbatschows Reformkurs sammeln.

Für den Überfall auf den Moskauer Schriftstellerverband war das ,,Bündnis der National-Proportionalen Bewegung Pamjat'' von Smirnow Ostaschwilli verantwortlich. Diese Gruppe tritt dafür ein, daß der Prozentsatz der Juden in allen gesellschaftlichen Organisationen nicht ihren Gesamtbevölkerungsanteil von 0,6 Prozent überschreiten soll. Aber in den Bergwerken und in der Landwirtschaft sind sie nicht gegen eine Erhöhung des Prozentanteils jüdischer Arbeitskräfte. Ihr Programm ist so faschistoid, daß es den Nürnberger Gesetzen von 1935 sehr ähnlich ist. Sie planen Gesetze zum Schutz des ,,reinen Blutes''. Sie sehen eine ,,Sonderbehandlng'' von Juden und ihnen nahestehenden Personen vor, wobei mit Juden anders verfahren werden soll, als mit Halb- oder Vierteljuden sowie mit den mit ihnen verheirateten Frauen.

Wachsender Nationalismus und antisemitische Hetze

Für den Führer der Schwarzhemden des monarchistischen Flügels, Dimitrij Wassiljew bedeutet Pamjat (zu deutsch: Erinnerung, Gedächtnis) ,,vor allem die Erweckung des nationalen Selbstbewußtseins. Das heißt, daß wir so tief wie möglich in die Vergangenheit unseres Volkes und unserer Kultur eindringen müssen, um all das reinzuwaschen, was im Verlauf der letzten Jahrzehnte beschmtuzt worden ist''. Seine Gruppe sieht sich selbst als russisch-orthodox, bezieht sich auf die russisch-orthodoxe Kirche vor 1906, lehnt aber die demokratische Meinungsvielfalt dieser Zeit entschieden ab. Damals gab es die DUMA, das Parlament, Zeitungen und an die hundert Parteien. Die Gruppe um Wassiljew will eine monarchistische Diktatur und ihre gezielt eingesetzte Aggressivität, vor allem gegenüber anderen Nationen, hat nichts gemein mit der russischen Orthodoxie. Diese russisch-nationalistische Allianz entdeckte mit den verfallenden Zwiebelkirchen, zu deren Wiederaufbau sie sich 1985 angeblich konstitutierte, die Schuldigen am Niedergang des russischen Imperiums: Balten, Juden und Freimaurer. Mit dem starken Zulauf der Bewegung 1989 benannte sie sich um: Aus Pamjat wurde die ,,National-Patriotische Front''.

Igor Sytschow, ein Kunstmaler großformatig auftrumpfender Aktbilder und naher Freund Wassiljews, betreut die paramilitärischen Truppen der Organisaton. Sytschow organisierte im März 1990 die erste öffentli-

Photo: dpa

Nationalistische Demonstration mit Armeeangehörigen.

che Kundgebung auf dem Roten Platz. In grüner Joppe, Portepee, der Uniform der Zarenoffiziere formierten sich, die russische Zarenfahne schwenkend, die Pamjat-Anhänger, während Wassiljew gegen Juden und Freimaurer wetterte und deren Verschwörung gegen das russische Volk.

„Als wir im Februar 1989 das anitfaschistische Zentrum in Moskau eröffneten, sagte man uns: Ihr übertreibt, soviele Faschisten gibt es gar nicht. Heute gibt man uns recht. Worin wir uns geirrt haben, das war allein das Tempo der Eskalation. Wir dachten, erst in zwei, drei Jahren käme es zu einer Blüte dieser Gruppierungen, aber sie ist jetzt da," so Jewgeni Proschetschkin, Direktor des antifaschistischen Zentrums und Journalist. Weiter schrieb er im Sommer 1990 in den *Moskau-News*: „In einigen sowjetischen Medien diskutieren heute Publizisten und Historiker, ob es in Rußland eine faschistische Bewegung geben könne. Diese Diskussionen sind lebensfremd, denn es ist offensichtlich, daß sie bereits existiert."

In einer Privatwohnung schlossen sich am 21. März 1990 fünf der in Moskau existierenden faschistischen Gruppierungen zusammen und gaben die Gründung einer „Orthodoxen Volksbewegung" bekannt. Neben der Aufforderung zur Vereinigung aller „gesunden Kräfte auf der ganzen Welt", erwähnt wurden die Republikaner in der Bundesrepublik, die Nationale Front Le Pens u.a., gab Smirnow-Ostaschwilli bekannt, daß „die Bewegung über ausgebildete Kämpfer verfügt", was eine Bestätigung bis dahin verleugneter paramilitärischer Einheiten bedeutete.

Der Schriftsteller Wallerij Woskoboinikow aus Leningrad berichtete schon im August 1988 von einer der Pamjat-Versammlungen: „Es ist schwer zu glauben, daß die Nachfahren der Schwarzen Hundertschaft, der russischen Frühfaschisten vor der Revolution, ihre Versammlungen jeden Donnerstag mitten in Leningrad abhalten, im Rumjantzekj Park. Sie verstärken ihre Reden durch Lautsprecheranlagen und nennen sich nicht mehr Gruppe oder Vereinigung, sondern Russische National-Patriotische Front. Ein Redner auf diesem Treffen verlangte, daß es russischen Männern und Frauen verboten sein müsse, Angehörige fremdartiger Rassen zu heiraten. Ein anderer verlangte die sofortige Deportation aller Juden und Angehöriger ‚feindlicher Rassen' in ihr ‚historisches Heimatland'." Unter den vielen schweigenden Zuhörern seien auch Vertreter der örtlichen und überregionalen Parteikomitees gewesen.

Daß Pamjat-Verbündete längst hinauf bis in den Präsidentschaftsrat die Hetzkampagne der rechts-nationalen Bewegung unterstützen, ist für viele Beobachter eindeutig klar. So schrieb Valentijn Rasputin, der jüngst in den Präsidialrat aufgestiegen ist: „Ihr Juden habt unreines Blut. Euer Blut, das ist kein Blut, sondern wie das schmutzige Wasser unserer Flüsse, die von euch vergiftet worden sind". Auch im Organ des *Komsomol*, der Jugendorganisation der Kommunistischen Partei, werden Artikel mit antisemitischem Inhalt publiziert. Dort erschien z.B. ein Beitrag, der ein Gesetz zur „Dezionisierung und Entprivilegierung der Juden in der Sowjetunion" vorschlägt?

Bisher ist aus der offen und kalt propagierten Hetze der immer wieder angekündigte Pogrom noch ausgeblieben. Doch ein Zweck ist auf jeden Fall erreicht: Die geschürten Ängste trieben hunderttausende russischer Juden aus dem Land. Ist Pamjat also als die braune Kehrseite der Perestrojka? Daß die Sowjetunion demnächst ihre antisemitischen Tendenzen ohne im Lande lebende Juden realisieren wird, ist bei den derzeitigen Umbaubewegungen des maroden Imperiums kaum von Bedeutung. Wachsender Nationalismus und antisemitische Hetze haben in der weitgehend assimilierten jüdischen Bevölkerung solche Ängste verbreitet, daß sie ihre Flucht mit einer zunehmenden offenen Selbstdefinition als jüdisch und zionistisch untermauern.

Nachdem es in der Übergangsphase der ehemaligen DDR kaum offizielle administrative Probleme gab, die russischen Juden den Aufenthalt erschwerten, hat die auch auf die fünf neuen Bundesländer ausgeweitete bundesrepublikanische Flüchtlings- und Asylpolitik neue Hürden aufgerichtet. Die Mehrzahl derjenigen vertriebenen Juden, die hierher flüchten, sind die Ashkenasim — deutsche Juden, von Katharina der Großen nach Rußland geworben: *Volksdeutsche* sind sie nicht. Sie werden erst seit kurzem als „Kontingenzflüchtlinge ohne Limit" nach „humanitärem Recht" behandelt. ■

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

Verlust und Befreiung.
Nach dem Umbruch im Osten (Heft 37)
Widersprüche-Redaktion: Schwierige Abschiede. Fragmente zu den Erfahrungen der Jahre 1989/90 ● *Kunstreich:* Demokratische Revolution und nationale Konterrevolution. Die Fortsetzung des deutschen Sonderweges ● *Diemer:* Was ist links? Nach dem Sturz des „realen Sozialismus" ● *Feurich:* „Wir müssen uns von dem trennen, woran wir lange geglaubt haben." ● *Nickel:* Deutschlands bleiche Schwestern. Ost-Frauen und West-Frauen: Vereinigte Uneinigkeit ● *Krahulec:* Erziehung nach Wandlitz. Probleme und Perspektiven sozialer Arbeit in den „fünf neuen Bundesländern" ● *Bamberg:* Modell Deutschland? Gelingt dem Sozialstaat die deutsch-deutsche Integration? ● *Bock:* Der Traum des Fliegens. Von der „Sozialunion" zu Übergangsarbeitslosigkeit ● Magazin ● Rezensionen

100 Seiten, DM 14,—

Mehr Demokratie durch Recht? (Heft 36)
Kreissl: Regulation durch Recht: freiheitsverbürgend — freiheitszerstörend ● *V. Schöneburg:* Sozialismus und Strafrecht. Visionen, Forderungen und Erfahrungen mit dem Strafrecht in der DDR ● *Interview mit K.-H. Schöneburg:* „Die Verfassungsfrage verankern in den Widersprüchen der Gesellschaft selbst". Was bleibt von der Verfassungsdiskussion des Runden Tisches? ● *Kimmich:* Wie mit „Multikultur" Politik gemacht wird ● *Ahrens:* Drogenpolitik und Gesellschaft: „war against drugs" ● *Kryszon:* Weiterkommen durch Weiterbildung? ● Magazin ● Rezensionen

100 Seiten, DM 14,—

„Das Herz denkt rechts" (Heft 35)
Vereinigte antidemokratische Potentiale
Jaschke: Die „Republikaner" und das „Republikaner-Phänomen" ● *Krahulec:* Nicht „Sieger", sondern Erben der Geschichte ● *Funke:* Antidemokratische Potentiale ● *Oltmanns:* „Siegen, kämpfen, durchgreifen lassen". Rechtsextremismus bei Mädchen ● *Hafeneger/Lochmann:* Einen „politisch-pädagogischen Königsweg" gibt es nicht ● *Macke:* Von der Linken lernen ● *Busold:* Die Schengener Abkommen: Die Überwachung ist perfekt ● *Krause:* „Einen braucht der Mensch zum Treten". Wachsender Fremdenhaß und Rassismus in der DDR ● Rezensionen

100 Seiten, DM 14,—

UNSER KENNENLERN-ANGEBOT
Schicken Sie uns einen 20,— DM-Schein und wir senden Ihnen zwei Probehefte zur Ansicht. Aktuelle Ausgaben gegen DM 15,— (nur Vorkasse)
Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach

Nachwende-Literatur der SED bzw. PDS-Elite

In der letzten Zeit vergeht kaum ein Monat, in dem nicht eine Autobiographie oder eine Interview-Zusammenstellung im Buchdeckel eines ,,führenden Genossen" erscheint, der seine Sicht der ,,Revolution" oder, je nach politischen Standort, ,,Konterrevolution" beschreibt.

Einer der schnellsten war der ,,Kronprinz" Erich Honeckers und nur kurz amtierende Egon Krenz. Vorabdrucke des Buches ,,Wenn Mauern fallen" erschienen zuerst in einer Arbeiterzeitung, darin noch Sozialist, namentlich in der ,,Bild-Zeitung". Egon Krenz hielt in seinem rückschauenden Denken mehr als nur diplomatische Tuchfühlung mit seiner SED-Welt. Zentrale Punkte, wie die Fälschungen zur Kommunalwahl, seine Erklärung zur gewalttätigen Unterdrückung chinesischer Studenten, wirken sehr windig formuliert. Das muß nicht wundern. Verwunderlich ist jedoch die Offenbarung auf Seite 146: ,,Da las ich in der Westpresse: ‚Krenz ist nur eine Übergangslösung.' Das war exakt das, wovon auch bei uns einige Politiker von Anfang an überzeugt waren. Was die wenigsten vermuten werden, ist: Auch ich dachte so, allerdings erst später." Wer hätte das gedacht.

Rechtzeitig zum Wahlkampf der PDS zur Volkskammerwahl erschien das Buch ,,Die ersten hundert Tage. Hans Modrow". Geschrieben hatte es der ehemalige stellvertretende Chefredakteur der ,,Berliner Zeitung" Karl-Heinz Arnold, der ab 1989 persönlicher Mitarbeiter von Hans Modrow wurde. Die krisengeschüttelte SED und die bekanntgewordenen Skandale der SED-Führungselite waren Anlaß, nun einen sauberen, den guten Onkel Hans Modrow vorzustellen. ,,Dieser Mann, Hans Modrow, hat etwas von einem Mönch, der reinen Herzens ist, und von einem tapferen Ritter, der wie ein Teufel kämpfen kann. Sein Ideal war — und ist noch — ein Sozialismus, der den Menschen nur Gutes bringt, wenn sie bereit sind, dafür ihre ganze Kraft, ihr Herzblut zu geben. (...) Dieser Mann ist grundehrlich, und er kann nicht anders sein." Eine Propagandabroschüre — wie gehabt.

Kritischer ging der Journalist des ,,Neuen Deutschland" Peter Kirschey in seinem Buch ,,Geschlossene Gesellschaft" über die Bewohner der Waldsiedlung Wandlitz heran. Er interviewte im November, Dezember 1989 und Januar 1990 Spitzenfunktionäre der SED, u.a. Horst Sindermann und Erich Mückenberger. In den Gesprächen und Gedanken werden Zweifel und Selbstzweifel sichtbar, auch glaubwürdiger. Ernüchternd wirken die Mitschriften der Sitzungen der Zentralen Schiedskommission, die Egon Krenz, Günter Schabowski u.a. aus der Partei ausschlossen. Das Buch scheint zu früh herausgekommen zu sein, denn die Zensur in den Protokollnotizen durch den ,,Dietz-Verlag" war im ersten Quartal 1990 noch Hausordnung.

Erste juristische Schritte mußten gewählt werden, bis der Aufbau-Verlag das Buch ,,Der Sturz. Erich Honecker im Kreuzverhör" herausgeben konnte. Hinter dem aufgemotzten Titel steht die Wiedergabe von Interviews mit dem Staatschef Erich Honecker, der — nicht ohne Selbstmitleid — vom ,,Vierten Reich", von ,,Konterrevolution" etc. spricht und nicht im mindesten eigene Zweifel zum Ausdruck bringt. Bemerkenswert ist jedoch Honeckers Hinweis, er habe noch vor seiner Amtsenthebung Unterlagen des ,,Neuen Kurses" vom Mai/Juni 1953 studiert. Seinerzeit war schon von einer ,,Wende" die Rede. Es deutet darauf hin, daß die Riege, der Egon Krenz angehörte, sich mangels Konzepten der Überlegungen der 1953 als ,,defätistischen Plattform" denunzierten Kommissionsentwürfe des zur ,,Unperson" gewordenen Rudolf Herrnstadts bediente. War das Scheitern solcher Überlegungen seinerzeit eine Tragöde, so waren sie in Händen von Egon Krenz eine Farce.

Die erste glaubwürdigere Publikation legte der Rowohlt-Verlag mit einer Interview-Wiedergabe Günter Schabowskis, ,,Das Politbüro" vor. Sind die Ausführungen wie schon bei Egon Krenz an Punkten wie den Wahlergebnis-Fälschungen und den Ereignissen in China merkwürdig dünn, so wirkt der artikulierte Selbstzweifel nicht kosmetisch aufgesetzt wie bei Krenz. Daß in diesem Buch mit neuen Erkenntnissen eher gegeizt wird, mag daran liegen, daß der Rowohlt-Verlag Berlin in seiner Startausgabe die Erinnerungen Günter Schabowskis aus eigener Hand bringen wird.

Die jüngste Publikation ,,Sturm aufs Große Haus" bringt die Ereignisse aus Sicht des PDS-Vorsitzenden Gregor Gysi. Auch diese Publikation dürfte wie die über Hans Modrow mit politisch-taktischen Erwägungen auf den Markt gebracht worden sei. War es bisher den Konservativen vorbehalten, die Bürgerbewegungen in die Nähe der PDS zu rücken und blieben die Umarmungsversuche der Bürgerbewegungen durch die PDS eher dezent, so wird nun geholzt. Gregor Gysi läßt sich als Bürgerbewegter präsentieren. Als Eröffnung wurde ausgiebig der Gründungsaufruf von ,,Demokratie jetzt" zitiert. Dieser Umarmungsversuch ist so falsch wie das dort angegebene Datum 16. September 1989. Aber damit nicht genung. Es wird in dem Buch der Versuch unternommen, den Nachweis zu erbringen, als habe es in der SED eine organisierte Opposition gegeben, wenn auch erst im November. Das Motto: die *guten* Kräfe leisteten Widerstand und sind heute in der PDS. Es bleibt abzuwarten, was der ,,Widerstandskämpfer" Erich Mielke, der seine Erinnerungen im Frühjahr 1991 (ebenfalls im Rowohlt-Verlag Berlin) herausbringt, dazu sagen wird. Denn er muß es ja wissen.

HELMUT MÜLLER-ENBERGS

Egon Krenz: Wenn Mauern fallen. Die friedliche Revolution: Vorgeschichte — Ablauf — Auswirkungen. Unter Mitarbeit von Hartmut König und Günter Rettner. Paul Neff Verlag 1990, 248 Seiten.

Karl-Heinz Arnold: Die ersten hundert Tage. Hans Modrow, Dietz-Verlag Berlin 1990, 112 Seiten.

Peter Kirschey: Wandlitz/Waldsiedlung — die geschlossene Gesellschaft. Versuch einer Reportage — Gespräche — Dokumente, Dietz-Verlag Berlin 1990, 175 Seiten.

Reinhold Andert/Wolfgang Herzberg: Der Sturz. Erich Honecker im Kreuzverhör, Aufbau-Verlag Berlin und Weimar 1990, 445 Seiten.

Günter Schabowski: Das Politbüro. Ende eines Mythos. Eine Befragung. Herausgegeben von Frank Sieren und Ludwig Koehne, Rowohlt-Verlag Reinbek 1990, 200 Seiten.

Gregor Gysi/Thomas Falkner: Sturm aufs Große Haus. Der Untergang der SED, Edition Fischerinsel Berlin 1990, 144 Seiten.

Bündnis 2000

ist der Titel des ,,Bürgerbewegungsmagzins", das sich als Forum für Demokratie, Ökologie und Menschenrechte versteht und von ,,Demokratie Jetzt" (DJ) und der ,,Initiative für Frieden und Menschenrechte" (IFM) herausgegeben wird, zwei Gruppen, die sich als Teile der demokratischen Opposition in der ehemaligen DDR gebildet haben und heute im Rahmen des Wahlbündnisses mit den GRÜNEN Abgeordnete im Bundestag stellen. Die ,,Bürgerbewegungen" sind organisatorisch nicht mit der Partei der GRÜNEN liiert; sie sind auf die Zusammenarbeit mit anderen Initiativen, Gruppen und Projekten angewiesen, die in der Bundesrepublik politisch aktiv sind.

Um über ihre eigene Arbeit zu informieren, wollen DJ und IFM das 14-tägig erscheinende Bürgerbewegungsmagazin ,,Bündnis 2000" über die *links* vorstellen und einem größeren InteressentInnenkreis bekanntmachen. Zu diesem Zweck soll das Heft der Märzausgabe der *links* beigelegt werden. Eine solche Aktion ist jedoch teuer — und Geld haben die Bürgerbewegungen ebensowenig wie wir. Deshalb bitten wir Euch um Eure Hilfe: Helft mit Eurer Spende, die Werbeaktion für ,,Bündnis 2000" und die Arbeit von DJ und IFM zu ermöglichen. Für Eure Unterstützung besten Dank!

ÖKOBANK Frankfurt · Kto.-Nr. 160 000 19 · BLZ 500 901 00 · Stichwort: SB-Soli

EIKE HENNIG

Vom Ende der Zivilgesellschaft

Gibt es einen modernen Diskurs über die Nation?

Die FAZ ist ein unersetzlicher Indikator beim Studium der Strömungen und Akzente in den Gehirnen kluger und deutscher Köpfe. Hier findet der Leser diejenigen Informationen, die ihm erklären, was passiert, wenn Deutschland ,,richtig Deutschland'' wird (wie Manfred Stolpe sich ausdrückt: Spiegel 1990/27, S. 53). Laut FAZ schwinden z.B. ,,die träge Behaglichkeit und Selbstzufriedenheit'' (FAZ, 2.7.1990). — Enzensbergers Loblied des Mittelmaßes als der Dimension des Zivilen gehört der Vergangenheit an —, weil es zutrifft, ,,daß sozial ist, was reich macht'' (FAZ, 30.7.1990). Dann streiten sich die Leitartikler sogar, ob die ,,Spaltung Deutschlands'' durch ,,Teilen'' zu überwinden sei. Konrad Adam bejaht dies und erklärt Teilen zur Sicherheitsinvestition, während Walter Kannengießer keinen Tropfen verschüttet, gnadenlos auf Leistung setzt: ,,Soziale Sicherheit muß verdient werden.''

Insgesamt stimmen solche Leitartikel den Leser darauf ein, daß es härter wird und dem von Konrad Adam enttarnten ,,proletarischen Hedonismus'' kein Raum mehr gegeben wird. Nichts hält mehr: Die Festungen und Berechnungen alter Feindschaften zerfließen (schaffen Raum für ,,kleine'' spontane und den Regeln der Abschreckung nicht mehr folgende Konflikte), die sozioökonomischen und politisch-psychologischen Schwierigkeiten der deutschen Einigung als soziale Aufgabe sieht ab Mitte 1990 auch die FAZ. In solchen unruhigen Tagen bedarf es einer Ideologie, um Energien zu bündeln, Augen auszurichten und Sinn zu stiften. In Deutschland greift man seit Fichtes ,,Reden an die deutsche Nation'' (1808) gern zum Nationalismus und argumentiert mit Bezug auf das Land, höchste Werte und das Volk. Die Rechte des Individuums treten hinter den Pflichten für die Nation zurück. Lucian Hölscher fordert in der FAZ (8.3.1990), die deutsche Gesellschaft müsse ,,ihr Nationalbewußtsein produktiv vorantreiben'', benötigt werde ,,ein starkes, selbstsicheres und selbstkritisches Nationalbewußtsein in Deutschland.''

Nation als Fixpunkt

Dies ist keine akademische Diskussion, wie z.B. die Eingrenzung des Volksbegriffs auf Deutsche bei der Wahlrechtsdiskussion für Nicht-Deutsche und die alltäglichen Formen von Fremdenfeindlichkeit und Illiberalität in Ost und West zeigen. Zivilgesellschaft meint, daß die Spannungen zwischen dem Volk als dem Souverän (,,Demos'') und als der besonderen Nation (,,Ethnos'') — zwischen ,,allen Menschen'' und ,,allen Deutschen'', die der Grundrechtsteil des Grundgesetzes säuberlich scheidet — nicht durch Sonderrechte für bestimmte Werthaltungen und bestimmte ethnische Eigenschaften (schlimmstenfalls für die ,,Reinheit des Blutes'') negativ aufgehoben werden. Insofern ist die bundesdeutsche Zivilgesellschaft vor dem 3. Oktober 1990 labil und gefährdet und das Reüssieren einer nationalen Einigungsideologie stellt eine harte Probe dar. Nationales Denken will raumübergreifende Probleme auf das Schutz- und Gestaltungsvermögen der Staatsmacht reduzieren; Frontstellung und Ausgrenzung werfen deshalb ein Licht auf seine Logik, denn sein Ziel ist und bleibt die Einheit der Nation. Auch der moderierte Neonationalismus bleibt dieser Struktur verbunden und versagt damit gegenüber neuzeitlichen Problemdimensionen. Nationales Denken will beruhigen; die Nation soll als ein Fixpunkt erstehen, an deren Grenzen Irritationen und Gefahren abprallen. Nationale Identität ist Normalisierung und Orientierung, weil sie Fremdes abwehrt und territoriale Ordnungskraft beansprucht. Auf diese Logik wird jetzt im Zeichen der multikulturellen deutsch-deutschen Einigungsprobleme und am Vorabend eines ,,Europas der Vaterländer'' oder eines ,,gemeinsamen Hauses'' als Staatenbund zurückgegriffen.

In der FAZ vom 17. September 1990 wendet sich in diesem Sinne Harold James, Historiker aus Princeton, besonders gegen Hans-Ulrich Wehler, der bemüht ist, die engeren Sichtweisen der Staats- und Nationalgeschichtsschreibung durch ein ,,attraktives Paradigma'' der ,,deutschen Gesellschaftsgeschichte'' positiv aufzuheben. Harold James moniert das mit Wehler (und Kehr) verbundene Primat der Innenpolitik, das im deutsch-deutschen Prozeß des Zusammenwachsens ökonomischen Kalkulationen und Interessen zu viel Aufmerksamkeit beimißt. Ewige oder doch sehr hoch gehängte Werte, wie z.B. ,,nationale Mythen'' (James), haben den legitimatorischen Nutzen, von konkreten Personen und Handlungen, von erfahrungswissenschaftlich rechenbaren Interessen und Finanzierungskonzepten abzulenken. Gesellschaftsgeschichte dagegen kapriziert sich gerade auf solche profanen Verfahren, wobei die Einmischung von Deutungsmustern in politisch-gesellschaftliche Kalkulationen mit untersucht wird.

Gegenüber einer kritischen oder auch nur positivistischen bzw. kritisch-rationalistischen Perspektive betont Harold James die ,,Stabilität''-stiftende Funktion des Zielwertes Nation: ,,Die Nation kompensiert die Vergänglichkeit der menschlichen Dinge. Sie ist ein Refugium in einer Welt von Veränderlichkeit und Fluß.''

Mit einer derartigen historischen Identität möchte man aus einer fließenden und analytisch begreifbaren Geschichte heraustreten; die Geschichte des zusammenführenden Nationalgefühls wird deshalb auch 1990 nochmals quasi-religiös und numinös aufgewertet und aus dem analytischen Diskurs

herausgetrennt. In diesem Sinne verbindet Thomas Nipperdey (in der FAZ vom 13.7. 1990) mit seiner Maxime: ,,Die Deutschen wollen und dürfen eine Nation sein", das Abkanzeln postnationaler Positionen etwa von Günter Grass, Jürgen Habermas und Peter Glotz und erhofft sich von solchen ,,Normaltatbestände(n)" wie ,,Nation und nationale Identität" den Vollzug geheimster Einheitswünsche. Das ,,einig Vaterland" lebt für Nipperdey als ,,Hoffnung", ,,daß zusammenwächst, was zusammengehört", vom Wunsch, psychosoziale Spaltungen und ökonomisches Gefälle durch ,,Neues" zu überwinden, denn ansonsten gilt — so Nipperdey: ,,Wir bleiben als Hälften, im Innern unserer Seelen, pathologisch versehrt hüben wie drüben." Einerseits argumentieren solche Autoren zutiefst unanalytisch, beschwören das Religiöse, um ,,nach Auschwitz", einen deutschen Nationalstaat als die nichtnationalistische Selbstverständlichkeit zu begründen, andererseits verdoppeln sie schlicht vorfindliche Meinungen. Beides impliziert den Verzicht auf eine geschichts*wissenschaftliche,* zugunsten einer legitimatorisch-geschichts*politischen* Position.

Dies ist auch die Linie der offiziellen Interpretation, folgt man etwa Helmut Kohls Darstellung ,,Erfüllung eines geschichtlichen Auftrags" in der FAZ vom 2./3. Oktober 1990. Kohl vermeidet es, Nation und Nationalstaat zu erwähnen, um jeder Erinnerung an ,,nationalen Egoismus" vorzubeugen. Gleichwohl ist für ihn die ,,gespenstisch anmutende Diskussion" (die z.B. Karl Jaspers angestoßen hat), ob deutsche Einheit, Freiheit und europäische Integration sich ausschließen, jetzt endgültige ,,Vergangenheit". Ein ,,europäisches Deutschland" wird aus dem Verlauf einer weiteren Geschichte nach 1990 abgetrennt, um es ,,ein für allemal" als ,,unauflöslich" vor den Gang von Veränderungen und — vor allem — der alltäglichen Praxis in der politischen Kultur zu bewahren. Damit aber verhindert Kohl (wie James und Nipperdey) jede Probe aufs Exempel dieser europäisch reduziert vorgestellten Nationalstaatlichkeit (anders als Nipperdey spricht Kohl ihr durchaus ,,volle Souveränität" zu.)

Den Zielwert ,,europäisches Deutschland" akzeptiert auch Willy Brandt bei Eröffnung des 12. Bundestages am 20.12. 1991; wenngleich ihm Nationalismus ,,fremd (...) und zuwider" ist, übernimmt er damit doch eine Leitvokabel des neuen moderierten Nationalismus und verbindet sie mit dem ,,vereinten Deutschland". Der ,,geläuterte (...), unaufgeregte (...) Patriotismus, der sich mit den Werten der Verfassung identifiziert und eben ein ,,europäisches Deutschland zum Maßstab hat": so lautet die Formel für historische Identität, die Kohl 1990 empfiehlt. Nationalstaatlichkeit wird — das *ist* ihre herrschende Gegenwartsgestalt — pragmatisch und normativ eingeführt, volkliche oder gar völkisch-rassistische Konnotationen sind wegen der ,,nationalistischen Alleingänge" Deutschlands tabuisiert. Aus diesem Tabu — d.h. aus der ,,geschichtliche(n) Verantwortung für das Gewesene" (Nipperdey) bzw. aus dem ,,aufrichtige(n) Umgang (...) mit (...) unserer nationalen Vergangenheit (Kohl) — erwächst die neue Sprachregelung der pragmatischen Begründungsformel. Deutsche Nationalität wird aus der unbegründet vorausgesetzten Normalität der Koexistenz von Nationen, aus der inhaltlich offen gelassenen Supranationalität in Europa und aus dem Vollzug der Westintegration der Bundesrepublik abgeleitet.

Patriotismus und Vaterlandsliebe bzw. nationale Identität sollen in einer Zeit allgemeinen Flusses Ruhe stiften. Diese quasi religiöse Funktion wird damit erkauft, daß die territoriale Argumentationslogik nicht aufgegeben wird. Auch wenn die Probleme längst universell geworden sind, beharrt der Nationalist auf der Fiktion einer raumgebenden, souveränen Lösung. Viele Probleme sollen so gelöst werden, daß man die Grenzen sperrt, daß man sich durch ,,Sicherheitsinvestitionen" — jetzt in der Sowjetunion — glaubt fern und frei kaufen zu können. Nationalismus behindert damit eine relevante Problemanalyse und ist ständig in der Gefahr, ethnische Sonderrechte vorzuschieben, um Konfliktpotentiale abzuspalten.

,,Eine Tradition aller toten Geschlechter"

Die Haltlosigkeit der säuberlichen Scheidung zwischen einem ,,guten" Risorgimento-Nationalismus und einem ,,bösen" oder depravierten integralen Nationalismus läßt sich gerade am Beispiel des deutschen Nationalmythos demonstrieren. Die Aufgabe menschenrechtlicher Allgemeinheit gehört substanziell zum Konzept der mit dem Staat verschmiedeten Nation. Die analytische Unbegründbarkeit der beschworenen höchsten Werte steht einer Handlungs*pragmatik* von Trennung und Konsens im Wege und kulminiert immer wieder in totalen Integrationskonzepten von Deutschen für Deutsche, gegen Un- und Nicht-Deutsche.

Gegenüber dieser Hypothek lassen sich politisch am Ausgang des 20. Jahrhunderts viele stichhaltige Argumente dafür aufzählen, daß es die Gefahren der von Ulrich Beck beschriebenen ,,Risikogesellschaft" sind — z.B. die weitgehend entmaterialisierten und damit raumüberschreitenden Strahlen etwa von Atomkraftwerken oder Abhörtechniken und die in den Wind geschriebenen bzw. bis zu den Klimazonen und zum Ozongürtel aufgetriebenen Schadstoffe des Konsums und der Industerie —, die aufzeigen, wie antiquiert und künstlich die Perspektive der historischen nationalen Identität (auch die größerer Räume) geworden ist. Die traditionelle Anbindung sowohl von Staat und Nation, als auch der Grundrechte (z.B. des Schutzes des Lebens und der Unverletzlichkeit der Wohnung) an den begrenzten Raum und dessen Hegung durch die normativ-institutionelle Ordnung für die Staatsbürger ist von modernen, raumfreien Gefährdungsdimensionen und von der Größenordnung der immer schon raumüberschreitenden sozialen Krisenpotentiale überholt worden. Selbst das seit der industriellen Revolution existierende Gefährdungspotential eines zwischen benachbarten Staaten konfliktträchtig herrschenden Reichtums- und Chancengefälles und sozioökonomischer Krisenzusammenhänge verliert angesichts moderner weltweiter Markt-, Kommunikations- und Verkehrswege seine engen Grenzen; nichts verbleibt mehr fern nur in der Türkei.

Die Raumschranke — Kostituans von Politik und Souveränität — entfällt, wie z.B. multinationale Konzerne, supranationale Kooperation und internationale Flüchtlingsströme anzeigen. Ein nationalstaatlicher Grenzschutz: ,,Lieb Vaterland, magst ruhig sein: Fest steht und treu die Wacht am Rhein!" (so lautet der Refrain des 1840 verfaßten, aber erst 1870/71 zu voller Geltung kommenden Kampfliedes von Max Schnekkenburger) versagt gegenüber französischen Atomkraftwerken und wird an Oder und Neiße angesichts der drohenden ,,Libanisierung" im Gefolge der postkommunistischen Nationalisierung (Z. Brzezinski) schon mittelfristig nur mehr dann durchführbar sein, wenn die fragile Koexistenz von ziviler Gesellschaft und nationaler Identität aufgehoben werden wird. In diesem Sinne ist nationale Identität auch 1990 eine ,,Tradition aller toten Geschlechter", die ,,wie ein Alp auf dem Gehirn der Lebenden" lastet und Handlungsspielräume wie -möglichkeiten verstellt (um an Marx Äußerung (1852) im ,,18. Brumaire des Louis Bonaparte" zu erinnern). ■

Informationsbulletin
KURDISTAN
NACHRICHTEN • KOMMENTARE • ANALYSEN

* bringt aktuelle Informationen, Kommentare und Hintergrundberichte über Kurdistan und zur Situation der Kurden in der Migration
* ist unentbehrlich für alle, die sich für den Nahen und Mittleren Osten interessieren
* ist der Meinung, daß ohne Lösung der kurdischen Frage kein Frieden im Nahen und Mittleren Osten möglich ist
* erscheint 6x im Jahr
* kostet 10,- DM im Abonnement

( ) Ich möchte das Informationsbulletin abonnieren:
( ) Bitte senden Sie mir eine Probenummer:

Adresse: .....
.....
.....

Unterschrift:.....

Bitte senden an: Informationsbulletin Kurdistan, c/o Komkar, Hansaring 28-30, 5000 Köln 1

JOACHIM HIRSCH

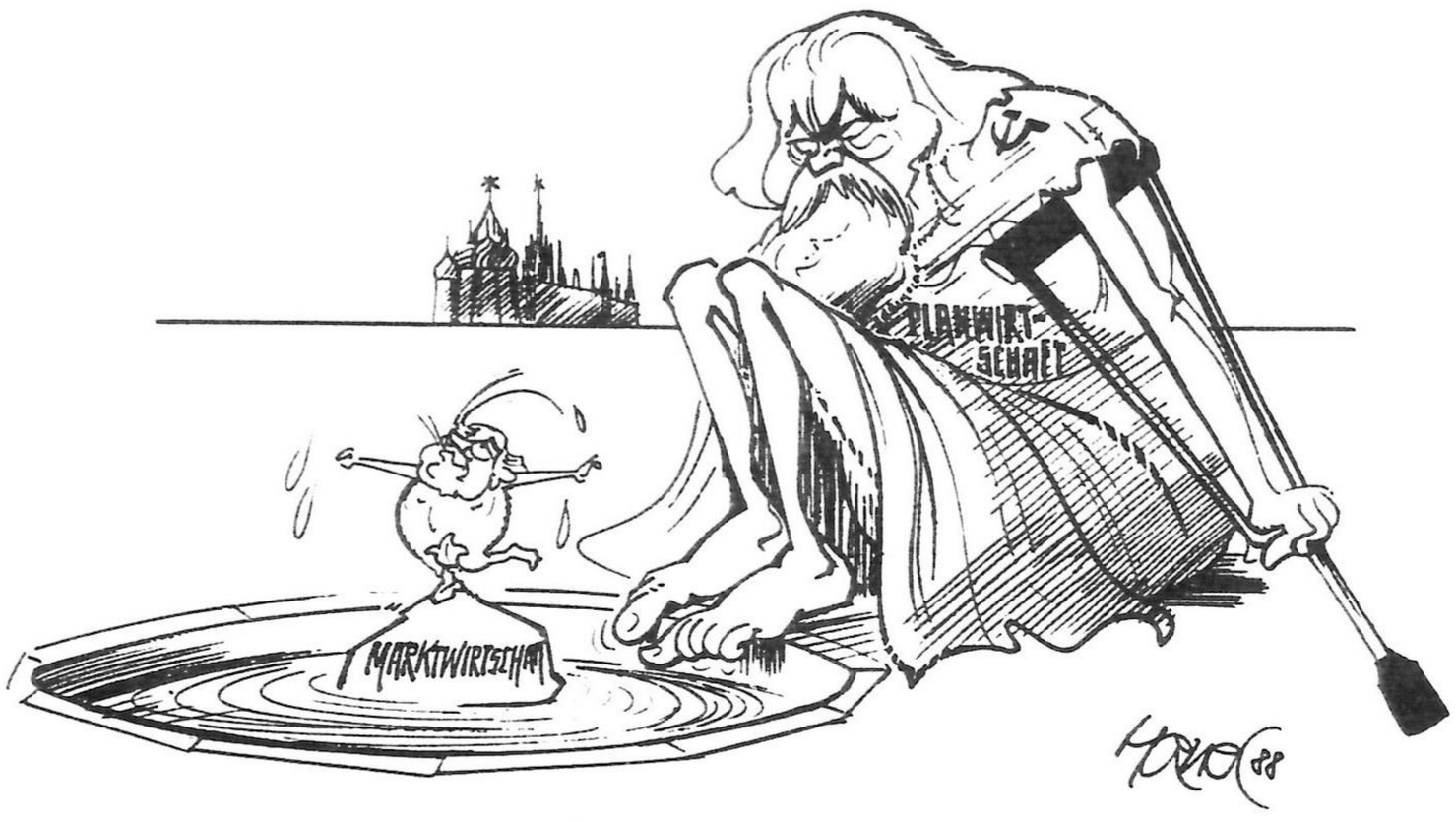
„Sozialistische Marktwirtschaft" — eine Alternative zum Kapitalismus?

Daß an „Marktwirtschaft" nicht mehr vorbeizukommen ist, kann inzwischen als Gemeingut linker Theoretiker aller Schattierungen gelten. Die Frage ist, ob eine funktionierende Marktregulierung mit sozialistischen Zielvorstellungen vereinbar sein kann. Diese Debatte ist nicht neu, muß aber angesichts des Scheiterns diverser osteuropäischer Wirtschaftsreformansätze neu geführt werden. Es geht darum, ob zwischen Kapitalismus und dem Staatssozialismus sowjetischer Prägung ein „dritter Weg" denkbar ist.

Joachim Bischoff und Michael Menard bejahen dies in ihrem Buch „Marktwirtschaft und Sozialismus — Der Dritte Weg" erstaunlich umstandslos. Sie plädieren für eine „Marktwirtschaft, die durch demokratisierte Wirtschaftsunternehmen, gesamtgesellschaftliche Steuerung und sozialstaatliche Regulierungspolitik" gekennzeichnet sein soll — ein bekanntes sozialdemokratisches Konzept, so scheint es. Gemeint ist indessen mehr: eine grundlegende Veränderung der Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln. Deren Vergesellschaftung soll eine Marktwirtschaft ermöglichen, die nicht dem Profitmaximierungsprinzip gehorcht und damit nicht nur ökonomische Effizienz, sondern auch eine gesellschaftliche Kontrolle der Produktion, Gerechtigkeit und Freiheit garantiert. Die entscheidende theoretische Frage dabei ist, ob und inwiefern Marktregulierung notwendig mit der Existenz kapitalistischer Strukturen verbunden sein muß. Die Autoren meinen, daß dies nicht der Fall sei.

Das Argument wird zunächst anhand einer Kritik des Staatssozialismus begründet, die bis zu den sowjetischen Debatten um die „neue ökonomische Politik" zurückgeht. Systematisch — und unter Aufbietung einer etwas langatmigen Marx-Philologie — wird zu begründen versucht, daß „sozialistische" Eigentumsverhältnisse sehr wohl mit einer effizienten Marktsteuerung verbindbar seien. Der Kern des Arguments besteht darin, daß „Markt" als eine Organisationsform der Zirkulationssphäre betrachtet wird, die von den Produktionsverhältnissen grundsätzlich unabhängig sei. Hier scheint ein Mißverständnis der Marx'schen Theorie vorzuliegen. Sie macht das kapitalistische Produktionsverhältnis bekanntlich nicht an juristischen Eigentumsformen fest, sondern definiert es als *Einheit* von Privatproduktion, Lohnarbeit und Warentausch. Marktkonkurrenz ist die Form, in der es sich mit allen seinen Antagonismen und Widersprüchen reproduziert und die Frage, ob Marktregulierung ohne dieses Verhältnis überhaupt möglich ist, wird nicht damit beantwortet, daß man beides analytisch auseinanderreißt. Die (Zirkulations-)„Oberfläche" der kapitalistischen Gesellschaft ist nach Marx'schem Verständnis keine austauschbare Hülle. Wollte man die Möglichkeit einer „sozialistischen Marktwirtschaft" begründen, so gälte es, die Struktur eines Produktionsverhältnisses zu skizzieren, das nicht die Grundmerkmale der kapitalistischen Gesellschaftsform aufweist. Aber genau dies geschieht nicht, solange nur auf formale Eigentumsverhältnisse abgehoben wird.

Die — sicher nicht unverständliche — theoretische Hilflosigkeit der Autoren zeigt sich an der Unbestimmtheit, mit der das Problem der Eigentumsformen behandelt wird. Soweit über vage Allgemeinformeln (was z.B. soll unter den heutigen Bedingungen einer international hoch arbeitsteiligen Produktion „Eigentum der unmittelbaren Produzenten an den Produktionsmitteln" heißen?) hinausgegangen wird, oszillieren die Vorstellungen zwischen einer nicht näher beschriebenen Form von „Unternehmensdemokratie" (vulgo: Mitbestimmung) und den bekannten Formen von Staatskontrolle. Diese gewiß nicht neuen Konzepte sollen gewissermaßen ausgebaut und radikalisiert werden. Das Problem ist, daß beide am kapitalistischen Produktionsverhältnis, definiert man es richtig, im Grundsatz nichts ändern. Daß eine „Beschränkung" des kapitalistischen Privateigentums möglich (und zur Erhaltung des Kapitalismus sogar notwendig) ist, bedarf keiner Diskussion. Die Frage ist nur, ob dabei mehr herauskommt als eben der sozialstaatliche modifizierte Kapitalismus, der von den Autoren so vehement krititisiert wird. Ein Satz wie „auf der Grundlage von demokratisierten Produk-



Rheinischer Merkur / Christ und Welt

express

die Zeitung der
undogmatischen
Gewerkschaftslinken

Niedrige Arbeitseinkommen — was tun?

„Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Die tiefklaffenden Unterschiede in den materiellen Lebensverhältnissen der Lohnabhängigen der ehemaligen DDR einerseits und der alten BRD andererseits sind ohne Zweifel die brisanteste aktuelle arbeitsmarkt- und tarifpolitische Herausforderung. Gleichwohl muß das Problem niedriger Arbeitseinkommen in der alten BRD ins Bewußtsein gerückt werden, zumal unschwer vorausgesagt werden kann, daß mit der Angleichung der wirtschaftlichen Strukturen auch die Einkommenstrukturen der BRD mit all ihren Mängeln übertragen werden. Wenn hier also von niedrigen Arbeitseinkommen die Rede ist, dann durchaus mit Blick auf die künftig einheitliche und arbeitsteilig verknüpfte Wirtschaftsstruktur."

Rudolf Welzmüller, IG Metall
im neuen *express*

Außerdem
in der **Februar-Ausgabe** des *express*:
Es tut sich was im Revier: Strukturwandel in einer spannenden Region ● Demokratischer Phönix aus der Asche — Mehr Mitbestimmung durch Regionalisierung? ● Business as usual — Gewerkschafter als Mittäter? ● Gründerinnen: Wenn Frauen sich ihren eigenen Arbeitsplatz schaffen ● Betriebskindergärten — eine Rhein-Main-Initiative ● Familie und Arbeit made in USA ● Unternehmenskultur — Dokumentation der *express*-Tagung ● Buchbesprechungen ● Betriebs- und Gewerkschaftsspiegel ● u.v.m.

Einzelheft DM 5,—
Abonnement DM 54,—
(incl. Porto)

☐ Bitte schicken Sie mir **kostenlos** „express" zum Kennenlernen.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Bezug: **Verlag 2000,**
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel. 069/88 50 06

tionsverhältnissen können weitreichende Möglichkeiten der Steuerung marktwirtschaftlicher *Verteilungsstrukturen* (meine Hervorhebung) eröffnet werden (S. 155)", ist diesbezüglich recht verräterisch. Was mit erheblichem Aufwand begründet wird, erweist sich am Ende als das bekannte sozialdemokratische Modell, nur etwas konsequenter gefaßt. Das wäre an sich diskutabel. Nur muß dann erörtert werden, warum dieses — zumindest an seinen weitergehenden reformistischen Ansprüchen gemessen — gescheitert ist.

Wlodzimierz Brus und Kazimierz Laski, beide schon vor Jahren als Reformtheoretiker des Staatsozialismus hervorgetreten, sind diesbezüglich offener: für sie gibt es im Kern keine Alternative zur kapitalistischen „Marktwirtschaft". Auch wenn es der reißerische Titel „Von Marx zum Markt" nicht erwarten läßt, haben sie eine sehr genaue und überdies recht selbstkritische Analyse der Möglichkeiten eines marktsozialistischen Wirtschaftssystems vorgelegt, in der nicht zuletzt die Erfahrungen mit gescheiterten Wirtschaftsreformen und -modellen (z.B. Polen, Ungarn, Jugoslawien) aufgearbeitet werden und die noch einmal kritisch die wirtschaftstheoretischen Diskussionen der dreißiger Jahre referiert. Sie beschäftigen sich nicht zuletzt mit dem Modell, das Bischoff und Menard vorschlagen. Hätten diese ihre Argumente ernster genommen, wäre die Option für eine „marktsozialistische" Alternative gewiß weniger einfach ausgefallen.

Das Fazit der Untersuchung von Brus und Laski lautet, daß die spezifische, maximale Produktivität und technologische Innovationskraft garantierende Eigenschaft der Marktregulierung von der kapitalistischen Unternehmerfunktion und damit dem Privateigentum an Produktionsmitteln nicht zu trennen sei. „Gemischte", auf privaten, staatlichen und genossenschaftlichen Eigentumsformen basierende Wirtschaftssysteme seien bestenfalls als Übergangsform auf dem Weg ehemals staatssozialistischer Systeme zu kapitalistisch-marktwirtschaftlichen denkbar. Was bei Bischoff und Menard zwischen den Zeilen steht, wir hier offen ausgesprochen: die Option für einen staatsinterventionistisch und sozialstaatlich regulierten Kapitalismus, „soziale Marktwirtschaft" eben.

Ein zentrales Problem dieser höchst schlüssig erscheinenden Analyse liegt in ihren Prämissen, nämlich der Wünschbarkeit eines technologischen Innovations- und Wachstumsprozesses nach kapitalistischem Muster. Aus der osteuropäischen Perspektive mag diese Orientierung verständlich sein, haltbar ist sie damit noch nicht, selbst wenn man nur an die globalen Folgen des kapitalistischen Industrialismus denkt und von den inneren Zuständen in den Zentren des sozialstaatlich „zivilisierten" Kapitalismus einmal ganz absieht. Vereinfachend ausgedrückt kann man sagen, daß Brus und Laski entdeckt haben, daß es keinen besseren Kapitalismus gibt als den Kapitalismus selbst, womit sie zweifellos recht haben (und zugleich dem derzeit herrschenden, ehemaligen ideologische Fronten übergreifenden Bewußtsein eine wissenschaftliche Begründung verleihen). Mit der Frage, ob dessen Maßstäbe für Rationalität, Produktivität und Effizienz möglicherweise nicht nur verkürzt, sondern im Endeffekt verheerend sind, beschäftigen sie sich nicht.

Am Schluß ihres Buches äußern Brus und Laski indessen einige Zweifel an der Sinnhaftigkeit ökonomietheoretischer Modellkonstruktionen. Sie sind berechtigt. Was es zu verändern gilt, sind nicht nur institutionelle Regelungssysteme und formale Eigentumsverhältnisse, sondern vor allem gesellschaftliche Orientierungen und Verhaltensweisen. Diese sind, das wissen wir, von den ökonomischen Strukturgegebenheiten nicht unabhängig, aber diese werden nicht verändert werden können, wenn jene sich nicht grundlegend wandeln. Und dies geschieht nicht durch ökonomische Modellentwürfe, sondern in praktischen sozialen Auseinandersetzungen und Kämpfen. Hier wird nicht zuletzt über das entschieden, worüber in beiden Büchern nie geredet wird: das Subjekt emanzipativer Gesellschaftsveränderung.

Nachdem sie ihr Plädoyer für einen radikalisierten sozialdemokratischen Staatsreformismus vorgetragen haben, kritisieren Bischoff und Menard (mit einer gewissen Verkennung des Glashauses, in dem sie sitzen), die angebliche „Staatsfixiertheit" „der" Linken und kommen zu dem Schluß, daß nur von einer „zivilgesellschaftlichen Konzeption" eine tragfähige Perspektive gesellschaftlicher Veränderungen zu erwarten sei. Das ist wohl nicht falsch, wenn es denn dann auch wundert, daß bis auf die letzte Seite dieses Buches über den „Dritten Weg" davon nicht die Rede ist. Der Grund dafür ist ihre Ansicht, „zivilgesellschaftliche" Strukturen könnten nur auf der Basis „einer gesellschaftlich gesteuerten und kontrollierten Ökonomie" entstehen. Veränderung der Eigentumsverhältnisse als Voraussetzung emanzipativer Gesellschaftsveränderung also. Es gab einmal ernstzunehmende Revolutionäre, die dies ebenso gesehen und eben damit gscheitert sind. Wenn es nun aber umgekehrt wäre und ohne die Veränderung der Menschen, ihrer Lebensweisen, Wertmaßstäbe und sozialen Beziehungen an eine Umwälzung der Produktionsverhältnisse nicht zu denken ist? Hier liegt doch wohl eine der Lehren, die aus dem fürchterlichen Zusammenbruch eines Experiments sozialistischer Gesellschaftsveränderung zu ziehen wäre und diese ist in der Tat der politische Knackpunkt, wenn es um Alternativen zum Kapitalismus geht.

Joachim Bischoff/Michael Menard: Marktwirtschaft und Sozialismus. Der Dritte Weg, Hamburg, VSA 1990

Woldzimierz Brus/Kazimierz Laski: Von Marx zum Markt. Der Sozialismus auf der Suche nach einem neuen Wirtschaftssystem, Marburg, Metropolis Verlag 1990

Ostwesteuropa

Viele Gründe sind anzuführen, wenn nach den Ursachen der Irritationen und Hilflosigkeiten westlicher linker Intellektueller angesichts der politischen Umwälzungen in Ostmitteleuropa gesucht wird. Daß dazu aber in besonderen Maße auch ein, trotz verbesserter Berichterstattung der Massenmedien, riesiges Informationsdefizit über die Gesellschaften des ehemaligen realen Sozialismus gehört, ist wohl unzweifelhaft. Jahre, besser: Jahrzehnte, hat man sich im Westen nur für die jeweils ins eigene Weltbild passenden Informationen über die politischen und sozialen Realitäten jenseits des Eisernen Vorhangs interessiert. Zu erinnern ist hier nur an die fast ausschließlich instrumentelle Interpretation der Solidarnośc-Bewegung Anfang der achtziger Jahre in Polen. So abgeschottet waren die osteuropäischen Gesellschaften aber nie, daß über ihre Entwicklungen nicht auch im Westen differenzierter hätte diskutiert werden können! Es gab jede Menge inoffizieller Informationskanäle, die nur mangels größerem Interesse auf Seiten der Linken fast immer in den publizistischen Gewässern der westlichen Rechten mündeten; es gab Periodika mit linkem Selbstverständnis (wie zum Beispiel das in-zwischen eingestellte *Wiener Tagebuch*), in denen regelmäßig über und mit der Opposition in Osteuropa diskutiert wurde; es gab Künstler, die uns mit ihrem Werk über das Ausmaß an Entfremdung zwischen Individuum, Gesellschaft und Staatsnomenklatura Mitteilung gaben.

Nun, wo alles anders ist, kann man sich nicht mehr mit Zensur und mangelnden Informationen um die notwendige Konfrontation der Ideen herausreden. Man kann und sollte jetzt das ganze Spektrum des offenen Informations- und Meinungsaustausches zwischen Ost und West nutzen, um die Debatte über Möglichkeiten demokratischer Weiterentwicklung der 1989 aufgebrochenen intellektuellen Erstarrung hier wie dort weiterzutreiben. Dazu gehört eine Zeitschrift wie die *links,* mit ihren Wurzeln im undogmatischen westlichen Marxismus genauso wie etwa die neu gegründete ,,Europäische Revue'' *Transit,* die sicherlich mehr in der liberalen Tradition der europäischen Aufklärung anzusiedeln ist. Herausgegeben von einem hochkarätigen Kreis liberaler Intellektueller aus verschiedenen Ländern (unter ihnen Timothy Garton Ash, Ralf Dahrendorf, Francois Furet, Bronislaw Geremek und Petr Pithart) soll *Transit* ,,ein Medium europäischer Selbstverständigung werden, wie sie mit der Wiederentdeckung und -aneignung der gemeinsamen Geschichte und Zukunft fällig geworden ist.''

Die erste Ausgabe von *Transit* ist vornehmlich den Diskussionen um die ,,Übergänge zur Demokratie in Osteuropa'' gewidmet. ,,Das Ende des Kommunismus und das Wiedererwachen der Nationalismen'' lautet der Titel eines Grundsatzartikels von Jacques Rupnik. Ein anderer Beitrag (von Andrew Arato) ist einer Begriffsklärung von ,,Revolution, Civil Society und Demokratie'' gewidmet. Die fast allen Beiträgen hinzugefügten Statements von westlichen wie östlichen Wissenschaftlern und Publizisten sind auch als Einladung gedacht, sich als Leserin und Leser ein eigenes Urteil zu bilden.

Wie wärs, wenn sich an der von *Transit* gewünschten und getragenen europäischen Debatte in Zukunft auch Intellektuelle beteiligen, deren theoretischer Bezug ein grundsätzlich anderer ist als der eines Kurt Biedenkopf, eines Ralf Dahrendorf, eines Leszek Kolakowski oder Ernst Wolfgang Böckenförde? Mehr ,,antiautoritäres Gedankengut und unkonventioneller politischer Stil'', wie es sich György Dalos in der vorliegenden Ausgabe von *Transit* für den neuen deutschen Staat wünscht, kann auch der oft schrecklich staatsmännisch geführten Debatte unter europäischen Intellektuellen nicht schaden. Da haben die von '68 geprägten westlichen Linken doch etwas zu bieten — oder etwa nicht (mehr)?

CARL WILHELM MACKE

Transit
Europäische Revue
Verlag Neue Kritik
Frankfurt am Main, 1990

Das andere Amerika

Sie machten dich zur anonymen
Masse / ohne Gesicht, ohne Geschichte, ohne Zukunft / Stück
aus dem Museum, billige Folklore,
guter Wilder oder toter Rebell.
Und dennoch ...

Pedro Casaldáliga

Heinz Dieterich, deutscher Sozialwissenschaftler an der Universität von Mexico und Initiator der weltweiten Gegenaufklärungskampagne ,,Emanzipation und Identität Lateinamerikas'' anläßlich der geplanten 500-Jahr-Feiern zur ,,Entdeckung'' Amerikas (siehe die Beiträge dazu in dieser Nummer und in *links* 246) hat einen Sammelband mit Beiträgen verschiedener lateinamerikanischer AutorInnen aus ganz unterschiedlichen Genres (Poesie, Politik, Literatur, Wissenschaft, Malerei) herausgegeben.

Das breite Spektrum an politischen Positionen und sprachlichen Ausdrucksformen vermittelt dem Leser einen zwar notwendig oberflächlichen und vorläufigen, doch sehr anregenden Eindruck von der lateinamerikanischen Kultur jenseits der imperialistischen Domestizierung. Einiges wirkt für uns sicher befremdlich, z.B. der Patriotismus und das Volksheldentum, anderes regt zu Widerspruch an, z.B. das Lob auf Kuba (Fidel Castro selbst kommt auch in einem Interview zu Wort). Nur allzu verständlich ist aber die Empörung und Kritik darüber, daß die Opfer gewaltsamer Invasion, Völkermord, brutaler Unterdückung, Versklavung, Ausbeutung und kultureller Zerstörung nun zum folkloristischen Hintergrund einer imperialen Siegesfeier in Verbindung mit dem Spektakel ,,Weltausstellung 1992'' im spanischen Sevilla gemacht werden.

Die Suche nach einer eigenen Identität, dem ,,neuen Amerika'' derjenigen, deren Vorfahren hohe Kulturen entwickelt hatten, bevor sie von den europäischen Invasoren enteignet und geknechtet wurden, durchzieht einen Großteil der Beiträge. ,,Abgeschnitten von den materiellen und metaphysischen Wurzeln seines Seins, im Spiegel der Geschichte sich selbst nur als Fratze oder tragikomisches Ungeheuer begegnend, wird der Kolonisierte zum Objekt leichter Manipulation'' (S. 63) schreibt Dieterich, und der 1980 verstorbene kubanische Musiker, Schriftsteller und Diplomat Alejo Carpentier, fordert im Anschluß an den großen Poeten und Unabhängigkeitskämpfer des 19. Jahrhunderts, José Marti, die Entschlüsselung des hispanoamerikanischen Rätsels durch die Entwicklung eines eigenständigen historischen Bewußtseins. Die Suche nach der eigenen Identität hat die Form einer Entdeckungsreise durch den systematisch verschütteten Teil der Geschichte. Der Philosoph Pablo Guadarrama spannt dabei einen ideengeschichtlichen Bogen lateinamerianischen Denkens, der Theologe Enrique Dussel sucht nach der Subjektivität des amerikanischen Indio in seinem Kampf um Emanzipation, der Herausgeber der Werke Che Guevaras, Roberto Fernández Retamar, fordert einen neuen Dialog zwischen der lateinamerikanischen und der europäischen Kultur, für die Journalisten und Schriftsteller Elena Poniatowska und Augusto Roa Bastos ist die Suche nach der kulturellen, historischen und politischen Einheit Lateinamerikas zentral. Diese wird bis heute von den europäischen und nordamerikanischen Weltmächten verhindert.

Enttäuschung spürt man über die ehemals so kritsch sich gebenden europäischen Intellektuellen. Der im mexikanischen Exil lebende argentinische Oppositionelle Miguel Bonasso drückt dieses Unbehagen über die ,,Fünfte Kolonne'' der Intellektuellen: ,,Von Gramscis Ideal des ‚organischen Intellektuellen' sind sie auf die Stufe des von Petras richtig identifzierten ‚institutionalisierten Intellektuellen' herabgesunken, der ein Gefangener seiner rein privaten und beschränkten beruflichen Wünsche ist, der seine Ideale wechselt wie die Unterwäsche, der eine Pose der Objektivität einnimmt, die die Distanz verleiht, aus der man die Kämpfe nur noch wie Objekte betrachtet, die deformiert, manipuliert und regiert werden können. Ein neopositivistisches Denken, das Technologie höher bewertet als Politik, Möglichkeitsdenken dem Willen zur Veränderung vorzieht und sich mit formaler Demokratie anstelle von tatsächlicher Demokratie begnügt. Diese Ablaßverkäufer, die uns raten, auf den letzten Zug der postindustriellen Revolution aufzuspringen, stellen heute eine größere, weil subtiler wirkende Gefahr dar als die alten Trotzkisten und Stalinisten, die zum bezahlten McCarthysmus übergelaufen sind'' (S.33 u. 35).

Das Jahr 1492 verwandelte nicht nur einen kleinen Teil in die ,,Erste'' und den größten Teil in die ,,Dritte Welt'' sondern gleichzeitig die autochtone Bevölkerung Amerikas in ,,Indios'', d.h. Untermenschen, die im Namen der Evangelisierung und Zivilisierung grenzenlos erniedrigt werden durften. Der vorliegende Sammelband erinnert dabei an das Benjaminsche Wort, nach dem es kein Kulturdokument gäbe, das nicht zugleich auch ein Dokument der Barbarei sei.

HOLM-DETLEV KÖHLER

Heinz Dieterich (Hrsg.):
,,Die Neuentdeckung Amerikas.
Essays, Interviews, Gedichte''
Lamuv Verlag, Göttingen 1990

„Nicht jeder verdient die Freiheit,
der Geld verdient." *(Dürrenmatt)*

LUDI LODOVICO

Aufklärung durch Komödien

Zum Tode von Friedrich Dürrenmatt (1921 — 1990)

Friedrich Dürrenmatt gehörte zu jenen, die dem Leben, bevor es in den Tod übergeht, viel abgewinnen konnten und wollten — kulinarisch und auch (und vor allem) durch den Genuß guter Weine. Als er es sich leisten konnte, hat er einen Koch eingestellt, mit dem ihn viel mehr verband als ein Arbeitsverhältnis. Nach Dürrenmatt darf man die Frage Brechts als beantwortet betrachten, ob, wer sich bloß ernährt — also schlecht ißt und trinkt — überhaupt in der Lage sei, gute (geschweige denn resistente) Sätze zu schreiben.

Über Dürrenmatt anläßlich seines Todes in einer nicht-literarischen, linken Zeitung zu schreiben, hat etwas Paradoxes. Zu seinen Lebzeiten kümmerte sich diese Zeitung nicht um ihn und sein Werk, obwohl seine Stücke ohne Zweifel zu den Scheinwerfern gehörten, die im Mief der 60er Jahre Öffentlichkeit für Neues überhaupt erst ausleuchteten. Im Rückblick kann man vielleicht sagen, daß den Stücken zum Vorteil gereichte, was ihnen manchmal als Defizit vorgerechnet wurde: ihre zuweilen etwas unspezifische gesellschaftspolitische Stoßrichtung und ihre mangelnde historische Präzision.

Gerade weil Dürrenmatt seine Stücke nicht im tagespolitischen Grabenkrieg ansiedelte, konnten sie grundlegende Konflikte benennen. Das heißt aber nicht, daß seine Stücke zeitlos-unscharfe gesellschaftliche Konstellationen behandelten oder einfach Geschichte trivialisierten. Er unterwarf seine Stoffe einer rigorosen ästhetischen Verfremdung und einer abstrahierenden Typisierung. Die zugrundeliegenden gesellschaftlichen Zusammenhänge wurden dadurch nicht verdunkelt, sondern in ihrer brutalen Einfachheit herausgestellt. Am eindrücklichsten demonstrierte Dürrenmatt dies für die gesellschaftliche Funktion des Geldes im Kapitalismus in seinem Erfolgsstück über den „Besuch der alten Dame". Man kann die Komödie als eine dramatisierte Kurzfassung von Teilen der Kritik der politischen Ökonomie lesen. So wie dort in den Anfangskapiteln der Warenanalyse herausgearbeitet wird, wie persönliche Beziehungen und Abhängigkeiten gesellschaftlich verformt werden, wie soziale Bindungen und Verbindungen verdinglicht werden, wie konkrete Arbeit zum abstrakt-allgemeinen Wertkalkül positiviert wird, kurzum: wie Individuen zu tauschenden Warenbesitzern zugerüstet und reale Subjekte ersetzt werden durch das „automatische Subjekt" Geld bzw. Kapital, so zeigt Dürrenmatt in seinem Stück, wie sich Geld alles unterwirft: Moral, Politik, Liebe, Geschichte, Erinnerung.

Die zur Milliardärin gewordene alte Dame rächt die verratene Liebe mit der Unerbittlichkeit einer antiken Göttin, indem sie buchstäblich eine Stadt kauft und von dieser als Gegenleistung erzwingt, ihren ehemaligen Liebhaber zu beseitigen — im Namen der „Gerechtigkeit", denn: „Ich kann sie mir leisten. Eine Milliarde für (die Stadt) Güllen, wenn jemand Alfred Ill (den ehemaligen Liebhaber) tötet." Für den Liebhaber sieht diese Gerechtigkeit aus wie ein Bankgeschäft mit tödlichem Ausgang: „Die Stadt macht Schulden. Mit den Schulden steigt der Wohlstand. Mit dem Wohlstand die Notwendigkeit, mich zu töten. Und so braucht die Dame nur auf ihrem Balkon zu sitzen, Kaffee zu trinken, Zigarren zu rauchen und zu warten. Nur zu warten." Das Geld steuert die Handlung sicher dort hin, wohin Latenzen und Tendenzen der Wirklichkeit allemal weisen — außer für die hohen Priester der Tröstungskultur — „zur schlimmst-möglichen Wendung". Der normale Wahnsinn.

Ähnlich wie Adorno für Becketts „Endspiel" geltend gemacht hat, daß dessen radikale Reduktionen keine Flucht vor den gesellschaftlichen Realitäten implizieren, sondern die Quintessenz aus eben diesen Zuständen destillieren, ließe sich auch für Dürrenmatts Stücke zeigen, daß sie mit ihren exotischen Arrangements den faktischen Verhältnissen näher kommen als hausbackener Realismus, der den herrschenden Wahnsinn entweder verniedlicht oder in blutrünstige Schreckensbilder bannt (die fast nichts mehr erklären). Adorno: „Das Endspiel ist die wahre Gerontologie. Die Alten sind nach dem Maß der gesellschaftlich nützlichen Arbeit, die sie nicht mehr leisten, überflüssig und wären wegzuwerfen ... Das Endspiel schult für einen Zustand, wo alle Beteiligten, wenn sie von der nächsten großen Mülltonne den Deckel abheben, erwarten, die eigenen Eltern darin zu finden. Der natürliche Zusammenhang des Lebendigen ist zu organischem Abfall geworden. Unwiderruflich haben die Nationalsozialisten das Tabu des Greisenalters umgestoßen. Becketts Mülleimer sind Embleme der nach Auschwitz wieder aufgebauten Kultur" (1961).

„Unkenntnis der Katastrophen"

Auf solche Diagnosen hatte Dürrenmatt in seiner cartesianisch knappen und schlanken Sprache und mit einer Dramenform adäquat reagiert, der Komödie, die immer „zur schlimmst-möglichen Wendung" drängt. Als einer der ersten Literaten, zusammen mit Ludwig Hohl, Günther Anders, Peter Weiß, Heiner Kipphardt und einigen anderen, registrierte Dürrenmatt den historischen Bruch, den die atomare Technologie und die Atomwaffen herbeiführten. Im Gegensatz zur sogenannten öffentlichen Meinung und der von ihr lebenden Filiations-Journaille unter der Firma common sense war Dürrenmatt nicht der gemütlichen Meinung, Atomwaffen seien nur eine verbesserte Form der herkömmlichen Artillerie (so Adenauer). Dürrenmatt und die genannten Autoren erkannten das Unerhört-Neue, das mit den über Japan abgeworfenen Bomben in die Welt eingebrochen war.

Die in guten und weniger guten „Dis- und Strickkursen" (E. Schmitter) gebastelte These von der „Risikogesellschaft" liegt in Dürrenmatts Dramen und seinen theoreti-

Weniger bekannt: Dürrenmatt als Zeichner. Dieses Plakat entstand 1963.

schen Überlegungen dazu seit den 60er Jahren in nuce vor: ,,Das Groteske ist eine der großen Möglichkeiten, genau zu sein", schrieb er bereits 1952 und hat den aufklärerischen Satz in zahlreichen Dramen, am weitreichendsten in den ,,Physikern" (1962), vorgeführt. Indem er den Folgen von scheinbaren Logiken und Noramlitäten mit unerbittlicher Schärfe nachspürte, deckte er das Katastrophale als das potentiell Wirkliche auf: ,,Der Inhalt der Physik geht die Physiker an, die Auswirkungen alle Menschen. Was alle angeht, können nur alle lösen".

In der Rezension eines Buches von Robert Jungk ließ er sich im Dezember 1956 durch die dramtischen Ereignisse im Herbst 1956 in Ungarn (und zuvor um den Suezkanal) nicht irritieren und hielt fest, was weit über die aktuelle Konfliktlage hinaus für Wirtschaft, Politik und Militär Geltung behalten sollte: ,,Über die Atomkraft verfügen nun die, die sie nicht begreifen". Und er war so klug, daß er das Neue, also die Bedrohung der Welt durch Atomwaffen und Atomkraftwerke, nicht in die herrschenden Fronten des Kalten Krieges einordnete — wo es nur zum Teil hingehört, weil die atomare Bedrohung der Welt jenen Konflikt überdauert und überwölbt und weil die Folgen atomarer Kriege Generationen mittreffen, die noch gar nicht geboren sind.

Was Günter Anders als ,,Apokalypse-Blindheit" völlig unnötig theologisierte, bestimmte Dürrenmatt nüchtern als tumbe Ignoranz, als ,,Unkenntnis der Katastrophen", die eine enthemmte technologische Entwicklung mit (und auch ohne) privatkapitalistische Profitinteressen weltweit produziert. ,,Zum Sehen", schrieb Dürrenmatt 1952, ,,gehört Distanz, und wie wollen die Leute denn sehen, wenn ihnen die Bilder, die sie beschreiben wollen, die Augen verkleben?". Was das medial betriebene Augenverkleben betrifft, so sind wir seit 1952 ein gutes Stück vorangekommen. Nur ein Beispiel aus einer langen Reihe von bereits existierenden Katstrophen, die zum Teil schon wieder zur Normalität heruntergespielt, besser: hinunterverdrängt werden. Allein auf dem Schlachtfeld, das der ptolemäische Gebrauch des Auto,,mobils" in der BRD anrichtet, fallen jährlich über 10000 Tote und 510000 Verletzte an. Ökonomisch-statistisch tragen alle die Toten und Verletzten zusammen mit den zu ersetzenden und zu reaprierenden Sachwerten, den involvierten Sekundärgeschäften von Versicherungen, Gutachtern, Rechtsanwälten, Ärzten etc. und den Kosten für die Beschäftigung des unproduktiven Staatspersonals bei der Folgenbereinigung (Polizei, Justiz, Verwaltung) nicht unerheblich zum liturgischen Dreiklang ,,Wachstum-Bruttosozialprodukt-Wohlstand" bei.

Dürrenmatts politische Interventionen und die explizit politischen Belange in seinen Stücken und Stoffen tragen schweizerische Züge. Aber sie sind alles andere als provinziell oder gar national-helvetisch borniert. Mit dem Nationalen verband ihn ohnehin nur eine Vorliebe für das Kleine und Überschaubare in der Politik, nach der vielleicht etwas zu einfachen Rechnung: kleine Staaten, kleine Armeen, weniger Kriege. Hinter solchen Vereinfachungen stand jedoch eine grundsätzliche und radikale Skepsis gegenüber jeder staatlich organisierten, verwalteten und praktizierten Gewalt. Nicht erst verbohrte Interessen oder kriminelle Kalküle lassen staatliche Gewalt entarten, sondern jede geschichtlich bekannt gewordene institutionelle Verfestigung des Politischen zum Staatsapparat war Dürrenmatt immer verdächtig. Er sah in der institutionellen Verselbständigung und Abkoppelung von Regierungen, Bürokratien, Parlamenten, was sie in der Tat für Individuen, gesamtgesellschaftliche Interessen, Freiheit, Autonomie, Gerechtigkeit und Überlebensfagen meistens waren und sind: eine tödliche Gefahr.

Dieses genuin ebenso kritische wie anarchistische Moment tritt in seinem Spätwerk stärker hervor, war aber immer vorhanden. Daß Regierungen und politische Klassen am liebsten ,,ohne Volk" auskämen, hat er in einem phantastischen Szenario (,,Der Winterkrieg in Tibet" 1981) beschrieben. Für Dürrenmatt spricht in dem Prosastück eine Frau aus, was er vom politischen Betrieb und dessen vernagelter Sicherheitsideologie hielt: ,,Aber ich habe ... mit einem Schlag begriffen, was man mit uns angestellt hat: Eine Regierung, ein Parlament, eine Behörde, die sich für das Volk halten, für die das Volk nur eine Ausrede ist, sich in Sicherheit zu bringen, das ist doch alles saukomisch; Oberst, die sollen doch in alle Ewigkeit in ihrer Blümlisalp (fiktiver Schweizer Regierungsbunker, L.L.) sitzen! Und nun kommst du mit deiner idiotischen Idee, diese Regierung ohne Volk mit Sterbenden aus ihrem selbstgeschaufelten Grab zu kratzen. Kapierst du eigentlich immer noch nicht, daß jeder Patriotismus lächerlich ist? Wozu ist diese Regierung, die in ihrer Blümlisalp sitzt? Die Regierungen der ganzen Welt sind in ihren Bunkern gefangen, ... Regierungen wie die unsrige, Regierungen ohne Volk und ohne Feinde." ■

Sozialpolitik in der EG

Wir gehen davon aus, daß die Lebensbedingungen mit der Einführung des europäischen Binnenmarktes nicht nur unmittelbar durch die ökonomischen Verhältnisse, sondern mittelbar auch über die jeweils herrschende Sozialpolitik und deren materiellen und immateriellen Auswirkungen auf die davon Betroffenen definiert werden.

Sozialpolitik kann somit als *integraler Bestandteil der Lebensbedingungen* verstanden werden. Die Konkretisierung von Sozialpolitik erfolgt einerseits unmittelbar materiell in Form monetärer, auf das Individuum bezogener Leistungen, andererseits in Form von infrastrukturellen Rahmenbedingungen oder Hilfe- und Beratungsangeboten. Sie können jeweils *ausgrenzend-marginalisierenden* und/oder *integrativ-partizipierenden* Charakter haben.

Zur Vorbereitung für die im Herbst 1991 stattfindende **Internationale Tagung** soll ein **Schwerpunktheft** erscheinen, das die skizzierte Problematik aus der Perspektive unterschiedlicher europäischer Länder beleuchtet. Für dieses Heft bitten wir um **Beiträge**, die sich u.a. an folgenden Punkten orientieren sollten:

- Überblick über die in den einzelnen Ländern zu erwartenden Veränderungen der ökonomischen Verhältnisse durch den EG-Binnenmarkt und die Öffnung der Grenzen nach Osteuropa;
- Vergleich der unterschiedlichen sozialpolitischen Strukturen und deren Einbettung in die ökonomischen Rahmenbedingungen der einzelnen Staaten;
- Darstellung der Aufgabenbereiche und der jeweiligen landesspezifischen Umsetzungsformen lokaler Sozialpolitik;
- Diskussion unterschiedlicher Ansätze und deren ausgrenzend-marginalisierender oder partizipativ-integrierender Strategien auf kommunaler und nationaler Ebene.

Interessierte AutorInnen bitten wir um Zusendung von Manuskripten bis zum 31.3.1991.

Termin: 4.-8. September 1991
Ort: Postdamm
Kontakt: Redaktion Widersprüche, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach/M., Tel: 069/88 50 06

Sammler

Zur Entlastung meines Archivs möchte ich die kompletten Jahrgänge der *links* 1976 bis 1983 abgeben. Bedingungen: Verhandlungssache.

Interessierte wenden sich bitte an: *Wilfried Jannack, Moltkeplatz 9, 3000 Hannover 1*

Markt, Demokratie und linke Politik

In Zusammenarbeit mit der Zeitschrift *Prokla* veranstaltet das Bildungswerk der Humanistischen Union eine Arbeitstagung, die untersuchen soll, welche Möglichkeiten linke Politik unter den bestehenden Marktverhältnissen hat und wie demokratische Forderungen mit dieser Politikvorstellung durchgesetzt werden können.

Als Referenten sind angefragt: U. Müller-Plantenberg, W. Schöller, E. Altvater, H. Schwengel, G. Frankenberg, U.K. Preuß
Termin: 8.-10. Februar 1991
Ort: Sozialistisches Bildungszentrum Oer-Erkenschwick
Kontakt: Humanistische Union e.V., NRW, Kronprinzenstr. 15, 4300 Essen 1, Tel. 0201/22 79 82

Perestrojka am Ende?

Unter dem Titel ,,Perestrojka am Ende: Die Sowjetunion vor dem inneren und äußeren Zerfall?'' laden das Bildungswerk der HU, die ESG Essen und die Heinrich-Heine-Buchhandlung zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung über die Entwicklungen in der UdSSR ein. Referent ist Klaus Segbers.
Termin: 28. Februar 1991, 19.30 h
Ort: Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8, 4300 Essen
Kontakt: Bildungswerk der HU, NRW, Kronprinzenstr. 15, 4300 Essen 1, Tel. 0201/22 79 82

Gramsci und die Theorie der Zivilgesellschaft

(Internationale wissenschaftliche Konferenz am 23. und 24. März 1991, Humboldt-Universität, Berlin).
Der Geburtstag Antonio Gramscis jährt sich im Januar 1991 zum hundertsten Mal. Über das übliche Gedenken hinaus gibt er für die theoretische Kultur der Linken Anlaß, sich aus der gegenwärtigen Umbruchsituation heraus in Beziehung auf Gramsci zu verständigen. Im zusammengebrochenen befehlsadministrativen Sozialismus gehörte sein Werk zum Verdrängten. Gramsci, dessen Denken, besonders während seiner Gefängniszeit, um Konsensbildung als Bedingung politischer Handlungsfähigkeit kreiste, war mit dem stalinistischen und poststalinistischen Sicherheitsstaat nicht vereinbar. Es ist kein Zufall, daß die Kategorie der Zivilgesellschaft, die in den Gefängnisheften Gramscis zentral ist, in den demokratischen Bewegungen und Umbruchprozessen in Osteuropa zu einem wesentlichen Bezugspunkt wurde. Die Dimension des Zivilen kann nicht länger als ,,bürgerliche Ideologie'' denunziert, Bürgerrechte nicht mit bürgerlichen Rechten verwechselt, der Citoyen nicht mit dem Bourgeois gleichgesetzt werden.

Schwerpunkte der Konferenz:
1. Der Begriff der Zivilgesellschaft bei Gramsci (Rekonstruktion von Begrifflichkeit und Problematik) mit angelagerten Konzepten wie Hegemonie, Konsens, Kultur usw.;
2. Aktualisierung Gramscis im Problemhorizont von ,,Postfordismus'', High-Tech-Kapitalismus, Perestrojka und Zusammenbruch des befehlsadministrativen Sozialismus;
3. Zivilgesellschaft und moderner Sozialismus. Frage nach Elementen eines zivilgesellschaftlichen Sozialismus-Projekts, seinen Trägern usw.;
4. Verwandte und konkurrierende Ansätze in der gegenwärtigen angelsächsischen Diskussion um civil society.

Getragen wird die Tagung von den Zeitschriften ,,Das Argument'', ,,Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung'', ,,Initial'', ,,links'', ,,Prokla'', ,,Sozialismus'', ,,Sozialistische Politik und Wirtschaft'' (SPW), ,,Utopie kreativ'', ,,Widerspruch'' (München), ,,Widerspruch'' (Zürich), ,,Z'' sowie der Stiftung Gesellschaftsanalyse, dem Institut für vergleichbare Zivilisationsforschung an der Humboldt-Universität Berlin und der Volksuni Berlin.

Die Konferenz ist als Expertenseminar mit einer öffentlichen Abendveranstaltung geplant.

Am Rande der Konferenz wird es eine Vorstellung von Neuerscheinungen zu Gramsci geben, u.a. des ersten Bandes der deutschen Gesamtausgabe der Gefängnishefte (Quaderni del carcere), die im Argument-Verlag erscheint, einer Gramsci-Anthologie des Dietz-Verlages Berlin, neuester italienischer Publikationen.

Termin: 23. und 24. März 1991
Ort: Humboldt-Universität, Berlin
Kontakt: Peter Jehle, Wiclefstr. 30, W-1000 Berlin 21, 030/3965173
Harald Neubert, Elsa-Brandström-str. 18, O-1100 Berlin, Tel. 0372/472 48 07

Lokale Gruppen und Kontaktadressen des SB

Berlin: Karl-Heinz Albers, Graefestr. 16, 1000 Berlin 61, Tel. 030/6921665
Berlin (Ost): SB c/o Bündnis 2000, Haus der Demokratie, Zimmer 211, Friedrichstr. 165, Berlin 1080
Bochum: Dieter Schweitzer, Hustadtring 151, 4630 Bochum, Tel. 0234/702823
Bielefeld: Frederick Gröger, Westerfeldstr. 164, 4800 Bielefeld, Tel.: 0521/888308
Bremen: Niko Diemer, Herbststr. 92, 2800 Bremen, Tel. 0421/374581
Dortmund: SB Dortmund, c/o ‚Langer August', Braunschweiger Str. 22, 4600 Dortmund *und* Holger Föllmer, Neuer Graben 12, 4600 Dortmund, Tel. 0231/124949
Frankfurt-Offenbach: Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7, 6050 Offenbach, Tel. 069/885006
Göttingen: Norbert Engelhardt, Hermann-Föge-Weg 14, 3400 Göttingen, Tel. 0551/7703659
Hamburg: SB Hamburg, Altonaer Str. 28, 2000 Hamburg 6, Tel. 040/433289
Hannover: Anke Breithaupt/Ursel Fischer, Lister Meile 25, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/3480597
Kiel: Volker Röhrich, Steinstr. 15, 2300 Kiel, Tel. 0431/804430
Köln: Günter Steppkes, Tel. 0221/2401655 *und* Klaus Küpper, Tel. 0221/245516, beide Engelbertstr. 55, 5000 Köln 1
Lübeck: Bernd Möller, Paul-Gerhardt-Str. 2, 2400 Lübeck, Tel. 0451/491698
Mainz/Wiesbaden: Wieland Stützel, Scharnhorststr. 17, 6200 Wiesbaden, Tel. 06121 440373, tags. 069/885006
München: Hans G. Mittermüller, Buchenauerstr. 31, 8080 Fürstenfeldbruck, Tel. 08141/27493
Münster: Jan Spurk, Von-der-Tinnen-Str. 30, 4400 Münster 1, Tel. 0251/375714
Nürnberg: Otto Böhm, Johannisstr. 42, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/332022
Oberbergischer Kreis: Klaus W Kowol, Postfach 1312, 5275 Bergneustadt
Stuttgart: Uta Probst, Forststr. 213, 7000 Stuttgart, Tel. 0711/6572538
Ulm: Gerd Mack, Yorckstr. 29, 7900 Ulm, Tel. 0731/30281 *und* Manfred Lang, Tel. 0731/32769

„Eine Chance, sich neu zu politisieren“, lautete die Überschrift eines Interviews mit streikenden StudentInnen im Januar 1989.

Wir bieten nun eine neue Chance, sich durch die *links* über aktuelle politische Themen, kritische Kommentare und theoretische Hintergrund-Artikel neu zu informieren.

Ab 1.1.1991 verbilligtes Abonnement für StudentInnen!

Wer jetzt bis zum 15.2.1991 die *links* abonniert, erhält den Jahrgang 1991 für DM 49,—

Seit 1969 gibt es die *links*. „Eine Monatszeitschrift mit dem Ziel, die politische und theoretische Diskussion unter den in den Institutionen werkelnden Linken wenn nicht voranzutreiben, so doch wenigstens aufrechtzuerhalten“ (FR, 29.04.1989 zum 20jährigen Bestehen der *links*). Ein Stamm von ca. 500 AutorInnen ist Garant für argumentative Vielfalt der Beiträge mit dem Anspruch „emanzipatorisch gewendeter Kritik“ (FR, 29.06.1989)
(Bitte Studienbescheinigung beilegen.)

Abo-Bestellschein

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

Bitte senden Sie die links ab der nächst erreichbaren Ausgabe an

Name _____ Vorname _____

Straße, Hausnummer _____ PLZ u. Wohnort _____

Das links-Jahresabonnement kostet W: DM 62,—/O: DM 40,—
incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

Bankleitzahl _____ Konto-Nr. _____

Name der Bank _____ Datum _____

Datum und Unterschrift (Bestellunterschrift) _____

Datum und Unterschrift (Bestätigungsunterschrift) _____

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1990) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

1

Poppinga, Onno

Hochzeitstr. 5
D 3524 Immenhausen 01

WO DIE LINKS ZU HABEN IST:

BUCHLÄDEN

Bamberg
Collibri-Buchhandlung
Austr. 14
Berlin
Buchhandl. in Schöneberg
Günter Senf
Eisenacher Str. 49
Buchladen am Savignyplatz
Carmerstr. 9
Kirschkern Buchversand
Schlüterstr. 28
Petermann, Gebr.
Zeitschriftenvertrieb
Kurfürstenstr. 111
Berlin (Ost)
SUSI
Haus der Demokratie
Raum 105
Friedrichstr. 165
Bern
Münstergass Buchhandlung
Münstergasse 35
Betzdorf
Buchhandlung Sarrazin
Viktoriastr, 21
Bielefeld
Buchladen Eulenspiegel
Hagenbruchstr. 9
Bonn
Buchladen 46
Kaiserstr. 46
Braunschweig
Magni Buchladen GmbH
Langedamm 13
Bremen
Buchladen im Ostertor
Fehrfeld 60
Darmstadt
Georg-Büchner-Buchladen
Lauteschlägerstr. 18
Dortmund
Buchladen Taranta-babu
Humboldtstr. 44
Düsseldorf
Bibabuze Buchladen
Aachenerstr. 1
Essen
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Viehofer Platz 8
Esslingen
Provinzbuch
Küferstr. 26
Frankfurt
Autorenbuchhandlung
Reuterweg 57
Baersch, Herbert Nachf.
Buchhandlung
Hostatastr./Ecke
Albanusstr. 29
Buchhandlung Hector
Gräfstr. 77
Buchhandlung Christensen
Kettenhofweg 104
Bund-Verlag-GmbH
Wilh.-Leusch.-Str. 69-77
Club Voltaire
Kl. Hochstr. 5
Karl-Marx-Buchladen
Jordanstr. 11
Uni Buch
Jügelstr. 1 (Studentenh.)
Ypsilon-Buchladen
Berger Str. 18
Freiburg
Jos Fritz-Buchladen
Wilhelm-Str. 10
Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Str. 10
Calvör. Akadem.
Buchhandlung
Weender Str. 58
Hagen
Quadrux Buchladen
Lange Str. 21
Hamburg
Buchhandlung Gegenwind
Grindelhof 45
Buchl. in der Osterstraße
Osterstr. 156
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Schlüterstr. 1
Hanau
Bücherstube Dausien & Erb
Am Freiheitsplatz 6
Hannover
Hennies & Zinkeisen
Fachbuchhandlung
Marienstr. 14 u. 18
Internationalismus-Buchl.
Engelbosteler Damm 10
Heidelberg
Der andere Buchladen
Plöck 93
Hildesheim
Amei's Buchecke
Goschenstr. 31
Hockenheim
Hockenheimer Bücherecke
Hirschstr. 20
Kassel
ABC-Buchladen
Goethestr. 77
Bücherstube Kossmann
Friedrichstr. 24
Coffie-Shop
Elfbuchenstr. 18
Kiel
Zapata Buchladen
Jungfernstieg 27
Koblenz
Reuffel Buchhandlung
Inh. E. Duchstein
Löhrstr. 92
Buchladen Heimes/
Mender/Pfalz
Schanzenpforte 2
Köln
Der andere Buchladen
Zülpicher Str. 197
Glasstr. 80
Lengfeldsche Buchhandl.
Kolpingplatz 1
Ringbuchhandl. Nethe
Hohenzollernring 38
Konstanz
Buchhandlung Meder
Paradiesstr. 3
Buchladen
„Zur Schwarzen Geiß"
Obermarkt 14
Krefeld
Andere Buchladen
Dionysiusstr. 7
Ludwigsburg
Buchladen Schwarzes Schaf
Reithausplatz 2
Lüneburg
Delbanco Buchhandlung
Bessemerstr. 3
Mannheim
Buchladen M2, 6
M2, 6
Marburg
Roter-Stern-Buchhandlung
Am Grün 28
Marktheidenfeld
Die Bücherstube
Kreuzbergstr. 19
Minden
Bücherwurm
Alte Kirchstr. 25
Mönchengladbach
Prolibri-Buchladen
Regentenstr. 120
Moers
Aragon-Buchvertrieb
Hombergerstr. 30
München
Basis-Buchhandlung
Adalbertstr. 43
Münster
Buchhandlung Krueper
Postfach 4609
ROSTA-Buchladen
Aegidistr. 12
Nürnberg
Bücherkiste Diekmann
Schlehengasse 6
Offenbach
Buchladen am Markt, BAM
Wilhelmsplatz 12
Tucholsky Buchladen
Mittelseestr. 14
Oldenburg
Carl-v.-Ossietzky-
Buchhandlung
Bergstr. 1
Holzberg Buchhandlung
Haarenstr. 20
Osnabrück
Autonomie-Buchladen
Martinistr. 9
Jonscher Buchhandlung
Postfach 2545
Recklinghausen
Attatroll Buchladen
Herner Str./Paulusstr. 2
Reutlingen
Jakob-Fetzer-Buchladen
Rokenstr. 4
Rosenheim
Irrlicht Buchladen GmbH
Innstr. 45 a
Saarbrücken
Der Buchladen
Försterstr. 14
Schweinfurt
Collibri Buchladen
Brückenstr. 7
Siegen
Bücherkiste GmbH
Bismarckstr. 3
Schneider Buchhandlung
Postfach 303
Stuttgart
Buchhandlung W. Niedlich
Schmale Str. 9
Kunst & Wissen
Postfach 10 28 44
Tübingen
Buchhandlung in
der Gartenstraße
Gartenstr. 20
die Gruppe —
Alt. Buchladen
Marktgasse 13
Wetzlar
Buchladen am Kornmarkt
Kornmarkt 12
Wien
Buchhandlung Frick
Graben 27
Buchhandlung B. Herrmann
Grünangergasse 1
Wiesbaden
Kassandra Buchladen
Westendstr. 1
Zürich
Pinkus & Co.
Froschaugasse 7